Stephan

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 40000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Kto.-Nr. 1890905 oder: PschA Karlsruhe, Kto.-Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 20.1.1976 fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

22. Januar 1976 Jg. 4 Nr. 3 50 Pfennig

Der Widerstand gegen den § 218 ist ungebrochen

21. Februar: Am Jahrestag des BVG-Urteils überall Demonstrationen gegen den § 218

Fast ein volles Jahr ist verstrichen, seitdem die Reaktion dem Bundestag per Bundesverfassungsgerichtsurteil die neuerliche Befestigung des § 218 zur Aufgabe gemacht hat. Das Urteil war sofort auf Widerstand gestoßen. Seitdem sind die Aktionen für die ersatzlose Streichung des Paragraphen nicht abgerissen. Am 21. Februar werden in mehr als hundert Städten des Landes neuerlich Aktionen und Demonstrationen durchgeführt, wo der Wille der Volksmassen, diesen Paragraphen ersatzlos zu beseitigen, zum Ausdruck gebracht wird. Die Front gegen den reaktionären Paragraphen hat sich gefestigt.

Die Pressemonopole haben sich geeinigt, über die Bemühungen der Bundestagsparteien, den § 218 rundum zu erneuern, gar nichts herauszulassen. Gerade weil sich in Bonn allerhand tut, berichten sie nicht. Alles würde bloß dem Widerstand gegen diesen Paragraphen Nahrung geben.

Letzte Woche hat der Bundestagssonderausschuß für die Strafrechtsreform wieder einen vollen Tag gebrütet. Eine neue Parlamentsvorlage ist dabei nicht herausgekommen. Fest steht bloß, daß die Koalitionsparteien eine neuerliche Verschärfung des Gesetzeswerkes mitmachen werden.

Wie man hört, wurde sich bis jetzt darauf geeinigt, in den Koalitionsentwurf eine Umschreibung der „besonderen Bedrängnis" einzubauen.

Die Klausel, daß, wenn „besondere Bedrängnis" der Frau vorliegt, das Gericht von einer Bestrafung absehen könne, hatte den Koalitionsparteien als ein Feigenblatt gedient. Auch das ist jetzt herunten. Die „Generalklausel", mit der die Sozialdemokratie diesen Paragraphen verkaufen wollte, ist damit praktisch gestorben.

Die Möglichkeit, daß der eine oder andere Richter auf den Gedanken kommt, so etwas Alltägliches wie Wohnungsnot oder auch Hunger könne als besondere Bedrängnis gelten, wird unterbunden. Wie es genau heißen soll, ist noch geheim gehalten.

Die sozialdemokratisch gelenkte Gewerkschaftspresse ist auf die Linie gegangen, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes müsse „voll ausgeschöpft" werden. Die Reaktion zeigt gerade, wie man das macht.

Im Organ der Gewerkschaft HBV „Ausblick" wird der § 218 zum Thema des Monats erklärt. Angst, Verzweiflung, Unwürde, heißt es in der Überschrift und darunter, daß die Koalition jetzt im zweiten Anlauf das Urteil „ausschöpfen" soll. Darauf hätten die Frauen ein Recht, und das sei ihre Hoffnung.

Was für ein Gedanke! Die Tatsachen zeigen: Das Urteil war von der Reaktion bestellt, und zwar beim Bundesverfassungsgericht, das extra für solche Zwecke eingerichtet wurde. Niemals kann es für die Volksmassen eine „Hoffnung" bedeuten, in dieser reaktionären Brühe herumzuschöpfen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muß aufgehoben werden, nicht „ausgeschöpft". Ausgeschöpft wird es durch die Reaktionäre und das Lumpenpack ihrer Politiker. Aufgehoben kann es durch einen Volksentscheid werden, der von den Volksmassen erzwungen wird.

Angst, Verzweiflung, Unwürde – wahr genug ist es, daß sich die herrschende Klasse die Volksmassen in dieser Verfassung wünscht.

Mut schöpfen, Zuversicht gewinnen, Würde bewahren, das können die Ausgebeuteten und Unterdrückten niemals, indem sie auf jene hoffen oder setzen, die ihre Würde mit Füßen treten, wie zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht, der bürgerliche Staat und die bürgerlichen Parteien.

Gerade als vor einem Jahr das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekannt wurde, hat die herrschende Klasse erfahren müssen, daß die Volksmassen ihre Würde aufrechterhalten, indem sie jene bekämpfen, die sie mit Füßen treten wollen.

Müller-Emmert, der dem Ausschuß des Bundestages für die Strafrechtsreform vorsteht, hat vor wenigen Tagen in Osnabrück versucht, den § 218 öffentlich zu rechtfertigen. Er wurde gestellt und hat nach verhältnismäßig kurzer Zeit die Flucht ergriffen. Überhaupt werden in den Schulen, Berufsschulen, Universitäten, aber auch bei Gerichtsverhandlungen und Politikerauftritten oft Aktionen von Gegnern des § 218 durchgeführt. Solche Aktionen werden oft in den Gewerkschaften beraten, und die offizielle Gewerkschaftspresse verdreht den Stand der Diskussion in den Betrieben mehr, als daß sie ihn wiedergibt.

Für den 21. Februar werden jetzt Demonstrationen vorbereitet. Die herrschende Klasse kann die Volksmassen keineswegs in Angst, Verzweiflung und Unwürde hinabdrücken. Es ist mehr Mut, Zuversicht und Würde da, als sich die herrschende klasse denkt und als die Sozialdemokraten den Volksmassen zubilligen wollen. – (mf)

form wieder einen vollen Tag gebrütet. Eine neue Parlamentsvorlage ist dabei nicht herausgekommen. Fest steht bloß, daß die Koalitionsparteien eine neuerliche Verschärfung des Gesetzeswerkes mitmachen werden.

Wie man hört, wurde sich bis jetzt darauf geeinigt, in den Koalitionsentwurf eine Umschreibung der „besonderen Bedrängnis" einzubauen.

Die Klausel, daß, wenn „besondere Bedrängnis" der Frau vorliegt, das Gericht von einer Bestrafung absehen könne, hatte den Koalitionsparteien als ein Feigenblatt gedient. Auch das ist

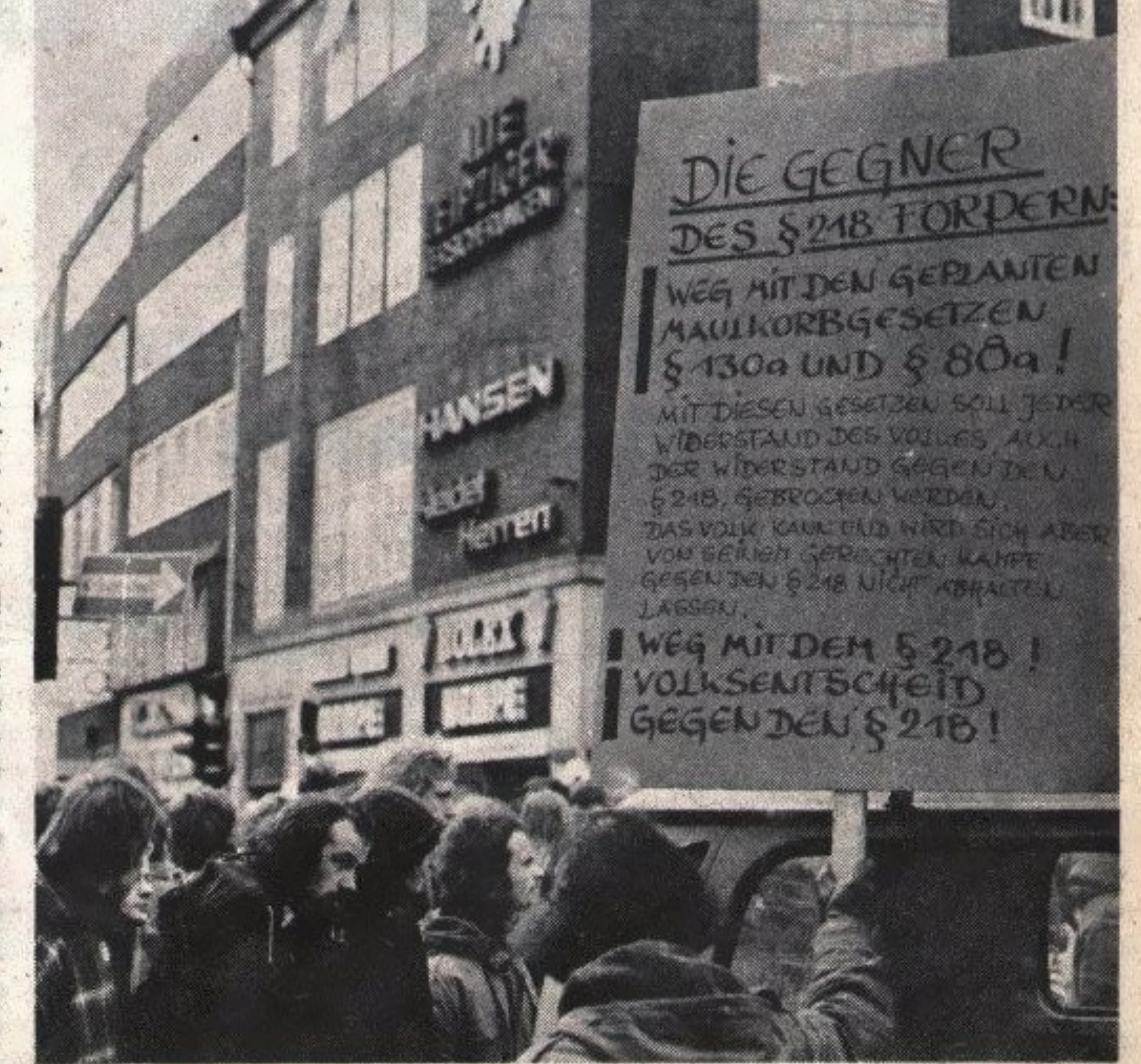
verfassungsgericht, das extra für solche Zwecke eingerichtet wurde. Niemals kann es für die Volksmassen eine „Hoffnung" bedeuten, in dieser reaktionären Brühe herumzuschöpfen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes muß aufgehoben werden, nicht „ausgeschöpft". Ausgeschöpft wird es durch die Reaktionäre und das Lumpenpack ihrer Politiker. Aufgehoben kann es durch einen Volksentscheid werden, der von den Volksmassen erzwungen wird.

Angst, Verzweiflung, Unwürde – wahr genug ist es, daß sich die herr-

nen werden oft in den Gewerkschaften beraten, und die offizielle Gewerkschaftspresse verdreht den Stand der Diskussion in den Betrieben mehr, als daß sie ihn wiedergibt.

Für den 21. Februar werden jetzt Demonstrationen vorbereitet. Die herrschende Klasse kann die Volksmassen keineswegs in Angst, Verzweiflung und Unwürde hinabdrücken. Es ist mehr Mut, Zuversicht und Würde da, als sich die herrschende klasse denkt und als die Sozialdemokraten den Volksmassen zubilligen wollen. – (mf)



Zahlreiche Komitees gegen den § 218 haben sich öffentlich gegen die Maulkorbgesetze gewandt. – Hier Kundgebung in Bremen.

Im Niedersächsischen Landtag Profis am Werk

Die Vorgänge im Landtag von Niedersachsen sind kein zufälliges Unglück. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung" schreibt dazu: „Sieht man die Wahlabläufe ... dann verstärkt sich der Eindruck, daß keineswegs unsichere Kantonisten etwa nur falsche Kreuze ... gemalt haben, sondern daß

des § 218, so das neue Polizeigesetz, das den Todesschuß legalisiert, so das Mitbestimmungsgesetz, um aus den Arbeitervertretern Unternehmervertreter zu machen, und schließlich noch eine Reihe von „Investitionsanreizen" für die Kapitalisten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wie sie sagt - um

Im Niedersächsischen Landtag Profis am Werk

Die Vorgänge im Landtag von Niedersachsen sind kein zufälliges Unglück. Die „Mainzer Allgemeine Zeitung" schreibt dazu: „Sieht man die Wahlabläufe ... dann verstärkt sich der Eindruck, daß keineswegs unsichere Kantonisten etwa nur falsche Kreuze ... gemalt haben, sondern daß vielmehr Profis nach genauem Regieplan eine politische Sensation inszenierten." Der mit einer Stimme aus der SPD/FDP-Koalition gewählte CDU-Ministerpräsident Albrecht ist selbst ein gekaufter Profi. Eingekauft wurde er 1969 von den Kapitalisten der Hannoverschen Keksfabrik Bahlsen für die Regierungsmannschaft der CDU. Erst damals, nämlich als das Geschäft perfekt war, trat er auch in die CDU ein. Nachdem die CDU die Wahlen knapp verloren hatte, bekam er von der Firma Bahlsen den Posten des Geschäftsführers und Finanzdirektors. Zuvor war er Generaldirektor bei der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel (nach Spiegel Nr. 4/76).

Ob er nun Ministerpräsident tatsächlich wird oder nicht, zusammen mit dem Unbekannten aus der SPD/FDP-Koalition betätigt er sich als Kundschafter des Finanzkapitals für neue politische Koalitionen, nachdem die Bonner Regierung ihre Schuldigkeit gegenüber dem Kapital erfüllt und ihr Ansehen im Volk als Reformregierung so grandios im Dienst der Bourgeoisie verschlissen hat.

Die SPD-Spitze will aber noch keineswegs das Handtuch werfen. Sie will noch einige reaktionäre Werke für die Bourgeoisie zu Ende führen, so die Verabschiedung und Zementierung des § 218, so das neue Polizeigesetz, das den Todesschuß legalisiert, so das Mitbestimmungsgesetz, um aus den Arbeitervertretern Unternehmervertreter zu machen, und schließlich noch eine Reihe von „Investitionsanreizen" für die Kapitalisten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wie sie sagt - um den Kapitalisten Rationalisierungen zu erleichtern und das Lohnniveau zu drücken, wie es tatsächlich der Fall ist.

Um die für sie schlechte Lage in Niedersachsen zu bereinigen, will die SPD-Spitze die Flucht nach vorn antreten mit Neuwahlen. Diese werden von CDU und FDP abgelehnt. Doch auch die niedersächsischen SPD-Abgeordneten wollen da nicht mitziehen. Die „Süddeutsche Zeitung" schreibt am 19. Januar: „... die Angst vor Neuwahlen (ist) bei den meisten Abgeordneten schier unüberwindlich. Bloß eine Minorität darf ganz sicher sein, bei Neuwahlen das Mandat nicht zu verlieren, und Pensionsansprüche hat man erst nach siebenjähriger Parlamentszugehörigkeit erworben. Mehr als die Hälfte der gegenwärtigen SPD-Fraktion würde bei Neuwahlen den Verlust von Pensionszahlungen riskieren. Insofern sind Meinungen irreführend, ... in der SPD-Fraktion werde zunehmend die Forderung laut, Neuwahlen abzuhalten, ... weil sie lediglich die Wünsche der Parteiführung wiedergeben."

Das ist eine für den bürgerlichen Parlamentarismus typische Situation, die dem Finanzkapital alle Möglichkeiten offen hält, sich das „Gewissen" der Abgeordneten zu kaufen, um die für sich günstigsten politischen Koalitionen vorzubereiten und auszujonglieren, bevor die Wahlen anstehen.

Massenstreiks in Spanien

Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Spanien

Die gegenwärtige Massenstreikbewegung hat die herrschenden Ausbeuterklassen Spaniens in die wohl schwerste politische Krise gestürzt seit dem Bürgerkrieg: Nachdem die Regierung mit der Polizei allein der Bewegung nicht mehr Herr werden konnte, versucht sie es inzwischen mit dem direkten Einsatz der Armee und Dienstverpflichtung der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst.

Während des ersten Streiks des Madrider Metro-Personals vor zwei Wochen haben Pioniersoldaten drei Tage lang auf einigen Hauptstrecken den U-Bahn-Verkehr durchführen müssen. Als danach dann die Post- und Bahnbediensteten den Streik beschlossen, wurden die spanische Post und die Bahn insgesamt der Armee unterstellt. Das heißt: Für die Beschäftigten gilt der Ausnahmezustand, sie sind dienstverpflichtet, und jeder, der den Anordnungen der Offiziere, die den Betrieb überwachen, zuwiderhandelt, wird vor das Kriegsgericht gestellt.

Ihre Solidarität mit den Beschäftigten der Post hat die Internationale Postgewerkschaft ausgedrückt. Ebenso haben die Arbeiter von Standard Elektrik Lorenz (Stuttgart) über ihre Vertrauensleute ein Solidaritätstelegramm an die Belegschaft von Standard Elektrik-ITT in Madrid geschickt, die ausgesperrt wurde.

Obwohl mit diesem Mittel der Streik von einer Viertelmillion Beschäftigten der Bahn und Zigtausenden der Post zunächst unterdrückt worden ist, hat das die Bewegung nicht geschwächt: Hunderttausende spanischer Arbeiter und Angestellter stehen nach wie vor im Streik, und das nun schon in der dritten Woche. Bei den Bauarbeitern von Madrid wurde zwar eine Lohnerhöhung gewährt, aber zum einen, weil sie von den Arbeitern für zu gering erachtet wird, und zum anderen aus Solidarität mit den Streikenden der anderen Industriezweige hat keiner der Bauarbeiter bisher die Arbeit wieder aufgenommen. Die Metallarbeiter richten sich auf einen langandauernden Kampf ein, sie haben inzwischen überall Unterstützungskassen gebildet. Ein erster Erfolg wurde von ihnen erzielt: Die Kapitalisten sollen sich am Anfang dieser Woche bereiterklärt haben, die Aussperrung wieder aufzuheben. Nicht anerkannt haben sie dagegen die Forderungen der Arbeiter: Wiedereinstellung der Arbeiter, die wegen des Streiks entlassen worden sind, sowie die Forderung nach Erhöhung des Lohns. Von der Regierung fordern sie die unverzügliche Freilassung von festgenommenen Kollegen.

Geführt werden die Streiks von den verbotenen „Arbeiterkommissionen", den illegalen Gewerkschaftsorganisationen der spanischen Arbeiterklasse. Die offiziellen Gewerkschaften in Spanien, die vom Franco-Regime eingerichtet wurden und in denen unter Kontrolle und Leitung des Staates sogenannte Arbeitervertreter und Vertreter der Kapitalisten den Lohn aushandeln müssen, spielen bei den gegenwärtigen Streiks keinerlei Rolle. Als Instrumente, die Arbeiter in Schach zu halten und dem Kapital fest unterzuordnen, sind sie gescheitert.

Demonstrationen für politische Rechte

Hand in Hand mit der Ausweitung der Streikfront werden in allen Städten große Demonstrationen durchgeführt. Diese Demonstrationen, Versammlungen und Kundgebungen für die Freilassung aller politischen Gefangenen, Aufhebung des „Antiterrorismus-Gesetzes", Organisations-, Versammlungs- und Pressefreiheit konnten nicht mehr verhindert oder wenigstens frühzeitig erstickt werden. Als die Polizei z.B. bereits am 12. Dezember in Bilbao eine vierhundertköpfige Protestversammlung auseinanderknüppelte und 17 Menschen verhaftete, mußte sie am 13. Dezember schon das Gefängnis zur Verteidigung vor einer zwei- bis dreitausend Menschen zählenden Demonstration besetzen. In der vergangenen Woche, als die Straßen der Hauptstadt Madrid völlig von den streikenden Arbeitern und Studenten, Bank- und Postangestellten beherrscht waren, konnte die Polizei überhaupt nur noch einzelne Formationen der Demonstrationen auseinandertreiben, die sich Minuten später an anderen Stellen neu formierten.

Ein besonderes Beispiel gaben in der letzten Woche auch die Studenten von Madrid. Trotz Polizeibesetzung des Geländes führten sie eine Versammlung durch, auf der Arbeiter und Gewerkschaftsvertreter Ansprachen an die Studenten hielten. Der Polizei gelang es lange Zeit nicht, diese Versammlung mit über 10 000 Teilnehmern „aufzulösen", wie sie das nennt.

Fortsetzung Seite 2



Das chinesische Volk nahm Abschied von dem Genossen Tschou En-lai. Unzählige erwiesen dem großen proletarischen Revolutionär die letzte Ehre. Genosse Deng Hsiao-ping sagte u.a. in der Trauerrede: „Das Leben des Genossen Tschou En-lai war das eines ruhmvollen Kampfes für die Sache des Kommunismus, eines nicht nachlassenden Verfechtens der Revolution. Er ist ein Vorbild für unsere ganze Partei, für unsere ganze Armee und unser ganzes Volk. ... Seine Festigkeit im Kampf gegen den Feind müssen wir uns zum Vorbild machen. So grausam auch der weiße Terror wütete, so hart auch der bewaffnete Kampf war und so verbissen die Verhandlungen waren, in denen er von Angesicht zu Angesicht dem Feind entgegenstand, fürchtete er nie die Gefahr, blieb er immer wachsam; und ohne seine Festigkeit und Kaltblütigkeit zu verlieren, bewahrte er ein absolutes Vertrauen in den Sieg. ..."

Solidarität mit den streikenden Arbeitern in Spanien

Fortsetzung

Die „Politik der Öffnung" unter dem Druck der Massenbewegung

Das politische Konzept, das die erste Nach-Franco-Regierung Spaniens hatte, wonach das Land innerhalb zweier Jahre allmählich in eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie nach westdeutschem Muster umgewandelt werden sollte, wird angesichts dieses enormen Aufschwungs der Kämpfe der Arbeiter und der breiten Volksmassen immer undurchführbarer. Das kann man schon daran sehen, daß der Innenminister Fraga heute nicht mehr zwischen den „demokratischen Elementen" und den „bösen Elementen" der Opposition unterscheidet, wie er es noch vor einer Woche versuchte, sondern nur noch von „Subversion", „Recht" und „Ordnung" redet. Zusammen mit den herrschenden Klassen Spaniens haben auch die Imperialisten, die auf die neue Regierung große Hoffnungen gesetzt hatten als Garant für die weitere Ausplünderung des Landes, eine kräftige Abfuhr erhalten. Der von den Regierungschefs der imperialistischen Länder so oft geäußerte „Optimismus" ist rasch verflogen und seine ganze Hohlheit sichtbar geworden.

Getroffen wurde damit besonders
sichtbar geworden.

Getroffen wurde damit besonders auch der US-Imperialismus, der seine Leute in diese Regierung delegiert hat. Der Außenminister Areilza, als faschistischer Bürgermeister von Bilbao für die Hinrichtung baskischer Arbeiterführer und Nationalisten verantwortlich und vom spanischen Volk gehaßt, ist mit den Rockefellers verwandt. Der Vizewirtschaftsminister Villar Mir war bislang Manager des dem US-Kapital gehördenden Stahlkonzerns Altos Hornos. Kabinettsmitglied Calvos Sotelo war Manager des von den Imperialisten betriebenen Kupferkonzerns Rio Tinto.

Reaktionen der Revisionisten und Sozialdemokraten

Regierungschef Arias wird am 28. Januar öffentlich zur gegenwärtigen Lage Stellung nehmen. Er will dann mitteilen, was das Kabinett am 15. Januar beschlossen hat. Gemeldet wird, daß auf dieser Kabinettssitzung die Amtszeit der Cortes, dem Ständeparlament, das hauptsächlich aus von Franco ernannten Abgeordneten besteht, um ein Jahr verlängert worden ist. Bereits diese Maßnahme zeigt, daß das Regime nur so wenig Zugeständnisse an die Forderungen der Massen machen will wie eben möglich: Die spanischen Volksmassen werden sich jedes Stück Freiheit erkämpfen müssen.

Die Revisionisten von der PCE (Kommunistische Partei Spaniens) und die Sozialdemokraten von der PSOE (Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens) mußten zwar auf die gegenwärtige Lage reagieren. Sie taten das aber keineswegs in Richtung auf Zusammenschluß der Bewegungen in der Arbeiterklasse und den Volksmassen und auf entschiedenen Kampf gegen die Regierung. Sie suchen zu einem Arrangement mit der Regierung zu kommen.

So ging zum Beispiel der Revisionistenführer Carillo in einem Zeitungsinterview so weit, daß er sich bereit erklärte, seinen Frieden mit der Monarchie zu machen, wenn diese seine Partei nur anzuerkennen bereit wäre. Und die Sozialdemokraten haben angedeu-

tet, daß sie unter Umständen bereit
die Sozialdemokraten haben angedeu-

tet, daß sie unter Umständen bereit seien, Minister zu stellen. Gemeldet wird, daß nun beide Parteien überrascht worden seien von der Wucht, die die Massenstreikbewegung bekommen hat. Erst gegen Ende der zweiten Woche haben sie eine Stellungnahme und Unterstützungsaktionen angekündigt. Aber wie hat das ausgesehen?

Die Revisionisten und die PSOE und die mit ihnen in der „Demokratischen Junta" beziehungsweise in der „Demokratischen Plattform" verbundenen Organisatioen haben angekündigt, am Dienstag, dem 20. Januar, einen Schweigemarsch in Madrid durchzuführen. Einen Schweigemarsch, der zum Polizeipräsidium führen soll! Sie haben zugleich erklärt, daß sie dabei auf Transparente verzichten würden, wenn die Regierung diesen Marsch erlauben würde! Inzwischen hat die Regierung aber den Marsch verboten. (Nach Zeitungsberichten und Zuschriften) – **(g.j.)**

Beschlüsse der Bundesregierung:

Fortgesetzte Ausplünderung

Kaum ist die Erhöhung der Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung und die gleichzeitige Kürzung des Arbeitslosen- und des Kurzarbeitergeldes in Kraft, beschließt die Bundesregierung neue Gebührenerhöhungen: Der sogenannte Kohlepfennig wird von 3,24 auf 4,5 Prozent erhöht. In der gleichen Sitzung beschloß die Regierung die Einführung des „Verlustrücktrages" für alle Unternehmen. Das bedeutet, daß die Kapitalisten, die 1975 mit Verlust gewirtschaftet haben, diesen Verlust bis zu 5 Millionen DM auf den Gewinn von 1974 angerechnet bekommen. Damit verringern sich die Steuern auf den Profit um etwa 400 Millionen DM, die jetzt den Kapitalisten zurückerstattet werden.

Parallel zu dem Paket Entrechtung der Volksmassen lassen Bundesregierung und Bundestag keine Gelegenheit aus, Beschlüsse zu fassen, um die Ausplünderung durch den Staat zu verschärfen und die Früchte dieses Raubs direkt dem Kapital anzudienen. Das Finanzkapital will seine verbrauchte „Reformregierung" vor den Bundestagswahlen noch maximal gegen die

Arbeiterklasse und die Volksmassen
tagswahlen noch maximal gegen die

Arbeiterklasse und die Volksmassen nutzen.

In der Begründung der Erhöhung des Kohlepfennigs erklärte Bundeswirtschaftsminister Friderichs sinngemäß:

Es sei verständlich, daß die Stromenergieunternehmen, also die Großabnehmer der Kohle, zugunsten billigerer Energie die Kohleabnahme verringert hätten, wodurch die Kohlehalden entstanden seien. Im Interesse der Kohleförderung sei eine Subventionierung der Kohlenhaldenbildung erforderlich. Den Preis dafür müsse der Verbraucher zahlen. Er leiste damit einen Beitrag zur Unabhängigkeit der Energieversorgung unseres Landes, und das sei schließlich auch in seinem Interesse und im Interesse der Erhaltung des Beschäftigtenstandes. So Friderichs im Fernsehen letzter Woche.

Für die „verständlichen" Bedürfnisse des Großkapitals zahlt das Volk den Preis. Durchgesetzt wird dieser Preis durch den Staat mittels Ausplünderung der Volksmassen. Und das Volk soll über diese Ausplünderung auch noch stolz sein, der „Unabhängigkeit" unseres Landes – was nichts anderes heißt als dem Expansionsdrang der Kapitalisten – gedient zu haben.

Für die Durchsetzung seines Programms hat das Finanzkapital der Bundesregierung Kredit gewährt – zugleich in der sicheren Gewißheit, daß der Kredit durch die Plünderung der Volksmassen mit Zins und Zinseszins sich auszahlen wird. Die Ergebnisse sind schon vorzeitig bemerkbar. Der Bund soll 1975 einen Kassenüberschuß von 9 Milliarden DM erzielt haben. Das Finanzkapital hat der Bundesregierung also noch mehr Kredit angedreht als zur Deckung des Lochs im Staatshaushalt notwendig war. Und aus den Steuern der Lohnabhängigen wird es dafür die Zinsen kassieren. Zeitweilig konnte die Bundesregierung mit den überschüssigen Beträgen sogar am Geldmarkt spekulieren. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar) Nun schiebt sie den Kapitalisten mit der Einführung des Verlustrücktrags eine Erfolgsprämie von 400 Millionen DM vor und mit der Erhöhung des Kohlep-

Erfolgsprämie von 400 Millionen DM
vor und mit der Erhöhung des Kohlep-

fennigs weitere Millionen direkt aus den Taschen der Bevölkerung in die Kassen eines Monopols, der Ruhrkohle AG. Kohlepfennig ist dafür ein niedliches Wort. Ein mittlerer Haushalt wird statt bisher durchschnittlich 1,34 DM 1,80 DM Aufschlag auf den Strompreis zahlen, der außerdem von den örtlichen Behörden laufend erhöht wurde. Allein, dabei bleibt es nicht. Für den 4. Februar ist ein Regierungsbeschluß über eine Sonderabgabe für deutsches Erdöl und Erdgas vorgesehen. Die Tochtergesellschaften der Esso und Shell haben dazu erklärt, daß sie die Abgabe auf die Gaspreise abwälzen werden und daß auch die ausländischen Erdgaslieferanten aus der Sowjetunion, Holland und Norwegen „den so geschaffenen Erlösspielraum in der Bundesrepublik ohne Zögern nutzen". Es werde sich „der Erdgaspreis für den Endverbraucher jedenfalls spürbar erhöhen". (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Januar) – **(bb)**

Kissinger in Moskau:

Blutige Rivalität und Entspannungsmanöver

Eigentlich sollte es noch im letzten Jahr zu einem „Gripfeltreffen" von Ford und Breschnew in den USA kommen. Daraus ist nichts geworden, weil es den beiden Supermächten immer schwieriger wurde, eine Frage zu finden, in der sie vor den Augen der Welt Entspannung vortäuschen konnten. Das ist nicht erstaunlich. Wer in jedem Winkel der Welt im Drang nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Arbeitskräften heftig aufeinanderstößt, kann diese Rivalität um die Weltherrschaft auf die Dauer nicht vor den Augen der Völker verbergen.

Wenn Kissinger jetzt in Moskau weilt, so mußte er eigens „zwei Ebenen" erfinden, um seinen Besuch zu rechtfertigen. Die eine, „höhere" Ebene sind die Verhandlungen um die strategische Rüstungsbegrenzung, SALT II genannt. Die andere, „niedere" Ebene ist die tagtägliche Rivalität der beiden Supermächte um jedes Stück Land in dieser Welt, nach dem sie ihre Krallen ausstrecken können: in diesen Tagen vor allem ihre Rivalität um Angola mit seinen großen Bodenschätzen, seinen zahlreichen Arbeitskräften und seiner Lage am Atlantik, sowie der Nahe Osten mit seinen Erdölquellen und seiner strategischen Bedeutung für die Beherrschung Europas.

Vor seiner Abfahrt nach Moskau gab Kissinger eine Pressekonferenz. Darüber berichtet die „Neue Zürcher Zeitung" vom 16. Januar: „Kissinger warnte einmal mehr die Sowjetunion, daß ihre Intervention in Angola zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten führen könnte, die nicht ohne Auswirkungen auf SALT II bleiben würden. Er stellt aber kein Junktim zwischen Angola und SALT II her, sondern placiert diese beiden Probleme noch deutlicher als bei seiner letzten Pressekonferenz auf zwei verschiedene Ebenen. SALT II liegt seiner Meinung nach im Interesse der Vereinigten Staaten und der ganzen Welt, weil diese Verhandlungen der Verhinderung des Nuklearkrieges dienen ... Angola ordnet Kissinger dagegen in die Kategorie der Tagesereignisse ein." Was sind das für zwei verschiedene Ebenen? Worin besteht die Verschiedenheit?

Das eine ist die Ebene der tatsächlichen, blutigen Rivalität der beiden Supermächte, unter der vorläufig vor allem fremde Völker leiden müssen. Das andere ist die Ebene der großartigen Manöver mit angeblichen Rüstungsbegrenzungen, auf der es darum geht, die Völker der Welt hinters Licht zu führen, vor allem auch die eigenen. Die Verschiedenheit der beiden Ebenen besteht darin, daß die eine die nackte Wahrheit der Politik der beiden Supermächte zeigt, während die andere dazu dient, diese Wahrheit unter dem Schleier der angeblichen Entspannung zu verbergen.

Das Problem für die beiden Supermächte besteht nun darin, wie sie ihre immer heftigeren Auseinandersetzungen im Kampf um die Ausbeutung und Ausplünderung der Welt, die den Widerstand der Völker gegen diese beiden größten Ausbeuter hervorruft, unter der angeblichen Entspannungsopolitik verbergen sollen, mit der sie die Völker einschläfern wollen. Dies Problem wird immer schwieriger.

Die tatsächliche Rivalität der beiden Supermächte hat die Grundlage für die Entspannungsmanöver geschmälert. Deshalb ist es noch zu keinem Abschluß der SALT-II-Verhandlungen gekommen, deshalb konnten Breschnew und Ford ihren Gipfel noch nicht durchführen. Deshalb tönen beide Supermächte, wie wichtig die SALT-II-Verhandlungen doch für die ganze Welt seien. In Wirklichkeit stellen sich Kissinger und Breschnew versteckte Ultimaten und drohen sich mit dem Kriegsbeil. - **(js)**

US-Banken plündern die Dritte Welt

Mit über 40 Milliarden Dollar sind die Entwicklungsländer bei den US-Banken verschuldet. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Kreditverschuldung der Länder der Dritten Welt bei Banken. Nimmt man einen Zinssatz von durchschnittlich 8 Prozent an, so ergibt sich eine jährliche Tributzahlung der Länder der Dritten Welt allein an die amerikanischen Großbanken von 3,2 Milliarden Dollar. Diese Zahlen sind anläßlich der Sorgen amerikanischer Großfinanziers über die „Sicherheit" ihrer Bankeinlagen von der amerikanischen Bankenaufsicht veröffentlicht worden. (Nach Handelsblatt, 19. Januar)

Kleinere Brötchen im neuen Fünfjahresplan der Sowjetunion

Für den Zeitraum des Fünfjahresplanes 1976–1980 sind die Bäkker der Sowjetunion angewiesen, kleinere Brötchen zu backen. Damit soll der „Verschwendung von Brot" Einhalt geboten werden. So weit hat es die bürgerliche Clique mit der Wiedereinführung der kapitalistischen Produktionsweise gebracht. Königliche Erlasse zum Backen kleinerer Brötchen waren schon manches Mal in der Geschichte der letzte Anlaß für die beginnende Revolution.

Der Kapitalismus – eine faulende Gesellschaftsform

Zwei- bis dreitausend psychisch Kranke wurden im Zuge eines Sparprogramms aus den Kliniken der Stadt Birmingham entlassen.

Dabei wurden die schwersten Fälle bevorzugt, da diese die meisten Kosten verursachen und sich gleichzeitig am wenigsten gegen diese Maßnahmen wehren können.

Diese Menschen laufen durch die Straßen, ernähren sich aus Mülleimern oder vegetieren in den billigsten Absteigen ohne jede Pflege dahin, die sie von ihrer winzigen Wohlfahrtsunterstützung bezahlen müssen. Ein Beamter der zuständigen Behörde meinte: Es bestehe keinerlei Aussicht auf Abhilfe. (Hessischer Rundfunk, 15. Januar)

Attentat auf Kohl demen-

Attentat auf Kohl dementiert

Die „Bildzeitung" erschien am Mittwoch, den 21.1., mit der Schlagzeile: Attentat auf Kohl. Tatsache ist, daß auf einer Veranstaltung in der Freiburger Universität, die Kohl wegen massenhaften Protestes abbrechen mußte, ein 51jähriger CDU-Anhänger einen Sicherheitsbeamten für einen Linksradikalen hielt und ihn mit einem Rehgeweih (!) verletzte. Die „Bild"-Schlagzeile ging auf eine Verlautbarung des CDU-Sprechers Weißkirch zurück. Die Polizei mußte diese Verlautbarung inzwischen offiziell dementieren.

Flick-Milliarden steuerfrei

Mit Unterstützung des Bundesfinanz- und des Bundeswirtschaftsministeriums gelingt es dem Finanzhai Friedrich Karl Flick, den 2-Milliarden-Erlös aus dem Verkauf seiner Daimler-Benz-Aktien steuerfrei neu anzulegen. Steuerfrei hat er schon für 250 Millionen eine Beteiligung an dem amerikanischen Chemietrust Grace erworben. Nach § 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes kann die Regierung für „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdige" Anlagen Steuerfreiheit beschließen, was sie Flick schon zugesagt hat. Für inländische Anlagen gibt es den entsprechenden § 6 b des Einkommenssteuergesetzes, der für Flick ebenfalls angewendet wird. Durch Anlage in „strukturschwachen Gebieten" wird er noch zusätzlich 15 Prozent des Anlagewertes an Subvention einstecken können, so für die Erweiterung des Sprengstoffwerkes Liebenau in Nienburg an der Weser. Für die „Schaffung neuer Arbeitsplätze" wird er sicher auch noch einen Griff in die Arbeitslosenkasse machen können und insgesamt seine 2 Milliarden nicht nur steuerfrei, sondern beträchtlich aus der staatlichen Ausplünderung vergrößert neu anlegen können. (Nach Spiegel Nr. 4/76)

14. Strafrechtsänderungsgesetz im Bundestag verabschiedet

Kampf gegen die Reaktion ist notwendig

Der Bundestag hat am Freitag, dem 16. Januar, das 14. Strafrechtsänderungsgesetz (früher 13. Strafrechtsänderungsgesetz) in zweiter und dritter Lesung beraten und einstimmig verabschiedet. Das Parlament hat damit einheitlich einen weiteren Schritt zur Entrechtung und Unterdrückung der Volksmassen und zur gesetzlichen Sicherung und Verschärfung der Diktatur der Bourgeoisie durchgeführt.

Ab Ersten des Monats, der auf die Verkündung dieses Gesetzes folgt, also wahrscheinlich ab 1. Februar, kann damit jeder, der ein Flugblatt verteilt, das zur Besetzung eines Bauplatzes für Kernkraftwerke, zur Aufstellung von Streikposten, zu einer unangemeldeten Demonstration gegen Fahrpreiserhöhung oder sonst in irgendeiner Weise zur Gegenwehr der Volksmassen gegen Kapitalistenklasse und Staatsgewalt aufruft, mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft werden. Das gleiche gilt für diejenigen, die eine solche Schrift „herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, ankündigt, anpreist, ein- oder ausführt", für denjenigen, der sowas öffentlich oder auf einer Versammlung ausspricht (§ 88 a).

Mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestrafen kann die bürgerliche Justiz dann auch denjenigen, der die Aktionen der Massen vom Kaiserstuhl gegen den Bau des Kernkraftwerks, die Aktionen der Massen in zahlreichen Städten gegen die Fahrpreiserhöhungen, die Aktionen der Studenten für ihre Rechte oder die Betriebsbesetzungen gegen Stillegungen wie in Erwitte „in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften billigt" (§ 140).

All solche Massenaktionen verfolgt der bürgerliche Staat als „Landfriedensbruch". Sie zu beraten und zu rechtfertigen ist den Massen in Zukunft von Staats wegen untersagt und wird als „verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" und „Billigung von Straftaten" von der Staatsgewalt verfolgt und kann von dem Richterheer „im Namen des Volkes" mit bis zu dreijährigen Gefängnisstrafen belegt werden.

Durch diese Gesetze sind buchstäblich alle Schriften, die die Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen vertreten, die die Gerechtigkeit der Aktionen der Arbeiterklasse und der Volksmassen herausstellen und für solche Aktionen eintreten, direkt von der polizeimäßigen, staatsanwaltschaftlichen und richterlichen Verfolgung bedroht. Durch diese Gesetze soll verhindert werden, daß die Arbeiterklasse und die Volksmassen einen einheitlichen Willen herausbilden im Kampf für ihre Interessen.

Diesen massiven Angriff auf die Rechte des Volkes rechtfertigen die bürgerlichen Parteien als Verteidigung der Demokratie. Was sie verteidigen, ist die Herrschaft der Geldsäcke, die Herrschaft des Finanzkapitals. Diese Herrschaft treibt notwendig den Widerstand der Massen hervor. Er soll bereits im „Vorfeld" erstickt werden, er soll weder propagiert noch gerechtfertigt werden können. Rebellion der Massen wird seit je verfolgt und unterdrückt. Zu sagen: „Rebellion ist gerechtfertigt", das kann in Zukunft drei Jahre Gefängnis einbringen.

Die Rolle der Sozialdemokraten

Diesen Anschlag auf die Rechte des Volkes haben alle Parlamentarier in einer namentlichen Abstimmung einstimmig und ohne Enthaltung oder Gegenstimme vollzogen. Kann noch irgendjemand daran zweifeln, in wessen Dienst die bürgerlichen Parteien und die bürgerlichen Politiker stehen?

Wer ihre Taten untersucht, kann nicht daran zweifeln. Diese Taten scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Nirgendwo konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, was die Bundestagsabgeordneten da eigentlich ausgebrütet haben. Bestenfalls konnte man erfahren, daß wieder was gegen die „Terroristen" unternommen werden solle.

An wen die bürgerlichen Politiker denken, wenn sie von Terroristen reden, das lassen sie manchmal heraus. In der Bundestagsdebatte hat es der Abgeordnete Spranger von der CDU herausgelassen. Zur Begründung für die Gesetzesmaßnahmen hat er auf „Demonstrationen für die Einführung des Nulltarifs im Juni 1971 in Eßlingen, Teach-ins im Juni 1973 vor der Tübinger Universität, Vorgänge bei der Besetzung des Kernkraftwerkes in Wyhl im Februar 1975 und gewalttätige Menschenansammlungen im Juni und Juli in Freiburg und Heidelberg" hingewiesen.

Die Sozialdemokratie erfüllt für die Kapitalistenklasse die unerläßliche Aufgabe, die Arbeiterklasse über den Charakter solcher Gesetzesmaßnahmen hinwegzutäuschen und den Massen vorzuspiegeln, daß ihre Rechte von diesen Maßnahmen gar nicht betroffen seien. Wie die Sozialdemokraten in Regierung und Parlament in Wirklichkeit ihre Aufgabe sehen, das zeigen einige Zwischenrufe des SPD-Abgeordneten Arndt aus Hamburg. Gegen den CDU-Abgeordneten Spranger, der zusammen mit Verabschiedung des § 88 a, 130 a und 140 im Namen der CDU auch gleich noch eine Änderung des Demonstrationsrechts forderte, machte Arndt folgende Zwischenrufe: „Sie wollen die Polizei behindern!" Diesen Zwischenruf machte er gleich zweimal. Dann: „Das ist ja heute schon strafbar!" und „Sie waren doch nicht in einer Einsatzleitung wie ich!" „Ich habe eigene Erfahrungen aus einer Einsatzleitung, im Gegensatz zu Ihnen!"

Die Sozialdemokraten treten den CDU-Reaktionären als Polizeipraktiker gegenüber, die ihre Erfahrungen an der Front gesammelt haben. Da können sie dann schon mal einem der ihren, in diesem Fall dem Abgeordneten Lattmann, erlauben, im Namen des „Geistes" einige Bedenken gegen die geplanten Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen anzumelden – um dann dennoch zuzustimmen.

Es ist die Kunst und Leistung der Sozialdemokratie, das Vertrauen, das sie in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen noch teilweise genießen, für die Kapitalistenklasse und das Finanzkapital in klingende Münze und eine Verschärfung der Reaktion umzusetzen. Denn ohne die Heuchelei und die Betrugsmanöver der Sozialdemokratie stießen die reaktionären Maßnahmen der Kapitalistenklasse, die Ausplünderung des Volkes durch Steuererhöhungen und Tariferhöhungen mit Hilfe von Haushaltssicherungsgesetzen, die Entrechtung der Volksmassen durch Radikalenerlaß, Maulkorbgesetze usw. von vornherein auf heftigen Widerstand. Die Sozialdemokratie erfüllt für die Kapitalisten die Aufgabe, diesen Widerstand abzustumpfen und die Arbeiterklasse im Kampf gegen die allseitige Reaktion der Kapitalistenklasse zu entwaffnen.

„Das Volk wird sich seine unverzichtbaren Rechte niemals nehmen lassen!"

Unter dieser Losung haben die Ortsgruppen und Massenorganisationen des KBW sowie die kommunistischen Gruppen, die mit dem KBW zusammenarbeiten, in zahlreichen Städten der BRD und in Westberlin Plakataktionen, Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt, um die Gesetzesmaßnahmen der Kapitalistenklasse und der bürgerlichen Parteien zu entlarven. Man kann sagen, daß es den bürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Presse gelungen ist, ihre geplanten Gesetzesmaßnahmen bis zum Tag ihrer Verabschiedung fast vollständig im Dunkel zu lassen. Nur mit Mühe konnte man überhaupt herausbekommen, daß diese Gesetzesmaßnahme am Freitag letzter Woche in die zweite und dritte Lesung gehen und verabschiedet werden sollten. Über den Charakter der Gesetzesmaßnahmen hat die bürgerliche Presse einen Mantel des Schweigens gebreitet.

Dabei handelte es sich um bewußte Politik. So leugnete zum Beispiel der Bremer SPD-Abgeordnete Grobecker auf entsprechende Fragen noch am Donnerstagabend beharrlich, daß das 14. Strafrechtsänderungsgesetz am Freitag überhaupt in die zweite und dritte Lesung ginge. Dabei hatte die SPD-Fraktion bereits am Donnerstagnachmittag die Regie für die Sitzung festgelegt.

In einer SPD-Versammlung mit dem Berliner Bürgermeister Schütz und 350 Teilnehmern in Pforzheim, auf der Mitglieder der dortigen Kommunistischen Gruppe die Pläne der Regierung enthüllten, war ein großer Teil der Mitglieder von diesen Plänen völlig überrascht. Es gab ein gehöriges Durcheinander, als sie enthüllt wurden. Die Gruppe berichtet: „Zwei Tage vor Verabschiedung des Gesetzes wußte die Masse der SPD-Mitglieder offensichtlich nichts von den Gesetzentwürfen. Es hat sich gezeigt, daß die SPD ausgesprochen angreifbar ist. Ein SPD-ler sagte, er verstünde gar nicht, wie drei Leute den Laden so durcheinanderbringen könnten."

Vielfach erfuhren die Massen erst durch die Publikationen und Aktionen des KBW von den Gesetzen, die der Bundestag gleichzeitig verhandelte und verabschiedete. Woher der Wind weht, zeigten erneut Polizeieinsätze gegen einige Kundgebungen und Demonstrationen, so z.B. in Offenbach.

Nach der Kundgebung bildete sich eine Demonstration von 60 Teilnehmern. Die Ortsgruppe berichtet: „Als nochmal eine Zwischenkundgebung abgehalten wurde, unternahm die Polizei einen gezielten Überfall auf die Versammlung, um des Megaphons und des Redners habhaft zu werden. Zwei Genossen wurden festgenommen. Doch die Polizei erreichte gerade das Gegenteil von dem, was sie wollte. Die Empörung über den Einsatz war groß. War vorher wegen trüber Witterung und Nieselregen die Stimmung eher zurückhaltend, so waren die Mensch jetzt sehr interessiert. Es stellte sich heraus, daß noch wenige überhaupt von dem im geheimen ausgekochten Unterdrückungsparagraphen wußten. Die Broschüren gingen weg wie warme Semmeln. Große Diskussionstrauben bildeten sich um die Genossen. Etwa zweihundert Menschen diskutierten über die reaktionäre Politik der herrschenden Klasse und gaben zu erkennen, daß diese Gesetze nicht in ihrem „Sicherheitsinteresse" sind, sondern daß sie gegen diese Gesetze sind, weil sie sich nicht den Mund stopfen lassen wollen."

Die Demonstrationen und Kundgebungen hatten u.a. in Kiel etwa 450 Teilnehmer, in Hamburg etwa 400, in Bremen 600, in Westberlin 800, in Braunschweig 100, in Hannover 80, in Göttingen 160, in Köln 300, in Dortmund 60, in Münster 150, in Aachen 100, in Bonn 60, in Kassel 60, in Frankfurt 350, in Gießen 150, in Wiesbaden 100, in Darmstadt 150, Heidelberg 600, Freiburg 500, Stuttgart 120, Tübingen 100, München 80 Teilnehmer.

Die Aktionen in diesen und anderen Städten hatten den Zweck, die reaktionären Machenschaften der Bundesregierung und des Parlaments zu enthüllen, zu zeigen, wie sie vom Finanzkapital diktiert werden und mit anderen reaktionären Maßnahmen wie Haushaltssicherungsgesetz oder der Festigung des § 218 zusammenhängen. Sie hatten den Zweck, eine breite Front gegen die Reaktion zu propagieren und aufzubauen. Teilweise war es bei der Vorbereitung dieser Aktionen bereits gelungen, wichtige Kräfte zusammenzuschließen.

So sprachen z.B. in Darmstadt Vertreter des Streikkomitees der Darmstädter Schüler, der Jugendvertretung von Merck, des Nahost-Komitees Darmstadt, des Komitees gegen den § 218, der Sympathisanten der FDLP (Demokratische Front zur Befreiung Palästinas), des Türkischen Arbeitervereins, des griechischen Studentenvereins, der Fachschaft Chemie an der Technischen Hochschule und der Ortsgruppe des KBW. An einzelnen Orten konnten die Ortsgruppen der KPD/ML für eine Aktionseinheit gewonnen werden, so z.B. in Kiel und in Gießen. In Tübingen beteiligten sich der KSV und KSB/ML. Die Gruppe Rote Fahne (KPD) hatte an verschiedenen Orten (z.B. in Frankfurt) eine Aktionseinheit ausdrücklich abgelehnt, weil sie eine zentrale Demonstration in Bonn durchführen wollte und grundsätzliche Differenzen zur Linie des KBW hätte. An der zentralen Demonstration der Gruppe Rote Fahne in Bonn haben 200 Demonstranten teilgenommen.

Die Kundgebungen und Demonstrationen am Freitag wurden durchgeführt unter den Losungen: „Schließen wir uns gegen die Reaktion zusammen! Kämpfen wir gemeinsam für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Schlagen wir die Angriffe auf die Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit zurück! Weg mit dem KPD-Verbot! Weg mit dem Radikalenerlaß! Weg mit den Maulkorbgesetzen, dem 13. Strafrechtsänderungsgesetz!" Sie bedeuten einen Fortschritt für die notwendige Verankerung dieser Forderungen in der Arbeiterklasse und unter den Volksmassen.



Billigung von Blockaden gegen Fahrpreiserhöhungen wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bedroht. – Demonstration am 17.1.76 in Wuppertal

Die Enthüllung der Politik des Finanzkapitals verbessern!

Daß die Bourgeoisie am Freitag letzter Woche so einschneidende Gesetze einstimmig durch das Parlament beschließen lassen konnte, zeigt schwere Mängel und Fehler in der Arbeit der Marxisten-Leninisten schonungslos auf. Sie haben es an Wachsamkeit gegenüber den politischen Plänen der Finanzbourgeoisie fehlen lassen und haben diese Pläne nicht rechtzeitig enthüllt. Die bürgerlichen Parteien hängen diese Pläne nicht an die große Glocke, sondern tun alles, um ihre Pläne zu verbergen. In vielen Flugblättern haben wir festgestellt, daß die bürgerlichen Parteien das geplante 13. Strafrechtsänderungsgesetz, diesen giftigen Anschlag auf die Rechte des Volkes klammheimlich über die Bühne bringen wollen. Das ist richtig. Daß ihnen das mehr oder weniger gelungen ist, liegt an den Mängeln und Fehlern unserer politischen Enthüllungsarbeit.

Das am Freitag verabschiedete 13., jetzt 14. Strafrechtsänderungsgesetz ist bereits am 13. März 1975 im Rahmen der Sicherheitsdebatte in erster Lesung behandelt worden. Am 23. Dezember 1974, einen Tag vor Weihnachten, hatte es Bundeskanzler Schmidt an den Bundestag zur Behandlung übersandt. In einem Artikel zur Sicherheitsdebatte schrieb die KVZ in ihrer Ausgabe vom 20. März 1975:

„Schaut man sich schließlich die Anträge an, die vom Bundestag verhandelt werden sollten in der Debatte über die Innere Sicherheit, so kann man auch darin sehen, daß weitere Angriffe des Staates auf demokratische Rechte geplant werden, die mit der Fahndung nach Anarchisten wenig zu tun haben. Da geht es um die polizeiliche Behandlung von öffentlichen politischen Demonstrationen, Einschränkung des Versammlungsrechts, Säuberung von allen fortschrittlichen Personen im Schuldienst und im öffentlichen Dienst. Ist es vielleicht die RAF, die gegen Fahrpreiserhöhungen und gegen den Bau von Kernkraftwerken auf offener Straße demonstriert? Ist es die RAF, die für höhere Löhne streikt?

Kein Wort zu diesen Anträgen, weil allzu offensichtlich geworden wäre, daß dies nicht gegen die Anarchisten, sondern gegen jede politische Äußerung des Volkes selbst gerichtet ist, wenn es sich auflehnt gegen diesen Staat.

Aber sind diese Anträge deshalb vom Tisch, weil nicht darüber geredet wurde? Natürlich nicht, sie sind zur weiteren Beratung an die Bundestagsausschüsse verwiesen, weil sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen."

Wäre es nicht die Aufgabe der Leitung des KBW und des Zentralorgans gewesen, genau diese Anträge, die „das Licht der Öffentlichkeit scheuen müssen", aus dem trüben Schummer der parlamentarischen Ausschüsse hervorzuzerren, ihren Wortlaut und ihren Charakter zu enthüllen? Das ist in dem Artikel über die Sicherheitsdebatte nicht gemacht worden. Er ist eine Seite lang und setzt sich breit mit den Meinungen und Argumenten der Bourgeoispolitiker auseinander. Er enthüllt, daß die Parlamentarier den Gegenstand ihrer Debatte, das 13. Strafrechtsänderungsgesetz, im Verborgenen gehalten haben. Aber er verzichtet darauf, diesen Gegenstand der Debatte selber und damit die wirklichen politischen Pläne der Bourgeoisie schwarz auf weiß zu belegen und zu enthüllen. Das ist ein Fehler, den wir öfter machen und der den Bourgeoispolitikern das Geschäft erleichtert, die Massen zu betrügen. 14 Tage später, am 3. April 1975, hat die KVZ die entscheidenden Teile des 13. Strafrechtsänderungsgesetzes in einer Zuschrift aus Clausthal veröffentlicht. Im Vorspann der Redaktion zu dieser Zuschrift heißt es: „Nach der Debatte über die ‚Innere Sicherheit' soll jetzt noch vor der Sommerpause eine Verschärfung des Gesetzes zur ‚Inneren Sicherheit' im Bundestag durchgezogen werden. Dazu liegen drei Entwürfe vor: der ‚Gesetzesentwurf zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens' vom Bundesrat und fast gleichlautend von der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags und der ‚Entwurf eines 13. Strafrechtsänderungsgesetzes' von der SPD/FDP-Regierung." Daß gerade diese Gesetzentwürfe Gegenstand der Sicherheitsdebatte waren und die erste Lesung dort bereits durchlaufen hatten, haben wir nicht untersucht und enthüllt.

Danach war das 13. Strafrechtsänderungsgesetz bis zum 6. November aus der KVZ verschwunden. Zu diesem Zeitpunkt tauchte es in einem Leitartikel von e.r. wieder auf: „Regierung legt Strafgesetz gegen Klassenkampf vor: Schon der Gedanke an Revolution ist strafbar" lautete die Überschrift dieses Artikels auf Seite 1 der KVZ. Wie lange die Bourgeoisie an diesem Gesetz bereits arbeitete, geht aus dem Artikel nicht hervor. Wie die Überschrift zeigt, war es auch nicht klar. Der Artikel macht sich über die Vergeblichkeit solcher Gesetzesvorhaben der Bourgeoisie lustig, dabei war die Bourgeoisie bereits in der Endphase eines großangelegten Betrugsmanövers. Natürlich können solche Gesetze die Arbeiterbewegung und die Bewegung der Volksmassen nicht endgültig unterdrücken. Deshalb können die Revolutionäre die Bourgeoisie strategisch zu Recht verachten. Taktisch jedoch sollten sie sich niemals zu einer Verachtung der Bourgeoisie hinreißen lassen. Der Artikel der KVZ läßt sich jedoch gerade dazu hinreißen, und taktische Verachtung des Feindes kommt auch in der mangelnden Enthüllung der Pläne der Finanzbourgeoisie, was das 13. Strafrechtsänderungsgesetz betrifft, zum Ausdruck.

Am 27. November nahm die KVZ erneut zu diesem Gesetzesvorhaben Stellung in einem Artikel von wm: „Ein Meisterstück sozialliberaler Strafrechtsreform: 130 a – Strafgesetz gegen den Gedanken an Revolution". Der Artikel endet mit dem Satz: „Noch brütet der Strafrechtssonderausschuß über diesem Gesetz, und unentschieden ist, wie schnell es zur abschließenden Lesung in den Bundestag kommt, ob schon im Dezember oder erst etwas später. Auf jeden Fall aber ist es höchste Zeit, den Schleier des Schweigens von dieser Krönung sozialliberaler ‚Strafrechtsreform' fortzuziehen und die Ausgeburt eines Polizeigehirns ans Licht zu zerren."

Vom 13. März, dem Datum der Sicherheitsdebatte, bis zum 27. November hatten wir also gebraucht, um zu erkennen, daß es „höchste Zeit" ist, jene Gesetzesvorhaben „ans Licht zu zerren", von denen wir am 20. März geschrieben hatten, daß „sie das Licht der Öffentlichkeit scheuen". Das bedeutete nicht nur einen Zeitverlust, sondern eine Schwächung der Stoßrichtung unserer ganzen Politik.

Fortsetzung Seite 15

Heidelberg: Trotz Schlagstock, Maulkorb und Gericht –

Wachsender Widerstand gegen Plünderungspolitik der Bourgeoisie

In fast allen westdeutschen Städten werden derzeit die Gebühren und Tarife erhöht. Ein Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft hat ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen, dem Volk neben ständig steigenden Steuerlasten auf diesem Weg zusätzlich Tribut aufzuerlegen. Erst soll der ganze Staatsapparat über die Steuer bezahlt werden, und dann sollen zusätzlich für alle öffentlichen Leistungen wie Strom-, Gas- und Wasserversorgung, Straßenbahn, Müllabfuhr, Schwimmbäder, Kindergärten und Altenheime auch noch „kostendeckende", gemeint sind höhere Gebühren, gefordert werden.

Durchgesetzt werden müssen diese Tributzahlungen über die Kommunen, die keineswegs Einrichtungen der örtlichen Selbstverwaltung sind, sondern Organe der bürgerlichen Staatsgewalt, die gegen das Volk eingesetzt und in wachsendem Umfang vom Volk bekämpft werden.

In Heidelberg, wo diese Kämpfe besonders heftig geführt worden sind, konnte im letzten Sommer eine Fahrpreiserhöhung nur durchgesetzt werden mit Hilfe von 3 000 Mann Polizei und Versetzung der Stadt in den Belagerungszustand. Das hat die „Stadtväter" Vertrauen gekostet. Den Kapitalisten der Stadt hat es bares Geld gebracht.

Jahr für Jahr holen sie sich Millionen über verbilligte Sondertarife von den Stadtwerken. Aus den spärlichen Angaben über diese – laut Oberbürgermeister Zundel „in den beweglichen Rechtsformen des privaten Wirtschaftsrechts" organisierten städtischen Betrieben - ist das eindeutig nachzuweisen: Zum Beispiel hat 1973 der Gasverbrauch gegenüber dem Vorjahr um 46 Prozent zugenommen, die Einnahmen jedoch lediglich um 22 Prozent. Ein großer Teil des Gases muß also billiger abgegeben worden sein. Tatsächlich wurden 1972 noch 31 Prozent des Gasverbrauchs zu Tarifpreisen abgegeben, 1973 nur noch 21 Prozent. Der große Rest wird zu verbilligten Sondertarifen abgegeben, über die keine Daten veröffentlicht werden. Sie sind Gegenstand privatrechtlicher Verträge zwischen Stadtwerken und Kapitalisten. Aus den Gesamtzahlen kann man eine Schätzung anstellen: Bei einer Einnahme von 13,8 Millionen DM und einer Gesamtabgabe von 527 Millionen Megakalorien kommt man für das Jahr auf einen Durchschnittspreis von 2,6 Pfennig pro Megakalorie. Ein Kleinverbraucher zahlte zu der Zeit günstigstenfalls 11 Pfennig pro Megakalorie. Seitdem ist für ihn der Gaspreis weiter gestiegen.

Ähnlich sieht es mit der Stromabgabe aus. Hier wurden 1973 noch 44 Prozent zur Tarifpreisen abgegeben, wobei die Skala der Tarife ziemlich breit ist. Aus dem Gesamtpreis ergibt sich ein Durchschnittspreis von 12 Pfennig pro Kilowattstunde. Der Bewohner einer Zweizimmerwohnung zahlte jedoch 22,5 Pfennig pro Kilowattstunde.

Die Masse der arbeitenden Bevölkerung, die Rentner und kleinen Leute werden also Monat für Monat zu Tributzahlungen gezwungen, um die Kapitalisten zu subventionieren. Sie wurden 1975 so drastisch zur Ader gelassen, daß der Stadtkämmerer Fränkel zufrieden erklären konnte, überraschenderweise stünden aus dieser Quelle 5,3 Millionen Mark zusätzlich für den Stadthaushalt zur Verfügung.

Damit unter anderem dieses Geld den richtigen Weg ging und nicht etwa verwendet werden mußte für die Straßenbahndefizite, waren die 3 000 Polizisten nötig, um Fahrpreiserhöhungen zu erzwingen. Die Millionen, die dem Volk abgepreßt worden waren, wollten die Besitzer der Stadt für sich haben.

Wer sind die Besitzer der Stadt? Das Gesamtvermögen der Stadt Heidelberg war Anfang 1975 mit 599 Millionen DM beziffert. 170,1 Millionen DM davon, d.h. fast ein Drittel, war bei verschiedenen Banken gegen Kredite verpfändet. Allein auf die Nettoverschuldung von 124,9 Millionen DM konnten die Banken 1975 12,6 Millionen DM Zinsen verlangen. Dieser Tribut ging im wesentlichen an kommunale und regionale Sparkassen und Bankinstitute, an Volksbanken und Genossenschaftsbanken, über welche die Kapitalisten der näheren Umgebung organisiert sind. Ihnen gehört faktisch die Stadt Heidelberg. Sie verfügen über den Kredit und diktieren die Kreditbedingungen, d.h. die politischen Maßnahmen, welche die Stadtverwaltung durchsetzen muß. Der Stadtdespot Zundel, Oberbürgermeister von Heidelberg, ist ihr Beauftragter. Wenn wachsende Teile der Heidelberger Bevölkerung den Kampf gegen die Politik des Oberbürgermeisters und der Stadtverwaltung aufnehmen, so führen sie ihn tatsächlich gegen die organisierte Macht der bürgerlichen Klasse in dieser Stadt.

Mit der Wahl Helga Rosenbaums in den Gemeinderat war in Heidelberg ein Signal gesetzt für den Widerstand gegen den Oberbürgermeister Zundel und die Verhältnisse, für die er steht. Zundel machte sich sofort daran, allen gegen ihn gerichteten Bewegungen und ihrer Sprecherin im Gemeinderat den Spielraum zu nehmen. Im Gemeinderat sind seither ständige Ordnungsrufe an der Tagesordnung, die KBW Stadträtin mitsamt der Öffentlichkeit ist mehrfach ausgeschlossen und mit Polizeigewalt aus dem Saal geschafft worden. Bei den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen erfolgte der Ausschluß gleich für drei Sitzungen. Eine Fülle von Zivilpolizisten stellt auf jeder Gemeinderatssitzung entsprechend der Bedeutung der behandelten Fragen einen Teil der Öffentlichkeit. Verschiedentlich ist uniformierte Polizei aufgezogen. Für Sitzungen, auf denen massiver Protest gegen Gemeinderatsbeschlüsse erwartet wird, werden Platzkarten ausgegeben, um die Öffentlichkeit klein zu halten.

Aus Anlaß der Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen haben die Heidelberger Bourgeoisie und all ihre Parteien nach mehr Unterdrückung gerufen. Zundel hat sie zur Verfügung gestellt. Insgesamt vielleicht 3000 Polizisten, modernste Polizeiwaffen, eine Ausrüstung für den Bürgerkrieg. Weiter Dutzende von Verhaftungen, auf die die ersten Strafbefehle und Prozesse schon gefolgt sind.

Hatte die eine der Heidelberger Tageszeitungen in den ersten Tagen der Aktionen noch gegen die Polizeimaßnahmen Stellung genommen, so war das nach Zundels Intervention sofort vorbei. Von jetzt ab wurde im Gleichklang gegen den Widerstand auf der Straße hergezogen. Diese Gleichschaltung der Presse hat Zundel auch später betrieben. Er weigerte sich, einer neugegründeten Heidelberger Wochenzeitung, die diese Gleichschaltung nicht mitmacht, Mitteilungen der Stadtverwaltung zukommen zu lassen. Diese Zeitung sei „keine Zeitung im Sinne des Landespressegesetzes, weil in ihr Unwahrheiten, Verdrehungen und Verleumdungen enthalten sind." War zur Pressekonferenz des KBW zu den Gemeinderatswahlen im April immerhin noch eine der Tageszeitungen erschienen, so ließ sich zu der Pressekonferenz zu Oberbürgermeister- und Landtagswahlen schon keine mehr blicken. Über die Stellungnahmen der kommunistischen Stadträtin wird eisern geschwiegen, und wenn das nicht mehr möglich ist, gehetzt.

Seit den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen ist der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung immer wieder behindert, sind immer wieder Stelltafeln von der Polizei beschlagnahmt worden. Kaum eine Sammlung für eine revolutionäre Befreiungsbewegung, die nicht verboten worden ist. Die Gegner des § 218 haben Polizeiüberfälle und Hausdurchsuchung kennengelernt. Leiter der Kreispolizei ist Zundel. Er war es auch, der eine neue Polizeiverordnung vom Gemeinderat beschließen ließ, die es der Polizei beispielsweise ermöglicht, mißliebige Menschenansammlungen aufzulösen. Gegen Jochen Noth, den Sekretär der Ortsgruppe des KBW, und Helga Rosenbaum, die ihn während seiner Haft vertritt, haben Zundel und seine Justizbüttel eine Fülle von Anzeigen erstattet, wegen „Aufruf zu strafbaren Handlungen", „Nötigung des Gemeinderates", „Widerstands gegen die Staatsgewalt", „Beleidigung" und „Verleumdung". Schließlich die Durchsuchung der Druckerei in Plankstadt und des KBW-Büros sowie neue Standbeschlagnahmungen.

Zundels Schläge gehen nach hinten los!

Der Zweck all dieser Maßnahmen liegt auf der Hand. Der selbständigen Bewegung in der Stadt und ihren Führern soll der Mund gestopft werden, damit das Kapital und seine Politiker zu Rande kommen können, damit Zundel freie Bahn hat. Sie haben keinen Erfolg gehabt, im Gegenteil. Die Stimme der Arbeiterklasse im Gemeinderat konnte nicht zum Schweigen gebracht werden. Der Gemeinderat und sein Vorsteher Zundel konnten sich den Widerstand gegen ihre Politik nicht vom Leibe halten. Sie hatten häufiger mit dem Protest der Bevölkerung auf ihren Sitzungen zu schaffen als früher. Vor der letzten Gemeinderatssitzung führten Jugendliche aus allen Stadtteilen vor dem Rathaus eine Kundgebung für Jugendzentren in Selbstverwaltung durch.

Alle Demonstrationen der Staatsmacht konnten den Widerstand gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht brechen. Zundels Aufrufe, die Aktionen zu meiden, blieben wirkungslos. Die Aktionen nahmen an Umfang und Bewußtheit zu. Konnten auch die Erhöhungen nicht zurückgeschlagen werden, so ist es doch Zundel, der noch heute einen schalen Geschmack im Mund hat, wenn er zurückdenkt. Auf der Seite der Massenbewegung hat es kaum Resignation gegeben. Aber die Meinung, daß der Staatsmacht wirkungsvoll entgegengetreten werden kann.

Alle Angriffe auf die Gegner des § 218 haben in der Regel nur bewirkt, daß die Zahl der Unterschriften zunahm, daß sich noch mehr Menschen in die Arbeit der Komitees einreihten.

Alle Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Strafanzeigen der letzten Tage haben dazu geführt, daß werktätige Heidelberger über das „Bekanntmachungs"plakat lachen, und allenthalben ziemlich heftig über Zundel und die anstehenden Wahlen debattieren.

Die bürgerlichen Parteien haben arge Schwierigkeiten bei der Oberbürgermeister-Wahl. Sie stehen zwar allesamt hinter Zundel, geben ihm jede Deckung und segnen alles ab. Aber den bestgehaßten Mann als OB-Kandidaten den Massen zu verkaufen, ist nicht leicht. Die SPD weiß nicht vor und zurück. Zundel ist ihr Mitglied. Sie kann Zundel nicht als Kandidaten aufstellen. Sie kann aber auch nicht gegen ihn Stellung nehmen. Also gibt sie überhaupt keine Stellungnahme ab, sondern stellt ihren Mitgliedern frei, zu unterstützen, wen sie wollen. Die CDU hat auch lange zu ihrem Entschluß gebraucht. Ein Teil der Gemeindefraktion unterstützte Zundel, ihre Jugendorganisation plädierte für einen eigenen Kandidaten. Ergebnis: Die CDU stellt keinen eigenen Kandidaten auf und wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach hinter Zundel stellen. Die CDU-Zeitung „Rheinischer Merkur" forderte in den letzten Tagen die Heidelberger CDU auf, „Zundel im Gegensatz zur SPD einmütig zu unterstützen und auf diese Weise die viel beschworene Solidarität der Demokraten zu üben". Begründung: „Zundel stand bisher mit der CDU in einer Front zur Abwehr des Linksradikalismus. Deshalb wurde er von den Radikalen seiner eigenen Partei beschimpft und im Stich gelassen."

So oder so. Zundel zieht in die Wahl als Gallionsfigur und Vorkämpfer des ganzen bürgerlichen Lagers. Die Massen haben sich immer häufiger gegen Zundels Politik gewandt, sich in einer Reihe von Ausschüssen organisiert und über die kommunistische Stadträtin ihre Forderungen in den Gemeinderat getragen. Diese Entwicklung zu fördern, den Zusammenschluß für die eigenen Zwecke und gegen die herrschenden Verhältnisse, für die Zundel steht, voranzubringen, dazu wird unsere Kandidatur beitragen. **Nur Stimmen für den KBW sind Stimmen gegen Zundel! Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme für den Sozialismus!**



CDU-Veranstaltung im Zieglerbräu. Helga Rosenbaum greift die Politik der Landesregierung an. Der Veranstaltungsleiter, CDU-Stadtrat Reutlinger (links), scheint sehr beeindruckt.



Das „Schirmgespräch" der CDU-Landtagsfraktion fiel aus: Die Schirme blieben zugeklappt. Hier spricht gerade die Stadträtin des KBW, Helga Rosenbaum, zu den Versammelten.

CDU-Wahlkampferöffnung
Pleite für die schwarze Reaktion

Was bürgerlichen Politikern derzeit blüht, wenn sie sich unters Volk wagen, konnte man erleben, als am 15.1. die Landtagsfraktion der CDU Heidelberg heimsuchen wollte. Großspurig waren „Schirmgespräche", d.h. Stände auf dem Bismarckplatz, eine Kundgebung in der Großgaststätte Zieglerbräu und viele Gespräche mit den Bürgern angekündigt.

Die Schirme blieben aber zugeklappt. Der KBW hatte in Flugblättern aufgefordert, die schwarze Reaktion öffentlich zu stellen. Statt der CDU sprach auf dem Bismarckplatz die KBW-Stadträtin Helga Rosenbaum und enthüllte die Absichten, die diese Reaktionäre verfolgen, wenn sie sich alle paar Jahre ans Volk wenden. Sie wollen sich in den Wahlen bloß einen weiteren Freibrief für die Fortsetzung der Volksausplünderung und -unterdrückung holen, wollen weitere Schulen zusammenlegen, Lehrer nicht einstellen, Korruption protegieren, die Löhne drücken und sich selbst bereichern. Die Polizei, Wahlhelfer der CDU und aller Reaktionäre, wollte einen Redner fangen, der das Publikum zur Politik Zundels (SPD) befragte. Jede Frage zu dessen Machenschaften beantwortete die Menge im Chor: Richtig! Die Polizei bekam den Redner nicht, demolierte aber den CDU-Stand. Ein Mann, den sie am Kragen packte, schrie verzweifelt: „Aber ich bin doch von der CDU!" Die Polizei und die Spitzen der CDU verkrochen sich.

Abends im überfüllten Zieglerbräu wurde Kultusminister Hahn mit einem Pfeif- und Buhkonzert empfangen. Er brauchte die Lage nicht lange durch die Kriminalpolizei peilen zu lassen. Es war klar: etwa 500 kampflustige Menschen waren dort, entschlossen, der CDU-Mafia all ihre reaktionären Maßnahmen um die Ohren zu schlagen. Von Anfang an geschlagen, ließ die CDU ihre Kundgebung fahren und beantwortete Fragen. Gefragt wurden sie z.B., warum sie sich nicht in die Klassen der Gewerbeschule I getraut hätten, ob sie gefürchtet hätten, daß es wahr würde, was ein Schüler sagte: „Man sollte dieser Bande den Kopf in die Kloschüsseln stecken, damit sie die hygienischen Zustände in der Schule kennenlernen." Hahn: Sicher, die Verhältnisse in dieser Schule seien erschütternd, aber bisher sei zuviel Geld an die Hochschulen geflossen. Gleich standen die Studenten auf und berichteten vom Boykott der Mensa wegen der geplanten Essenspreiserhöhung.

Den stärksten Beifall bekam eine Angestellte der Universität, die erklärte, daß sie es war, die den Skandal des Physikprofessors Filthuth, der Millionen mit Hilfe der Industrie verschob, ans Licht brachte, weil sie als Buchhalterin nicht länger gewillt war, die jahrelangen Schiebereien mitanzusehen.

Gegen 22 Uhr wurde die Veranstaltung auf Vorschlag von Helga Rosenbaum vom Publikum für geschlossen erklärt und stehend mit dem Gesang der Internationale beendet.

Polizeieinbruch im KBW-Büro

Am 16.1. rief der KBW zu einer Demonstration gegen den § 130 a auf. Während der Abschlußkundgebung vor dem Rathaus brachen etwa 40 Polizisten unter Leitung von Gregg, Chef der Heidelberger Kriminalpolizei, in das Büro des KBW ein. Der wirkliche Leiter, Oberbürgermeister Zundel, sucht wie wild nach Plakaten, die am Mittwoch in der Stadt auftauchten. In Form einer Bekanntmachung von Zundel wurden dort seine wichtigsten Schandtaten angeprangert: Kumpanei mit den US-Kriegsverbrechern, Altstadtsanierung gegen den Willen der Bewohner, Bürgerkriegsarmee zur Durchsetzung der letzten Fahrpreiserhöhung, Despotie und Niedertracht, wenn er z.B. Journalisten aus bürgerlichen Redaktionen werfen läßt, weil ihm ihre Berichterstattung nicht paßt. Das war schon die zweite Aktion Wasserschlag. In der Nacht zuvor wurde die Druckerei J. Elfert (Caro-Druck) überfallen, wohl weil sie u.a. die Kommunistische Volkszeitung druckt und Zundel seine Gegner kennt.

Er fühlt sich ebenso angegriffen durch den Wahlaufruf des KBW zu den Oberbürgermeisterwahlen, und er will die KBW-Kandidatin Helga Rosenbaum vor Gericht schleppen, angeblich wegen Beleidigung seiner Person, in Wirklichkeit, weil er die Wahrheit nicht erträgt. Er fürchtet, daß sich noch mehr Menschen von seiner Politik der Machenschaften für die Heidelberger Bourgeoisie abwenden. Das will er mit allen Mitteln verhindern, muß er doch vom Volk gewählt werden, wenn er weiter von Nutzen sein will für die Spekulanten, Bank- und Kaufhausbesitzer in Heidelberg.

Erste Metallverhandlungen:

Kein Angebot der Metallkapitalisten

Volkswagenwerk: IGM-Tarifkommission stellt 140 DM Mindestforderung auf

Anfang der Woche waren die ersten Tarifverhandlungen in der Metallindustrie. Ohne daß die Metallkapitalisten ein Angebot vorgelegt haben, wurden die Verhandlungen auf Anfang Februar vertagt.

Nach der Verhandlung im Nordverbund (Unterweser, nordwestliches Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein) hat der Verhandlungsführer der Kapitalisten erklärt, daß die Forderungen der IG Metall *entschieden* zu hoch seien und daß sich die Kapitalisten auf einen Arbeitskampf einstellen würden. Gestärkt seien sie durch den Bundeskanzler, der die Kapitalisten wegen mangelnder Härte gegenüber den Gewerkschaften gerügt hätte. In diesem Jahr wollten sie sich an den Rat des Bundeskanzlers halten.

Man muß sich die dummen Gesichter vorstellen, die die Gewerkschaftsvertreter gemacht haben, als gegen ihre Forderung ihr eigener Parteifreund ins Feld geführt wurde, der so eng am Band des Finanzkapitals hängt, daß er die Kapitalisten wegen Schwäche vor den Arbeitern rügt.

Wenige Tage vor den Verhandlungen hat die bürgerliche Klasse in ihren Zeitungen noch einmal die Marschrichtung für die Tarifauseinandersetzungen festgelegt. Der „Mannheimer Morgen" schreibt in einem Kommentar, daß die Abschlüsse weder Anlaß noch *Vorwand* für erneute Preiserhöhungen sein dürften, befriedigt stellt er weiter fest, daß die Forderungen der IGM auch kaum geeignet sein dürften, ein *„Fanal für Arbeitskämpfe"* zu sein.

Weder Vorwand noch Anlaß dürften die Abschlüsse für neue Preiserhöhungen sein. Im Klartext: Unter der offiziell erwarteten Preissteigerung von 4,5 % soll der Abschluß liegen.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" fordert in einem Kommentar am letzten Sonnabend auf, an der ideologischen Zersetzungsarbeit auf die Arbeiterbewegung nicht nachzulassen und verstärkt weiterzumachen. *„Dem Mann am Fließband soll die Veränderung in der lohnpolitischen Strategie deutlich gemacht werden."* Die Regierungsfraktion in der IG Metall wird von der FAZ aufgefordert, „klassenkämpferische Polemik" aus den Gewerkschaftszeitungen herauszustreichen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hat erkannt, daß der Kurs auf Lohnverzicht in den Belegschaften auf Widerstand stößt, daß dieser Widerstand jetzt zersetzt werden muß, bevor es zu spät ist.

Loderer hat in seinen Neujahrsgrüßen von der Mitgliedschaft verlangt: *„Es widerspräche jedoch jeder Solidarität, wenn wir dabei die Situation eines Vollbeschäftigten, eines Kurzarbeiters und eines Arbeitslosen über einen Kamm scheren. Den Einkommenssteigerungen des einen stehen Verluste des anderen gegenüber."* Loderer ist es gelungen, im „Gewerkschafter", der Funktionärszeitschrift der IGM, den FAZ-Kommentator durch seinen Mund sprechen zu lassen.

Wie können die Arbeitslosen und Kurzarbeiter ein Interesse daran haben, daß die Arbeitenden eine Lohnkürzung hinnehmen sollen? Den Interessen der Arbeitslosen dient es, wenn in der Industrie verhindert wird, daß ein Teil der Arbeiter einen Lohn erhält, der zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist, denn das Arbeitslosengeld ist an die Lohnentwicklung gebunden.

Gelingt es den Kapitalisten, den Lohn so weit zu drücken, dann geht es den Arbeitsosen noch einmal schlechter. Die Kapitalisten haben in der letzten Zeit schon kräftig daran gearbeitet. Insbesondere in der Elektroindustrie ist ein großer Teil der Beschäftigten in den unteren Lohngruppen. Bei Siemens in Braunschweig verdienen 80 % der Belegschaft unter 1000 Mark netto. 90 % aller Arbeiterinnen in diesem Betrieb sind in den Lohngruppen 1 und 2. Bei BBC, in der Produktionsstätte Lampertheim, verdienen die Arbeiterinnen unter 700 Mark netto für einen ganzen Monat harter Arbeit bei 40 Stunden in der Woche. Was kann es den Arbeitslosen nützen, wenn diese Metallarbeiter in ihrem Lohn noch mehr gedrückt werden?

Eine Nummer vor den Neujahrsgrüßen mußte der „Gewerkschafter" noch berichten, daß „18 bis 20 Millionen Menschen in der BRD in materieller Not leben", davon ein Viertel, das sind 4 bis 5 Millionen, trotz voller Lohnarbeit, also bei 40 Stunden in der Woche. Laut dem Infas-Institut liegt die „staatlich festgelegte Armutsgrenze" bereits bei 79 % des Einkommens einer durchschnittlichen Facharbeiterfamilie. Ein Facharbeiter liegt somit nur 20 % über der durch Staatserlaß fstgesetzten Armutsgrenze, ab der Anspruch auf Sozialhilfe besteht. Umbesetzungen, Streichungen an übertariflichen Lohnateilen, Lohnerhöhungen, die weit unter der Steigerung der Lebenshaltungskosten liegen, erweitern das Heer derer, die ihren ganzen Lohn für die einfachste Lebenshaltung aufwenden müssen.

Dies zu erreichen, sind die Kapitalisten in dieser Metalltarifauseinandersetzung angetreten. Die Prozentforderungen der Tarifkommissionen bieten ihnen dafür einen guten Boden. Sie bringen denen am wenigsten, die am meisten nötig haben. Die Bundesregierung im Rücken, in den Verhandlungen Gewerkschaftsführer gegenüber, die nur all zu gern auf einen Kompromiß hüpfen, um des lieben Friedens willen.

In der IGM haben diese Art von Gewerkschaftsvertretern einen gewissen Boden, auf den sie sich stützen können. Sie verweisen auf die Facharbeiterschaft, wo 8 % immerhin 130 bis 140 Mark sind. In den Gewerkschaftskörperschaften versuchen sie so, die Facharbeiterschaft gegen die unteren Lohngruppen auszuspielen, weil die Forderung für die Facharbeiter scheinbar das Allergröbste verhindern kann. Bei VW in Wolfsburg haben sie versucht, über den Angestelltenbereich die Vorbereitungen der Tarifauseinandersetzung aufzurollen und in dem Angestelltenvertrauenskörper tatsächlich geschlossen Prozentforderungen durchgesetzt.

Bei ihrem Vorgehen setzen sie darauf, daß die Kapitalistenpropaganda „uns geht es noch ganz gut" einigermaßen greift. Daß die Nebelwerfer der bürgerlichen Klasse es schaffen, von den Tatsachen abzulenken, daß ein Teil der Metallarbeiter, insbesondere in der Elektroindustrie, durch einen Abschluß gezwungen ist, alle erdenkbaren Schikanen und Schweißauspressungen hinzunehmen, um sich über Wasser zu halten.

Eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied

In der Tarifauseinandersetzung stehen sich die Kapitalisten der Metallverarbeitung und die Arbeiter dieser Branche gegenüber. Die Arbeiter aus dem Maschinen- und Kraftfahrzeugbau genauso wie die Arbeiter aus der Elektroindustrie. Die Metallarbeiter müssen den Kapitalisten als einheitliche Gewerkschaftsorganisation entgegentreten. Das können sie nur, wenn die Gewerkschaft ihren tatsächlichen Sinn erfüllt und alle Arbeiter einer Branche im Kampf gegen die Lohndrückerei zusammenfaßt.

Ist durch die Aufstellung der Prozentforderung dieser Zusammenschluß von Anfang an durchlöchert, weil Teile der Metallarbeiter nichts mehr durch diese Forderung zu erwarten haben oder, wie der „Mannheimer Morgen" gesagt hat, die geringen Prozentteile kein Fanal für Arbeitskämpfe sein können, so muß es für alle Metaller darum gehen, diese brüchigen Kettenglieder wieder zu festigen. Diese Kettenglieder können gefestigt werden, wenn eine Forderung steht, die eine Perspektive in der Tarifauseinandersetzung weist. Eine Forderung, für die der Kampf geführt werden kann, weil ihre Durchsetzung ein tatsächlicher Schutz gegen die Lohndrückerei der Kapitalisten ist und keine Forderung, die nichts ändert und für die deshalb auch keine Kampffront errichtet werden kann. Für die gedrücktesten Teile der Metallarbeiter, die in den untersten Lohngruppen sind, muß es jetzt darum gehen, diese Lohngruppen abzuschaffen.

Kirchner, vor einigen Wochen, und jetzt der Sprecher der Kapitalisten im Norden, haben angekündigt, , daß sie wild entschlossen sind, ihr Programm, einen niedrigen Prozentabschluß, durchzusetzen. Kann man den Kapitalisten sonst auch nicht viel glauben, hier muß man genau hinhören. Sie wissen, warum sie „mehr Härte" gegenüber den Arbeitern zeigen müssen. Sie führen als Kapitalistengruppe einen unerbittlichen Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Ihre Stärke auf dem Weltmarkt entspricht dem, wie sie es verstehen, im Lande die Peitsche der Ausbeutung zu schwingen. Die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staat tun alles, ihre Position auf dem Weltmarkt zu verteidigen und wenn möglich auszubauen. Sie müssen deshalb Ruhe im Land und ihre Profite sichern, um den Kampf auf dem Weltmarkt führen zu können.

Wer, wie die Gewerkschaftsführung, hofft, in dieser Lage mit Liebedienerei vor den Kapitalisten etwas erreichen zu können, irrt sich gewaltig. Diese Hoffnung kann sich auch fast nur noch in den Gewerkschaftsbüros halten, in den Betrieben ist sie zusehends verflogen, Erfahrungen über die ungezügelte Ausbeutung durch die Kapitalisten gibt es genug. Eine breite Strömung, die Willkür der Kapitalisten jetzt einzudämmen und nicht zu warten, ob ein Aufschwung die Ausbeutung mildert, hat sich so herausgebildet. Zur Aufstellung der Forderung konnten sich die Sozialdemokraten aus dem Hauptvorstand in Kanälen und Gängen der reformistisch verkrusteten Gewerkschaftsorganisation gegen diese Strömung weitgehend durchsetzen. Je weiter aber die Tarifauseinandersetzung fortschreitet, desto mehr gewinnt die Strömung an Geschlossenheit und Breite.

VW-Tarifkommission 140 DM Mindestforderung

In den Volkswagenwerken, die einen Haustarif haben und wo der Tarif einen Monat später gekündigt wird als in den anderen Bezirken, konnte sich diese Strömung selbst in den sozialdemokratisch beherrschten Vertrauensleutekörpern Platz verschaffen. Nachdem alle Bezirke ihre Forderungen aufgestellt hatten und VW wie jedes Jahr nur noch durch einen formellen Beschluß die Forderung übernehmen sollte, wurde in den Vertrauensleutekörpern von Salzgitter, Braunschweig und Emden eine Festgeld- bzw. Mindestforderung erhoben. Im Hauptwerk Wolfsburg wurden diese Forderungen überall debattiert und in einem Sitzungsbereich der Akkordarbeiter die Forderung nach 200 Mark Festgeldbetrag aufgestellt. Zu einer Entscheidung über Festgeld- bzw. Mindestforderung ist es in dem 200 Mann starken Funktionärskörper nicht gekommen. In der Tarifkommission prallten dann die Hauptvorstandsfraktion und die Vertreter einer Festgeldforderung heftig aufeinander. Die Festgeldforderung konnte sich weitgehend durchsetzen. Beschlossen wurde, daß ein Volumen von 8 Prozent aufgestellt wird, daß für die Lohngruppen bis 1800 Mark brutto (das sind die Akkordlohngruppen bis 4b und die Zeitlohngruppen bis 6h) 140 Mark aufgestellt werden. Da 8 Prozent von 1800 Mark 144 Mark sind, heißt die mehrheitlich verabschiedete Forderung: mindestens 140 Mark! Vereinbart wurde, daß die Forderung erst veröfentlicht wird, wenn der Hauptvorstand seine Zustimmung erteilt hat. Er tagte am Mittwoch, ein Ergebnis war bei Fertigstellung der Zeitung noch nicht bekannt.

Um diesen Vorgang zu verstehen, muß man wissen, daß seit Jahren in der IGM die Auseinandersetzung darum geführt wird, daß die VW-Belegschaft nicht immer als Schwanz der Lohnbewegung hinterherschleift, sondern sich in die Lohnbewegung einordnet. Daß nach über einem Jahr mit Lohnkürzungen durch Umbesetzungen, Akkordverschärfungen, Entlassungen und Kurzarbeit jetzt, nachdem alle anderen Bezirke bereits aufgestellt haben, von der Hauptvorstands-Richtlinie abgewichen wird und eine Forderung aufgestellt wird, die als Grundlage für den Kampf gegen die Lohndrückerei nützlich sein kann.

Diese Auseinandersetzung in der IG Metall bei VW dokumentiert: Die Auseinandersetzung in der Metallindustrie, ob sich von vornherein den Kapitalisten in dieser Tarifbewegung gebeugt wird oder ob die Tarifbewegung genutzt wird, der Lohndrückerei der Kapitalisten den Kampf anzusagen, ist noch nicht entschieden. – **(db)**

IGM-Vertrauensleute VW-Salzgitter: 9 % – mindestens 140 DM

Salzgitter. Am Samstag, dem 17. Januar 1976 wurde auf der Vertrauensleutevollkonferenz des VW-Werkes Salzgitter die Tarifforderung beschlossen: 9 Prozent, mindestens 140 DM und zwei Tage Urlaub mehr. Die vom IG Metall-Arbeitskreis Salzgitter geforderte Abschaffung der unteren Lohngruppen wurde als Empfehlung an die Tarifkommission weitergeleitet. Nachdem ein Kollege auf der Betriebsversammlung am 17. Dezember für eine Mindestforderung von 140 DM gesprochen hatte, hatten die Vertrauensleute der Halle vier, wo über die Hälfte der Akkordarbeiter des Werkes beschäftigt sind, diese Forderung aufgenommen und sie auf der Vertrauensleutevollversammlung vorgetragen. Auf der Versammlung wurde nicht alternativ abgestimmt, sondern die Prozent- und die Mindestforderung wurden beide an die Tarifkommission weitergeleitet.

HBV: 135 DM-Forderung für Einzelhandel Baden-Württemberg

Karlsruhe. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen fordert für die 170 000 Arbeiter und Angestellten im Bereich des Einzelhandels von Baden-Württemberg in den bevorstehenden Tarifverhandlungen einen einheitlichen Festbetrag von 135 DM.

Dieser Beschluß wurde von der Großen Tarifkommission am 15. Januar in Karlsruhe gefaßt. Der Tarifvertrag läuft am 29. Februar aus.

Buchhandel und Verlage

Stuttgart. Bei der ersten Verhandlungsrunde für die rund 20 000 Beschäftigten der Verlage und Buchhandlungen Baden-Württembergs und Bayerns haben die Kapitalisten ein Fünf-Prozent-Angebot vorgelegt. Die Gewerkschaft fordert für Baden-Württemberg 160 DM und für Bayern 120 DM mehr für alle. Die Forderungen für die Auszubildenden sind: 1. Lehrjahr 590 DM, im 2. 600 DM, im 3. 610 DM. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen lehnt das 5-Prozent-Angebot als völlig unzureichend ab. Das Angebot bedeutet eine Erhöhung zwischen 43,75 und 101,50 DM. Die 5 Prozent bedeuten für das 1. Lehrjahr 20 DM, für das 2. Lehrjahr 22,50 DM, für das 3. 24 DM mehr.

IG Bau, Steine, Erden Tarifrunde: Mitgliederversammlung für 85 Pfennig mehr

Hamburg. Die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes der IG Bau, Steine, Erden unterstützt die Forderung der Fachgruppenversammlung Maurer der IG BSE Hamburg nach 85 Pfennig mehr in der Stunde für alle. 25 Kollegen verabschiedeten diese Forderung für die Tarifrunde 1976 einstimmig am 13.1. in Hamburg-Langenhorn.

250 Entlassungen – IGM kündigt Demonstration in Hamburg an

Hamburg. Bei der Maschinenfabrik Heidenreich und Harbeck gab die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung am 6. Januar bekannt, daß 250 Beschäftigte entlassen werden sollen. 70 davon gleich im Januar. Zum größten Teil sind Angestellte betroffen. Heidenreich und Harbeck wurde vor vier Jahren von dem Manschinenbaukonzern Gildemeister, Bielefeld, aufgekauft. Die Belegschaft wurde seit Ende 1971 von 1600 auf 1100 Ende 1975 verringert. Gildemeister wurde in den letzten Jahren zum größten Werkzeugmaschinenbaukonzern in Europa. Jetzt soll die Produktion weiter zentralisiert werden. In Hamburg sollen jetzt nur noch Zulieferprodukte für andere Konzernbetriebe hergestellt werden. Zugleich soll das Arbeitstempo gesteigert werden. In Bielefeld wurden in den ersten sieben Monaten 1975 die Seriendurchlaufzeiten um 15 Prozent gekürzt. Für ungefähr 100 Akkordarbeiter gibt es ab Februar vier Monate lang Kurzarbeit. Für alle Beschäftigten werden Sozialleistungen gestrichen, wie zum Beispiel Reinigen der Arbeitskleidung. Die IG Metall hat auf der Betriebsversammlung eine Demonstration aller Hamburger Metallarbeiter gegen Entlassungen angekündigt.

Nordmende

Entlassungsdrohung und Herabsetzung

Bremen. Die Nordmende-Geschäftsleitung nutzt die hohe Arbeitslosenzahl und den Druck, der dadurch auf die noch beschäftigten Kollegen entsteht, um das Arbeitstempo in großem Maße zu erhöhen und die Löhne durch Versetzung und Lohnrückstufung zu drücken. Der größte Teil der Belegschaft wird nach Lohngruppe 2 bis 5 bezahlt.

Eine Herabstufung der Löhne bedeutet deshalb für die Mehrheit der Kollegen, daß sie ins Elend hinabsinken.

Nach der letzten Kurzarbeitsperiode nach Weihnachten wurde eine ganze Abteilung stillgelegt. In dieser Abteilung wurde noch nicht am Band produziert. Die Geräte wurden von einem Platz zum anderen geschoben. Die tägliche Stückzahl von 180 Fernsehern war der Geschäftsleitung nicht mehr hoch genug.

Die Kollegen wurden nach der Stillegung der Abteilung zunächst völlig im Unklaren gelassen, ob sie entlassen werden sollten oder nicht, so daß jeder darum bangte, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Dann hatten sie schließlich doch noch das „Glück", einen Arbeitsplatz im Werk wiederzubekommen. Sie wurden in verschiedene Abteilungen aufgeteilt. Dort wurden sie von Vorarbeitern und Meistern aufs herzlichste empfangen mit Sprüchen wie: „Glauben Sie bloß nicht, daß Sie hier eine ruhige Kugel schieben können. Wenn wir keine Leistung bei Ihnen sehen, müssen wir uns leider von Ihnen trennen. Wir sind hier eine leistungsstarke Gruppe, Zigarettenpausen fallen weg und Bandablösung gibt's auch nicht mehr."

Die Arbeit sieht entsprechend aus: Wenn man mal vom Band hochguckt, hat man schon einen Arbeitsgang verpaßt. Das ist keine Arbeit mehr, das ist nur noch Wühlerei. Gleichzeitig wurde den Kollegen klargemacht, daß sie sich mit einer Lohnabstufung abfinden müssen, wenn man keinen Arbeitsplatz in ihrer alten Lohngruppe für sie findet.

Den Kollegen, die bisher in den verschiedenen Abteilungen gearbeitet haben, wurde das Gleiche erzählt: „Bummelei gibt's hier nicht mehr", als wenn man an den Bändern jemals Gelegenheit zum Bummeln gehabt hätte. „Es sind auch noch andere da, die Ihre Arbeit machen können."

Anderen Kollegen geht es folgendermaßen: Die Kündigung ist schon ausgesprochen, die Kollegin hat die Lohngruppe 5. Da wird ihr angeboten, sie könne vielleicht doch bei der Firma eingestellt bleiben – wenn sie einen Platz in der Lohngruppe 2 annimmt.

In einer anderen Abteilung erklärte der Abteilungsleiter vor Weihnachten ganz offen, daß Weihnachten Kollegen entlassen würden und gleichzeitig die Stückzahl gesteigert werden würde. Die Kollegen sollten sich wohl über die Weihnachtsfeiertage schon mal seelisch darauf einstellen.

Als nach Weihnachten der Vorarbeiter dieser Abteilung den Kollegen die Mitteilung machte, daß sie erneut mehr Geräte abfahren müßten, machten einige Kolleginnen nicht mehr mit. Sehr schnell einigten sie sich darauf, daß sie einheitlich die alte Stückzahl weiter abfahren würden. Daran haben sie sich jetzt über eine Woche strikt gehalten. Bemerkenswert ist das deshalb, weil gerade diese Kolleginnen noch vor Weihnachten untereinander gespalten waren und unterschiedlich hohe Stückzahlen abfuhren.

Jetzt wurde in dieser Abteilung das Gerücht verbreitet, daß zu jedem Wochenende eine bestimmte Anzahl Entlassungen rausgehen. So daß jeder Kollege am Wochenende angstvoll in den Briefkasten guckt und sich freut, daß er noch nicht dabei ist. Über diesen Spaltungsversuch soll das, was der Abteilungsleiter vor Weihnachten angekündigt hatte,Entlassungen und Stückzahl erhöhungen, durchgesetzt werden.

Die meisten Kollegen sind noch der Meinung, daß man gegen die zur Regel gewordenen Lohnrückstufungen und Versetzungen nichts machen könne. Die Empörung wächst jedoch und drückt sich aus, indem einzelne Kollegen sagen: „Soll'n die mich hier doch rausschmeißen. So eine Drecksarbeit werd' ich wohl noch wiederfinden." So wurden in mehreren Geräten neben dem normalen Inhalt eines Fernsehers noch Bierflaschen, Handfeger, Eierschalen, Zigarettenpackungen, Kippen usw. gefunden. (Zelle Nordmende)

Universitätskliniken Göttingen und Hannover

Sitzwachenstreik ausgedehnt

Göttingen. Seit mehreren Wochen streiken an den Göttinger Unikliniken die studentischen Sitzwachen gegen die Lohnkürzung durch den niedersächsischen Wissenschaftsminister. Am letzten Dienstag schlossen sich die Extrawachen der Medizinischen Hochschule Hannover diesem Streik an. In Göttingen versuchte die Landesregierung mit Streikbrechern und Drohschreiben den Streik zu brechen. Aus Kassel waren drei Chemiestudenten angeworben, um sie auf den Wachstationen in Göttingen arbeiten zu lassen. Die Schwestern und Ärzte der betroffenen Stationen weigerten sich, diese Studenten einzuarbeiten. Nach einer Diskussion mit dem Aktionsrat der Wachstudenten erklärten sich die drei Kasseler solidarisch und nahmen die Arbeit nicht auf. In einem Schreiben an alle Wachstudenten forderte die Verwaltungsleitung, daß die Streikenden sich bereit erklären, für weniger Geld zu arbeiten. Falls sie es ablehnten, würden sie nicht weiter beschäftigt. Die Vollversammlung gab die richtige Antwort. Der Aktionsrat sammelte sämtliche Schreiben und protestierte in einem Schreiben an die Verwaltung. Die örtliche ÖTV-Gewerkschaftsführung weigert sich bisher, den Streik zu unterstützen. Der Streik ginge die ÖTV nichts an.

Extrawachen am Krankenhaus Hannover treten in Streik

Auf der Versammlung der Extrawachen der Medizinischen Hochschule Hannover wurde am 19.1. mit 81 Stimmen bei zwei Enthaltungen beschlossen, ab Dienstag Abend in den Streik zu treten, falls das Wissenschaftsministerium bis Dienstag Mittag die Forderungen der Extrawachen nicht erfüllt.

Die Forderungen beinhalten volle Bezahlung gemäß BAT und Zugrundelegung der Altersstufe 2. Die bisherige untertarifliche Bezahlung bringt 1,40 bis 1,50 DM pro Stunde zu wenig, was bei acht Wachen im Monat 110 bis 120 Mark ausmacht. Damit haben sich die Hannoveraner Extrawachen dem Streik und den Forderungen der Göttinger angeschlossen. Die studentischen Extrawachen beider Unikliniken gehen gegen die untertarifliche Bezahlung durch das Wissenschaftsministerium an. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß der Extrawachenstreik beim übrigen Pflegepersonal viel Sympathie findet. In drei Tagen haben zwei Studenten 125 Unterschriften unter der Belegschaft für die Forderungen gesammelt.



Geisweid/Siegerland. Am Donnerstag, 15.1., demonstrierten 4000 Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen, die zum Krupp-Konzern gehören. Die Krupp-Kapitalisten planen, 1000 Arbeitsplätze zu vernichten. Krupp hatte die Stahlwerke Südwestfalen 1974 gekauft.

VFW-Speyer – 900 Entlassungen

Stillegung des Werkes geplant

Speyer. Die Bremer Konzernleitung von VFW hat jetzt dem Betriebsrat des Speyerer Werkes klipp und klar gesagt, daß die Speyerer Belegschaft auf 400 Kollegen reduziert werden soll. Schon am 12. Dezember letzten Jahres hatten die 1300 Arbeiter und Angestellten des VFW-Werkes zusammen mit Tausenden von Speyerer Arbeitern gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen im Raum Speyer demonstriert. Nachdem vor kurzem von weiteren 170 Auflösungsverträgen gesprochen worden war, soll jetzt der Betrieb weitgehend stillgelegt werden.

In einem Aushang am Schwarzen Brett vom 19.1.1976 beruft sich die Leitung auf den Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie. Dort sind die Pläne der Kapitalisten zusammengefaßt, wie sie den höchsten Profit erzielen können. Im süd- und im norddeutschen Raum soll diese Industrie konzentriert werden. Um diese Konzentration zu entwickeln, sollen „Überkapazitäten beseitigt werden", Werk Speyer soll dichtgemacht werden.

Bekannt wurde, daß der Betriebsrat Dienstag nach Bremen zur Konzernleitung fährt, um über den „Interessenausgleich" zu sprechen. Auf der Demonstration im Dezember hatte der Betriebsratsvorsitzende gesagt: Wenn die VFW-Leitung sich durch die Demonstration nicht von ihren Plänen abbringen läßt, müßten die Arbeiter weitergehende Maßnahmen ergreifen. Im Betrieb wird von einem Teil der Arbeiter die Meinung vertreten, daß nicht abgewartet werden darf, sondern daß sofortige Kampfmaßnahmen ergriffen werden müssen und kein weiterer Arbeitsplatz vernichtet werden darf.

Papierverarbeitende Industrie: Frauenarbeit in der unteren Lohngruppe

Zehntausendmal derselbe Handgriff

Die erste Verhandlung zwischen der Tarifkommission der IG Druck und Papier und den Kapitalisten der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie ist am 14. Januar ohne Ergebnis geblieben. Die Führung der IG Druck und Papier hatte für die über 118 000 Arbeiter und Angestellten der papierverarbeitenden Industrie 8 Prozent mehr Lohn gefordert. Die Kapitalisten haben es nicht für nötig befunden, irgendein Angebot vorzulegen. Sie fühlen sich stark, weil die sozialdemokratischen Führer in der IG Druck und Papier nicht den Kampf der Arbeiter und Angestellten gegen den geplanten Lohnraub organisieren, sondern sich stattdessen jetzt schon überlegen, wie sie den Kapitalisten noch weiter entgegenkommen können. So hat die Tarifkommission bereits kurz nach der ersten Verhandlung die unteren Funktionäre auf den angestrebten 6-Prozent-Abschluß vorbereitet.

Ein großer Teil der Beschäftigten in der Papierverarbeitung sind Frauen. Ohne besondere Ausbildung sind sie fast durchweg in die untersten Lohngruppen eingestuft. Nach einem halben Jahr „Einarbeitungszeit" kommen sie auf einen Stundenlohn von 5,30 DM (Lohngruppe V – etwa 932,80 DM brutto im Monat), und oftmals erst nach Jahren erreichen sie Lohngruppe IV (5,40 DM Stundenlohn, etwa 950,40 DM monatlich). Vorausgesetzt, sie sind über 21. Gern und häufig stellen die Kapitalisten junge Mädchen ein, die zwar dieselbe Arbeit machen müssen wie die anderen, deren Löhne aber um etwa 150 DM (18–21) oder gar um fast 300 DM (bis 18) niedriger liegen im Monat.

Laut Tarifvertrag erfordert die Einstufung in Lohngruppe V entweder „Geschicklichkeit" oder „gewisse körperliche Kräfte oder Ausdauer". Verlangt wird von den Kapitalisten beides, sowohl Geschicklichkeit wie körperliche Kräfte und Ausdauer. Denn in der Regel werden die Frauen im ganzen Betrieb eingesetzt, bei Stanzarbeiten z.B. wie bei der Herstellung von Faltkisten usw. Das Ausbrechen von gestanzten Platten, die oft über 1 Kilo schwer sind und von denen einige tausend, ganze Paletten voll täglich ausgebrochen werden müssen, ist überaus anstrengendund geht ganz schön an die Kräfte.

Von den Kapitalisten werden solche Tätigkeiten als „leichte Arbeit" eingestuft. Die Arbeiterinnen erfahren, daß die Monotonie der Arbeit und die einseitige Anspannung ihrer Kräfte ihre Nerven und ihre Gesundheit angreifen und auf die Dauer verwüsten.

Und welche wachsenden Anforderungen an die Geschicklichkeit der Arbeitskraft gestellt werden, wird an folgendem Beispiel deutlich: Bei der Herstellung von Faltkisten bei der Firma Naumann in Leverkusen haben früher vier Frauen täglich 1 800 Kisten hergestellt. Heute müssen durch die Einführung neuer Maschinen drei Frauen 10 000 Kisten und mehr machen. Die Maschinen haben ihre Arbeit nicht erleichtert, sondern treiben sie zu größeren Arbeitsleistungen: in rasendem Tempo, ohne Pause, zehntausendmal zu ein- und demselben Handgriff am Tag. – (**c.,** Leverkusen)

Glasverarbeitende Industrie

40 zu 5 gegen die Vorarbeit an drei Tagen

Die Arbeit wurde von 180 auf 330 Einheiten gesteigert / Weitere Mehrarbeit abgelehnt

Kiel. 30 bis 50, zum Teil sogar 70 bis 80 Überstunden im Monat, das ist die Seite der Krise, die die Arbeiter verschiedener glasverarbeitender Betriebe in und um Kiel vom Spätsommer bis zum Ende des Jahres kennenlernten.

Der Arbeitsanfall in der Branche ist Resultat der Krisenprogramme (hier: Stützung der Bauindustrie), in deren Rahmen Zuschüsse für die Altbausanierung vergeben wurden. Diese wurden von vielen Hauseigentümern zum Einbau von Isolarscheiben verwendet.

Von 180 auf 330 Einheiten die Arbeit gesteigert

Die Kapitalisten der glasverarbeitenden Betriebe sahen eine Flut von Aufträgen auf sich zukommen, witterten ihrerseits die Gunst der Stunde bzw. der Krise und versuchten mit Seitenblick auf die hohen Arbeitslosenzahlen in Schleswig-Holstein und die jährliche saisonbedingte Kurzarbeitsperiode in der Branche von den Arbeitern jede Menge Mehrarbeit zu erzwingen.

Noch während der Arbeitstag zum Beispiel für die Arbeiter bei „Glas und Spiegel Schulz" von morgens sechs bis abends sieben Uhr dauerte, streute die Geschäftsleitung bereits im Spätsommer Gerüchte über die im Herbst angeblich bevorstehende Kurzarbeit und drohende Entlassungen aus. Auf diese Weise wurde der tägliche Ausstoß an Scheiben von etwa 180 auf etwa 330 Einheiten gegenüber dem Vorjahr erhöht. Die Fahrer, die die Scheiben ausliefern, waren nicht selten 14 Stunden am Tag unterwegs. Dazu wurde auch noch an drei Samstagen im Monat etwa sechs Stunden gearbeitet.

Die lange Dauer des Arbeitstages hatte auch noch einen weiteren Effekt. Da die Kollegen es leid waren, immer erst so spät nach Hause zu kommen, und da die viele Arbeit auch eine gewisse Geschicklichkeit bei der Produktion hervorbrachte, steigerte sich das Arbeitstempo so weit, daß im November die 330 Einheiten pro Tag schon in der Zeit zwischen sechs und sechzehn Uhr hergestellt werden konnten. Die Fähigkeit, so viel in so kurzer Zeit produzieren zu können, hat nun aber die Eigenschaft, daß im Betrieb nicht mehr eine größere Anzahl von Kollegen einfach auf die Straße gesetzt werden kann und gegen andere ausgetauscht werden kann, ohne daß gleichzeitig die tägliche Produktion unter etwa 100 Einheiten sinkt, so schätzen die Kollegen. Das ist gleichzeitig eine Stärke gegenüber dem Kapitalisten. Über all diese Probleme wurde bei Schulz in letzter Zeit viel diskutiert.

Drei Tage sollen vorgearbeitet werden

Schließlich haben die Kollegen dann doch etwas gemacht: Als der Kapitalist nämlich noch mehr Mehrarbeit herausholen wollte und dreist verlangte, für den 24.12., den 31.12. und den 2.1. sollte jeweils an einem Sonnabend im Oktober, November und Anfang Dezember vorgearbeitet werden. Das hätte bedeutet, daß die Kollegen an dem einzigen noch freien Samstag im Monat auch noch hätten arbeiten müssen. Es hatte sich schnell in dem kleinen Betrieb (50 bis 60 Arbeiter und Angestellte) herumgesprochen, daß am schwarzen Brett ein entsprechender Antrag hing: Beschluß der Geschäftsleitung – und die Unterschrift des Betriebsrates stand auch darauf. In allen Abteilungen erhob sich die Debatte und es stellte sich eine weitgehende Einigkeit heraus, daß die vielen Überstunden sowieso nur dem Schulz nützen und dem Staat, wenn man auf die Abzüge sieht. Aber durch das Vorarbeiten hätte der Schulz noch einen Extra-Arbeitstag gewonnen, den er noch nicht einmal zum Überstundentarif hätte zu bezahlen brauchen. Die Sonnabende, das wären volle, harte Arbeitstage gewesen, während zum Beispiel am 24.12. – da kann er sowieso nicht so viel aus uns herausholen, weil die meisten Betriebe, die beliefert werden, schon Weihnachtspause machen,da machen wir mal einen etwas „gemütlicheren" Arbeitag.

In der Frühstückspause wurde zunächst der Betriebsrat rangenommen und befragt, wie er dem zustimmen konnte, ohne auch nur einen Kollegen vorher befragt zu haben. Er druckste herum, er hätte gefragt, es war jedoch niemand aufzutreiben, den er gefragt haben könnte. Er meinte, das sei doch schon immer so gemacht worden und er müsse als Betriebsrat schließlich auch an das Wohl der Firma denken. Den Kollegen war's egal, was er dachte, und sie meinten, daß man sich nicht alles gefallen lassen dürfe. Bis Mittag hatte sich herumgesprochen, daß im Zuschnitt, in der Isolierabteilung, im Lager und in der Spiegelabteilung die Meinung nahezu einhellig gegen das Vorarbeiten gerichtet war. Lediglich die Büroangestelltenn seien dafür, hieß es, was bei denen auch anders zu bewerten ist, da die sonst kaum Überstunden machen und die drei Sonnabende nicht so ins Gewicht fallen.

40 zu 5 gegen die Vorarbeit an drei Tagen

In der Mittagspause wurde nochmal das Vorgehen diskutiert mit dem Ergebnis, daß eine Unterschriftenliste angefertigt werden sollte, die durch den ganzen Betrieb laufen und dann durch den Betriebsrat der Geschäftsleitung übergeben werden sollte. Die Liste enthielt die Alternative:
a) für drei Tage vorarbeiten,
b) nur für den 2.1. vorarbeiten.
Ergebnis der Unterschriftensammlung: 5 Kollegen für den Vorschlag a), 40 Kollegen für b). Von den fünf waren drei Büroangestellte, das war aber auch bei denen weniger als die Hälfte.

Der Betriebsrat wurde dann mit der Liste losgeschickt, und etwa eine Stunde später wurde bekannt, daß die Geschäftsleitung ihren Beschluß zurückgenommen hatte. Wie ungehalten die Geschäftsleitung darüber war, daß hier die Kollegen selbst über ihre Interessen entschieden hatten, und zwar **gegen** die Interessen der Geschäftsleitung, zeigte sich später daran, daß für die Tage um Weihnachten totale Urlaubssperre verhängt werden sollte, bekanntgegeben wurde, daß strengstens auf Alkoholgenuß um Weihnachten geachtet würde (Kündigungsgrund!) usw.

Kurz darauf zeichnete sich ab, daß einem tunesischen Kollegen der bereits vor Monaten genehmigte Jahresurlaub zu Weihnachten gestrichen werden sollte. „Das hat ihnen nicht gepaßt mit unserer Unterschriftensammlung", haben einige Kollegen gesagt und gleich Papier für eine neue Liste besorgt, die dem Kollegen den Urlaub sichern sollte. Einige Namen standen schon drauf, als der gleichzeitig losgeschickte Betriebsrat zurückkam und meldete, daß die Geschäftsführung Ärger vermeiden wollte und der Kollege nun doch in Urlaub gehen könne.

Selbst auf der Betriebsversammlung Ende November sah sich der Schulz genötigt, noch einmal seinen Ärger über die Sache zum Ausdruck zu bringen. Allerdings glaubten die Kollegen ihren Ohren nicht zu trauen, als er sagte, es hätte hier eine Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufgezwungen und es sei doch ganz schlecht, wenn man gerade zu Weihnachten auch noch arbeiten müsse. Als mehrere Kollegen ihn auf das 40 zu 5 Ergebnis hinwiesen und daß er über Mehrheit und Minderheit wohl falsch orientiert sei, sprang dem Chef ein höherer Angestellter zur Seite und behauptete, die Kollegen hätten ja gar nicht gewußt, was sie da eigentlich abstimmten, und zu Weihnachten würde das Gejammer schon noch anheben. Er wurde darauf von mehreren Seiten gefragt, für was er die Kollegen eigentlich hielte, ob sie etwa so aussähen, als ob man ihnen etwas andrehen könnte, was sie gar nicht haben wollten. Der Herr hat sich darauf schnell wieder hingesetzt und sich still verhalten.

Am 24.12. gab es dann bei der Firma Schulz schließlich besagten „gemütlichen" Arbeitstag, an dem genug Zeit war, noch mal festzustellen, daß es richtig war, nicht vorzuarbeiten, über Sinn und Unsinn von Überstunden und über das Lohnsystem und seine Abschaffung überhaupt zu reden. – (**e.,** Kiel)

ÖTV-Mitglieder beschließen Aktionen

Bremen. Der Vertrauensleutekörper der Universität Bremen hat auf seiner Sitzung am 20.1. den Kreisvorstand der ÖTV aufgefordert, eine Demonstration und Kundgebung am ersten Verhandlungstag in der Innenstadt zu organisieren. Um die Forderung auch nach außen zu vertreten, wurden die Vertrauensleute durch eine Betriebsgruppe aufgefordert, Transparente für jedes Gebäude zu erstellen, auf denen die Unterstützung für die Forderung und die Kampfbereitschaft zum Ausdruck kommen soll. Diese Transparente sollen für jeden sichtbar aus den Fenstern gehängt werden.

Bremen. Die Betriebsgruppe Kirche der ÖTV Bremen hat in ihrer Sitzung mam 16.1. bei 20 Teilnehmern einstimmig beschlossen, daß sie die von der großen Tarifkommission beschlossene Forderung von 135 DM begrüßt. Es sei eine Forderung, die große Untestützung auch außerhalb des öffentlichen Dienstes findet. In der Resolution wird festgestellt: „Unseres Erachtens kommt es jetzt vordringlich darauf an, dem Arbeitgeber die Geschlossenheit der Kollegen und ihren Willen zur vollen Durchsetzung dieses Betrags zu demonstrieren. Als geeignete Maßnahme schlagen wir die Durchführung einer öffentlichen Kundgebung am ersten Verhandlungstag vor." Der Kreisvorstand wurde aufgefordert, diesen Beschluß an die anderen Betriebsgruppen des öffentlichen Dienstes sowie an die Post- und Eisenbahngewerkschaft weiterzuleiten.

Göttingen. Die Abteilung Wissenschaft und Forschung der ÖTV forderte am 13.1. den ÖTV-Kreisvorstand auf, Informationsstände am Markt zu machen und die 135 DM-Forderung zu propagieren, um den Boden für Kampfmaßnahmen vorzubereiten.

München. In einer Resolution der Mitgliederversammlung der ÖTV Kreisverwaltung München Abteilung Sozialarbeit haben am 19.1.76 zirka 100 Kollegen einstimmig beschlossen, zur Durchsetzung der 135 Mark Forderung eine Mitgliederversammlung zu Beginn der Tarifverhandlungen zu beantragen, „wo wir über den Stand der Verhandlungen beraten und Kampfschritte, d. h. Protestaktionen, Demonstrationen und Streiks beschließen können".

Metaller stimmen zu

Westberlin. Die Aufstellung der 135 DM-Forderung durch die große Tarifkommission der ÖTV ist auch unter den Industriearbeitern auf große Aufmerksamkeit und Zustimmung gestoßen. Die Debatte um die Lohnrunde in der Metallindustrie hat neuen Aufschwung erhalten. Die Arbeiter der Abteilung 06 Betriebselektrik des Maschinenbaubetriebes Fritz Werner in Westberlin haben über die Richtigkeit der 135 Mark-Forderung und die notwendigen Forderungen in der Metallindustrie diskutiert und ihren Vertrauensmann beauftragt, auf der nächsten Vertrauensleutekörpersitzung die Forderung nach Streichung der unteren Lohngruppen einzubringen.

Lehrer begrüßen 135 DM-Forderung

Frankfurt/M. Die Vertreterversammlung des GEW Bezirksverbandes Frankfurt am 20.1., 160 Anwesende, hat bei wenigen Gegenstimmen die Forderung nach 135 Mark für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, auch für die Beamten, bekräftigt. Weiter wurde für die Beamten die Tarifautonomie und das Streikrecht gefordert, „um gemeinsam mit allen Kollegen im öffentlichen Dienst unsere Interessen gegen den Dienstherrn durchzusetzen". Falls es zu Streikmaßnahmen in Frankfurt kommt, sollen Personalversammlungen stattfinden.

Hannover. Die Delegierten der niedersächsischen Studienreferendare haben am 17.1. einstimmig eine Resolution beschlossen. Entschieden wird die 135 DM Festgeldforderung der ÖTV unterstützt.

Hersfeld. Die Ortsvereinsversammlung der GEW, 40 Anwesende, begrüßte am 14.1. die 135 DM Forderungder ÖTV

Soldaten für 135 DM Forderung

Gifhorn. 25 Soldaten der Hammersteinkaserne Wesendorf (bei Gifhorn, Niedersachsen) – dort sind die Panzergrenadierbataillone 11 und 21 stationiert – haben in einer Unterschriftensammlung die Festgeldforderung der ÖTV in Höhe von 135 Mark unterstützt und den Hauptvorstand der ÖTV aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung vorzubereiten. Auf der Kreismitgliederversammlung der ÖTV des Kreises Wolfsburg/Gifhorn wurde die Resolution verlesen und die Unterschriftenliste dem Kreisvorstandsmitglied D. Hampel übergeben. Auf der gleichen Sitzung hat die Kreismitgliederversammlung am 7.1.76 einen Festbetrag von 135 DM gegen eine Stimme gefordert. (Teilnehmerzahl zirka 200)

ÖTV-Tarifrunde

Die Spaltungsmanöver zurückschlagen – Zu Aktionen vorstoßen

Niemand tritt für die Interessen der Arbeiter ein, wenn es die Arbeiter nicht selber tun.

In den öffentlichen Diensten haben die Belegschaften erreicht, daß ihre Gewerkschaften die Forderung 135 DM für alle aufstellen mußten. Wie wir jetzt erfahren, konnten die VW-Arbeiter ebenfalls erreichen, daß die besondere Tarifkommission, die für den VW-Konzern besteht, eine Mindestforderung von 140 DM bei 8 Prozent aufstellt. Nach Meldung der „Stuttgarter Zeitung" wird die HBV in den bevorstehenden Tarifverhandlungen für die 170 000 Beschäftigten im Einzelhandel in Baden-Württemberg ebenfalls 135 DM Festbetrag fordern.

Dies sind Erfolge der Arbeiter. Wenn es auch bitter ist, daß man es in der heutigen Lage als einen Erfolg der Arbeiter bezeichnen muß, wenn sie gegenüber den Sozialdemokraten, die die Gewerkschaften führen, wenigstens eine Forderung durchsetzen, die sie vor dem Absinken in ein wahres Hungerdasein schützt, mehr aber nicht, so ist das noch nicht die ganze Wahrheit.

Selbst dieser bittere Erfolg wird den Arbeitern entrissen werden, wenn sie ihn nicht zum Angriff nutzen.

Die industriellen Kapitalisten finden allein die Forderung unannehmbar, und zwar prinzipiell. Nicht nur für die Industrie, sondern auch für den öffentlichen Dienst. Sie sagen, das würde den Leistungsgedanken unterminieren.

Sie meinen, daß mit dieser Forderung folgende wüste Absicht durchkreuzt wird, die Lohnsumme, die sich die Arbeiter erkämpfen, innerbetrieblich so zu verteilen, daß erstens eine unterste Schicht entsteht, die ein Elendsdasein führt, zweitens eine große Masse, die fürchten muß, in diese unterste Schicht hinabgedrückt zu wrden, und drittens eine Schar von Antreibern, die höher bezahlt werden und den Gang der Schweißauspressung beschleunigen.

Die Bundesregierung schweigt noch. Auf Länderebene wird von den Dienstherren schon verlangt, daß Verhandlungen über die Ausdehnung der Arbeitszeit auf 42 Stunden in die Tarifverhandlungen einfließen müßten.

Die bürgerliche Presse geht auf Spaltung. Den besser Verdienenden will sie weismachen, daß sie einen ordentlichen Abschluß zu erwarten hätten und der Kampf vermieden werden könne, bei einer anderen Forderung.

Obwohl schon länger bekannt, wird in den letzten Tagen die Forderung des Beamtenbundes 5 Prozent und 30 DM Beamtenbundes 5 Prozent und 30 DM für Ledige, 50 DM für Verheiratete in der Presse ausgewalzt. Nicht etwa, daß die Bourgeoisie diese Forderung als annehmbaren Kompromiß hinstellt.

Sie nimmt das Thema bloß so begeistert auf, weil sie sich einen Spaltungseffekt davon erhofft. Keineswegs bloß über Höhe und Form der Forderung. Der Beamtenbund begründet ausführlich, daß der Dienstherr vorsorgen müßte, und bezeichnet das Einkommen der Beschäftigten ziemlich offen als den Preis dafür, daß sie nicht streiken, sondern treu sind.

Richtig ist das natürlich bloß für die höheren Beamten, die nicht arbeiten, sondern bloß treu-reaktionär sind. Trotzdem ist es eine Äußerung „aus dem öffentlichen Dienst selber" gegen Kampfmaßnahmen und für prinzipiellen Frieden. Was Wunder, daß sie es breitschlagen bis zum Erbrechen.

Die Gewerkschaftsführer reden von Verhandlungsspielräumen und vermeiden sorgsam jede Andeutung über Kampfmaßnahmen. Kluncker setzt in der Bild-Zeitung Stellungnahmen ab, wo er so tut, als ob der Gegner der Lohnbewegung die Volksmassen wären, die nicht einsehen wollten, daß die Arbeitskraft im öffentlichen Dienst einen gewöhnlichen Preis hat wie jede andere auch.

Anstatt daß herausgestellt wird, daß die Arbeiter ein direktes Interesse daran haben, daß der Preis für Arbeitskraft in einem so großen Bereich nicht verfällt, weil das allgemein drücken würde, und daß die Finanzbourgeoisie und ihre Politiker aus genau diesem Grunde auch gegen die Forderung sind, wird beim „Bürger" um Verständnis gebettelt. Die „Bürger", die Kapitalisten, werden aber dafür nie „Verständnis" haben, bei den Arbeitern wird es so niemals geweckt werden können.

Der Finanzbourgeoisie geht es darum, dieser Forderung die Spitze zu brechen. Daran machen sich gegenwärtig ihre Schwindeljournalisten, dem folgen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bürgerlichen Politiker beginnen aus den Löchern zu krjechen.

Die Meinungen und Anschauungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen werden ziemlich sorgfältig unterdrückt.

So hofft man im bürgerlichen Lager die Forderung in der Öffentlichkeit demontieren zu können und die Lohnfront zu zersetzen.

Der hessische Innenminister versucht es ganz tollkühn. Er soll im Radio gesagt haben: 135 DM, warum eigentlich nicht? – Der gleiche Ganove hat vor wenigen Monaten die Wiedereinführung der 42-Stunden-Woche verlangt und verordnet Überstunden über Überstunden.

Das Ganze soll zersetzend und einschläfernd wirken. Bei der Aufstellung der Forderung haben sehr viele Gewerkschaftsmitglieder Initiative entwickelt. Das soll jetzt unterbunden werden. Die Sache soll in die Hand der werden. Die Sache soll in die Hand der bekannten Sozialdemokraten übergehen, damit sie von dort aus in die Hände des Dienstherren gespielt werden kann.

Etliche sozialdemokratische und revisionistische Schreihälse, die vor kurzem sich noch nicht genug kriegen konnten mit Forderungen zwischen 180 und 220 DM, fangen jetzt an, Mitgliederversammlungen und Vertrauensleuteversammlungen zu unterbinden.

Wenn vorgeschlagen wird, zu Maßnahmen zu greifen, wie etwa Aufhängen eines Transparentes, Plakates oder Wandzeitung in der Kantine oder auch Versammlung beim Dienstherren während der Arbeitszeit, so sagen sie, das ginge nicht, denn es herrsche Friedenspflicht. Wahrheit ist, daß solche Maßnahmen in einigen Dienststellen schon vor Wochen ergriffen wurden, was zum erreichten Fortschritt beigetragen hat.

Es gibt sogar Leute, die jetzt herumsausen und sagen, das einzige, was zu tun wäre, sei die Feststellung, daß die Forderung den Lebensstandard nicht sichert, und der Streit mit dem Hauptvorstand darüber. Ansonsten sei die Sache gegessen.

Die nächste Hürde, die von dieser Lohnbewegung genommen werden muß, ist schwierig. Die Dienstherren können warten. Sie haben den Schlichtungsvertrag. Anders als vor zwei Jahren erlischt die Friedenspflicht nicht mit dem Auslaufen des Vertrages, sondern erst wenn die Schlichtung gescheitert ist.

Zwar sind die Beschäftigten nicht so närrisch, zur höheren Ehre eines Fetzen Papiers auf Kampftätigkeit zu verzichten. Als Tatsache bleibt jedoch, daß sich die Sozialdemokraten der Einleitung von Kampfmaßnahmen unter rein formalen Vorwänden besser widersetzen können.

Was ihnen vorschwebt, sind Verhandlungen, die ganz ohne den Druck von Aktionen und damit vollständig unkontrollierbar für die Beschäftigten und ausgezeichnet kontrollierbar für die Dienstherren und die führenden Sozialdemokraten ist.

Die Sozialdemokratie schießt Sperrfeuer gegen Kampfmaßnahmen und vorbereitende Aktionen.

Untätigkeit, Abwarten macht die Belegschaften gewiß zum Spielball. Wie soll es anders als zersetzend wirken, wenn die Presse Seite um Seite vollschmiert, der Beamtenbund und der Lehrerverein und die DAG Spalterstellungnahme um Spalterstellungnahme herausblasen, die Belegschaften aber alles über sich ergehen lassen müssen?

Das ist die Hoffnung der Reaktionäre. So wollen sie die Lohnfront erst weich- und dann abkochen.

Wenn man jetzt zu Aktionen übergeht, wird daraus nichts werden. Die Möglichkeiten sind auch nicht schlecht. Hat man nicht Dutzende und mehr Beschlüsse, daß Kampfmaßnahmen erforderlich sind? Hat man nicht vor zwei Jahren deutlich gesehen, daß es das Drängen der Belegschaften auf Aktionen und die Durchführung von Aktio- nen und die Durchführung von Aktio- nen war, die zu dem relativen Erfolg geführt haben und verhindert haben, daß die Gewerkschaftsführung die Beschäftigten an die Regierung verschenkt?

Und ist das nicht die ersichtlich wirksame Möglichkeit, der breiten Zersetzungskampagne genauso entgegenzutreten wie auch die Spaltungsabsichten nur überwunden werden können, wenn man die Initiative für die gerechte Sache ergreift? – **(M.F.)**

Die bürgerliche Presse will spalten

Handelsblatt (19.12.75) „Kluncker will die Löhne einplanieren." „Nach den Worten von Kluncker ... (gehe es) ... nur um den Ausgleich für die Teuerung ..."

Handelsblatt (19.12.75) „Inflationsausgleich von 2 % angemessen."
„Zum Inflationsausgleich in der ‚Null-Wachstumsperiode' 1975/76 fehlen nur noch zwei Prozent." (Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände)

Stuttgarter Zeitung (19.12.75) „Wenn die ÖTV sagt, der prozentual unterschiedlich hohe Zuwachs sei nicht leistungsfeindlich, dann gesteht sie zugleich ein, daß die Bezahlung im öffentlichen Dienst mit Leistung nicht viel zu tun hat."

Die Welt (19.12.75) „Der ÖTV-Chef will, daß sich alle öffentlichen Diener aus dem Topf gleichermaßen bedienen, der Posthauptschaffner nicht anders als der Staatssekretär ... Wird diese Forderung Wirklichkeit, so könnten in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen Steigerungen um 15 % erzielt werden, während die höheren Chargen mit 2 Prozent nach Hause gingen."

Handelsblatt (13.1.76) „Gegen jede Art von Nivellierung der Einkommen in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst spricht sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände aus ... Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten ... dürfe der Leistungsgedanke und die angemessene Bezahlung der individuellen Leistung nicht in Frage gestellt werden."

Süddeutsche Zeitung (12.1.76) „Bei den Tarifverhandlungen gehe es in erster Linie um einen Teuerungsausgleich ... Die Forderung der ÖTV ... ist nach den Worten Klunckers auch keine Mindestforderung, sondern eine durchaus veränderbare Grundlage für die Verhandlungen."

Frankfurter Allgemeine Zeitung (14.1.76) „Bei Übertragung dieses Modells auf die Erhöhung der Beamtenbesoldung kämen an der Spitze sogar Zuschläge von nicht mehr als anderthalb Prozent heraus ... Klunckers Idee wird bei den Gemeinden am ehesten auf Nachgiebigkeit stoßen ... Wenn die Länder und der Bund davon angesteckt werden sollten, wäre eine Auflösung der faktischen Koppelung des Tarifabschlusses im öffentlichen Dienst mit der Beamtenbesoldung nahezu unvermeidlich."

Süddeutsche Zeitung (13.1.76) „Wenn vernünftige Worte aus dem Mund der Tarifpartner im Wahljahr nicht täuschen, steht der friedlichste Lohnkampf seit langem bevor."
~~020~~

Bild-Zeitung (14.1.76) „Sensationelle Forderung von ÖTV-Chef Kluncker und Postgewerkschaft"

Stuttgarter Zeitung (15.1.76) „Im übrigen ist nicht zu bestreiten, daß in der Forderung der Gewerkschaft ein größeres Stück ‚Gleichmacherei' steckt, als es sich mit der von der persönlichen Leistung getragenen Volkswirtschaft eines demokratisch regierten Landes verträgt."

Süddeutsche Zeitung (15.1.76) „Wer ein Bündel im Wert von 7,5 % schnürt und
Süddeutsche Zeitung (15.1.76) „Wer ein Bündel im Wert von 7,5 % schnürt und
mit 7 % nach Hause kommt, gilt als guter Mann. Wer aber mit 135 Mark auf die Reise geschickt wird und auch nur 129,70 Mark zurückbringt, hat – aus der Sicht der Basis – sein Ziel eben nicht erreicht. Jeder sieht es mit einem Blick in die Lohntüte."
„Auf schärfsten Widerstand des Deutschen Lehrerverbandes (DL) stößt die von der ÖTV gestellte Forderung hinsichtlich eines einheitlichen Einkommenszuschlages von 135 DM für alle Angehörigen des öffentlichen Dienstes."

Bild-Zeitung (15.1.76) „Die Nation ist gespalten. 135 Mark mehr für alle im öffentlichen Dienst, gleichgültig ob Hilfsarbeiter oder Professor ... Wer wenig verdient, steht fest hinter Kluncker."

Augsburger Allgemeine Zeitung (16.1.76) „Die ÖTV-Forderung für Kliniken ein Alpdruck"
„Etwa die Hälfte der Mitarbeiter lägen bei einem Einkommen von rund 1 800 Mark, so daß die geforderte Aufstockung den von der ÖTV angegebenen 7,5 % entspräche, betont Dr. Hof. Denen stünde aber das ‚große Heer' der Reinemachefrauen, Hausgehilfen und anderen Hilfskräfte gegenüber, bei denen es ‚viel mehr', nämlich rund 10 bis 13,5 Prozent seien."

Handelsblatt „Aber abgesehen davon können es sich die öffentlichen Arbeitgeber natürlich samt und sonders nicht leisten, nur die Interessen einer einzigen Arbeitnehmergruppe zu honorieren – und sei sie noch so stark organisiert – und den Rest der Mannschaft zusehen zu lassen, wie er fertig wird. Dies ist auch gerade unter der immerhin verfassungsrechtlich normierten Fürsorgepflicht des Arbeitgebers Staat undenkbar."

Deutsche Postgewerkschaft

Die 135 Mark voll durchsetzen

Die außerordentlich gut besuchte Jahrshauptversammlung 1976 der Amtsgruppe Postamt der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) wählte am 16. Januar ihre Delegierten für die Ortsverwaltung und stellte die Kandidatenlisten für die Personalratswahlen im Frühjahr auf.

Die gewerkschaftlich organisierten Postler befaßten sich darüber hinaus auch mit dem Stand der Tarifrunde im öffentlichen Dienst und legten ihre Position mit überwältigender Mehrheit (136 Ja-, keine Gegenstimme, zwei Enthaltungen) in folgender Resolution fest:

„1. Die Jahreshauptversammlung der DPG-Mitglieder Amtsgruppe Postamt, Darmstadt, begrüßt den Beschluß des DPG-Hauptvorstandes, sich der Forderung nach **135 Mark für alle gleich** im öffentlichen Dienst anzuschließen.

2. Diese Forderung ist richtig und notwendig. Sie ist notwendig, weil sie verhindert, daß die große Masse der unteren und mittleren Einkommen unter das durchschnittliche Lebensniveau herabgedrückt wird. Sie ist richtig, weil sie den Zusammenschluß der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes hinter einer einheitlichen Forderung und die Solidarität der Industriearbeiter und der Werktätigen in den anderen gesellschaftlichen Bereichen ermöglicht.

3. Mit der Aufstellung einer einheitlichen Festgeldforderung ist ein wichtiger und richtiger Schritt auf das Ziel dieser Tarifrunde hin getan. Das Ziel muß sein, das Herabdrücken des Lohnes und Gehalts der unteren Beschäftigtengruppen unter das Existenzminimum zu verhindern und für alle einen Teil dessen, was uns die allgemeine Teuerung und die Sparmaßnahmen der Regierung aus der Tasche gezogen haben, wieder hereinzuholen. Die 135 Mark sind deshalb keine Forderung, in der noch ‚Luft' drin wäre und von der man noch heruntergehen könnte. Die 135 Mark sind der **Mindestbetrag**, der voll durchgesetzt werden muß.

4. Wir rufen alle Arbeiter, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes auf, sich hinter der Forderung nach 135 Mark fest zusammenzuschließen. Die gewerkschaftlich organisierten Kollegen und die Gewerkschaftsführungen fordern wir auf, von der Art und Höhe dieser Forderung nicht abzugehen und die Diskussion über die notwendigen Kampfmaßnahmen zu ihrer Durchsetzung in allen Dienststellen und mit allen Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisation zu entwikkeln."

Lehrer . unterstützen 135 DM Festgeldforderung

Essen. Die Sprecherversammlung der Lehramtsanwärter Nordrhein-Westfalen beschloß am 9.1. eine Aktionswoche mit Kundgebungen gegen die Nichteinstellung von Lehrern. Die Lehrer sollen als Arbeitslose anerkannt werden bei Zahlung eines Arbeitslosengeldes für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit

Zum Ende der Konferenz wurde einstimmig ein Antrag verabschiedet, in dem die Lehramtsanwärter die Forderung nach 135 DM Festgeld im öffentlichen Dienst unterstützen.

Gegen Rausprüfordnung

Der Landes-Arbeitskreis der jungen Lehrer und Erzieher der GEW Hessen ruft auf zu einem hessenweiten Aktionstag am 27.1. gegen eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung, mit der der staatliche Dienstherr mehr Lehrer rausprüfen will. Geplant ist eine Demonstration aller Referendare am 5.2. in Wiesbaden gegen den Kultusminister.

Brief des Darmstädter Komitees gegen den §218:

. Das Volk selber soll entscheiden – ein praktischer Schritt

Liebe §218 Gegner!

In der letzten KVZ haben wir gelesen wie das Freiburger Komitee die Anwendung des §218 versucht hat zu verhindern. Dadurch ist uns klar geworden, wie wichtig es ist, die Kampferfahrungen unter den Komitees so schnell wie möglich auszutauschen.

In dem Artikel ist die Ortsbeilage der KVZ in Freiburg zitiert. Dort steht, die bloße Forderung nach Freispruch habe bedeutet, daß man den Prozeß selbst schon akzeptierte, anstatt zu verhindern, daß der Prozeß überhaupt stattfand und der §218 angewandt wurde. Unsere eigenen Erfahrungen haben uns gezeigt, daß diese Selbstkritik richtig ist.

Noch nicht einmal zwei Wochen, nachdem im Bundestag die Verschärfung des §218 diskutiert wurde, wollte die Justiz in Darmstadt erneut beweisen, daß es der bürgerliche Staat ernst meint mit der Durchsetzung des Strafparagrafen gegen das Volk.

Ein Mitglied des Komitees hatte erfahren, daß ein Arzt aus dem Odenwald erneut vor Gericht gestellt werden sollte. Vor zirka sechs Jahren hatte er eine Abtreibung vorgenommen und wurde damals zu 6000DM Strafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft legte jedoch Berufung ein und verlangte eine Freiheitsstrafe, da „eine Abtreibung mit dem Berufsethos eines Arztes nicht zu vereinbaren" sei. Klar sollte hier dokumentiert werden, was passiert, wenn sich fortschrittliche Ärzte auf die Seite der Arbeiterklasse und des Volkes stellen (aufgrund Freiheitsstrafe hätte die Ärztekammer auch die Möglichkeit, dem Arzt die Praxis zu schließen).

Wir korrigierten diesen Fehler jedoch rechtzeitig: Am Buß- und Bettag, **19. November,** auf der öffentlichen Mitgliederversammlung wurde die Lage eingeschätzt und über die weiteren Schritte diskutiert.

Am **20. November** hieß es dann, der Prozeß fällt aus! 7.45 Uhr Treffpunkt Landgericht: mit dem Transparent „Volksentscheid gegen §218" Kundgebung vor dem Gericht. Auch eine Schulklasse war gekommen. Anschließend wurde in strömendem Re-
schließend wurde in strömendem Re-
gen von über 60 Versammelten eine Resolution verabschiedet, die in den Darmstädter Tageszeitungen veröffentlicht werden sollte. Wir marschierten durch die Innenstadt in die Redaktion des „Darmstädter Tageblatts" und forderten: „Wenn Sie die Resolution nicht abdrucken, werden wir für entsprechende Veröffentlichung sorgen!" Die Resolution wurde abgedruckt. Beim „Darmstädter Echo" reichte eine Delegation von drei Leuten jedoch nicht aus, um entsprechenden Druck zu erzeugen.

Anschließend fand eine Kundgebung in der Innenstadt statt – um zwölf Uhr eine weitere. Angesichts der Tatsache, daß breite Öffentlichkeit zu diesem Prozeß hergestellt wurde, haben Richter und Staatsanwalt Hals über Kopf den Prozeß abgeblasen. Plötzlich „besteht kein öffentliches Interesse" mehr, da die „Tat" mehr als drei Jahre zurückliegt! Die Justiz hat allerdings **nach** dem Prozeßtermin einen Monat gebraucht, um das festzustellen, denn der Arzt hat erst einen oder zwei Tage vor Weihnachten schriftlich eine Mitteilung des Gerichts erhalten. Man hat den Prozeß niedergeschlagen. Allerdings wurde dann hintenherum der Arzt mit einer Geldbuße von 3500DM belegt. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde also trotzdem der §218 angewendet. Der Rechtsanwalt hatte „im Auftrag des Arztes" der Geldbuße zugestimmt. Das gilt nicht als Geldstrafe – die Praxis kann ihm also nicht dicht gemacht werden. Gelungen ist es, den Prozeß zu verhindern und der Bevölkerung den Charakter des Justizapparates aufzuzeigen und dagegen die Forderung: „Das Volk selber soll entscheiden" praktisch anzuwenden.

Komitee gegen den §218
Darmstadt

1 Jahr Bundesverfassungsgerichtsurteil zum § 218

21. Februar – Demonstrationen gegen den § 218



Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Von Gutachtern und Behörden drangsaliert

Erst zum Gebähren, dann zum Weggeben gezwungen

Nürnberg. Welch schändlicher Behandlung durch Ärzte und Behörden schwangere Frauen häufig ausgesetzt sind, zeigt der Fall der Frau L. aus Nürnberg. Obwohl ihr die Gutachter eine legale Abtreibung eingeräumt hatten, mußte sie das Kind austragen und gleich zur Adoption freigeben.

Frau L. war vor 2 Jahren wegen des Ausbleibens ihrer Monatsblutung zur Frauenärztin gegangen. Die behandelte sie dann wegen einer gutartigen Gebärmuttergeschwulst. Eine Schwangerschaft schloß sie aus. Sie machte auch keine Kontrolluntersuchung, sondern meldete Frau L. für Juli, also 5 Monate später, zu einer Tumoruntersuchung in dem Nürnberger Frauenklinik an. Für den Herbst sollte ein Operationstermin festgelegt werden. In der Klinik wurde festgestellt, daß sie nicht nur einen Tumor hatte, sondern zugleich im 6. Monat schwanger war. Frau L., die bisher noch kein Kind hatte, war zu diesem Zeitpunkt bereits 43 Jahre alt. Ihr Mann war im Frühjahr nach dreijähriger Krankheit als berufsunfähig verrentet worden. Auch die Wohnung war für ein Kind dazu viel zu klein. Aufgrund des Alters der Mutter bestand zudem die Gefahr einer Mißbildung beim Kind. Frau L. war diesen ganzen Belastungen, die sie auf sich zukommen sah, nicht gewachsen und bekam starke Depressionen. Die Eheleute stellten deshalb einen Antrag auf eine Abtreibung, dem auch wegen der Selbstmordgefahr der Mutter, wegen des Alters und wegen des Tumors zugestimmt wurde.

Sofort suchten Frau L. und ihr Mann nach einer Klinik. Sie bekamen eine Absage nach der anderen.

Professor Ober, der Direktor der Universitätsfrauenklinik in Erlangen fertigte sie in einem Brief folgendermaßen ab: *„Sie werden die Situation nicht dadurch verbessern, daß sie versuchen, Ärzte zu erpressen, ein bald lebensfähiges Kind zu töten. Die Lage erscheint mir keineswegs so aussichtslos, wie Sie meinen. Sie können schon jetzt die Adoption des Kindes in die Wege leiten. Ich zweifle nicht daran, daß Professor Stark* (der Leiter der Nürnberger Frauenklinik – der Verf.) *das gleiche tun würde. ... Sollten Sie meinen Gedanken nicht folgen können, so biete ich Ihnen an, einmal den Film einer Schwangerschaftsbeendigung in der 16. Woche bei uns in Erlangen zu sehen. Das ist ein recht grausamer Anblick."*

Dieser Professor Stark von der Nürnberger Frauenklinik erlaubte sich nur für das Messen des Oberschenkelumfangs der Frau 50 DM zu berechnen. Noch mehr wurde das Ehepaar L. jetzt unter Druck gesetzt, ihr Kind zur Adoption freizugeben. Die Frauenärztin von Frau L. versichert, sie hätte „2 Abnehmer". Ebenso drängte die Familienhilfe Nürnberg e.V., an die sich L.'s gewandt hatten, zur Adoption. Dem Jugendamt Fürth ist es dann gelungenm das Ehepaar zu überrumpeln. Ohne vorherige schriftliche Information – auch heute noch kennen L.'s das von ihnen unterschriebene Schriftstück nur zum Teil aus den Gerichtsakten – ließ das Jugendamt Fürth die Eltern, die beide zu dieser Zeit mit Beruhigungsmitteln behandelt werden mußten, eine Erklärung zum Verzicht auf ihr Kind und Freigabe zur Adoption, sollte es sich um ein gesundes Kind handeln, unterschreiben. Derart von den Behörden traktiert und bevormundet, bekam die Mutter das Kind nach der Geburt nicht einmal zu sehen, weigerten sich die Eheleute, die endgültige notarielle Zustimmung zur Adoption zu geben und verlangte ihr Kind zurück, das damals 3 Monate alt war. Zwei gerichtliche Instanzen haben abgelehnt. Sie führten den Abtreibungsantrag der Eltern als Beweis an, daß die Eltern das Kind gar nicht wirklich wollten und sie zum Zeitpunkt der Freigabe zur Adopton voll geschäftstüchtig gewesen seien. – **(h.,** Nürnberg)

Im Rahmen der Doppelstrategie

SPD-Parteivorstandsmitglied Roth und die Probleme mit dem § 218

Das Pforzheimer Komitee gegen den §218 hatte den ehemaligen Juso-Vorsitzenden Wolfgang Roth, jetzt Mitglied des SPD-Parteivorstands und Bundestagskandidat, zu einer Podiumsdiskussion zum §218 eingeladen. Roth hat diese Einladung ausgeschlagen. Er wolle, schreibt er in einem Brief, den er auch an die örtliche Presse geschickt hat, durch seine Teilnahme an der Veranstaltung „die Stoßrichtung" der „Kampagne" gegen den §218 „in keiner Weise" „legitimieren".

Roth schreibt unter anderem: „Im Rahmen meiner Arbeit für die SPD habe ich mich ...für eine Lösung der Probleme eingesetzt, die mit dem bisherigen §218 StGB zusammenhängen." „Leider" habe das Bundesverfassungsgericht die „Fristenregelung" „als unvereinbar mit der Verfassung bezeichnet". Deshalb habe die Koalition „eine Lösung gefunden, die weitgehend einer Fristenregelung ... angenähert ist". Das Komiteee erwecke den Eindruck, „als gebe es Lösungsmöglichkeiten am Deutschen Bundestag und dem Bundesverfassungsgericht vorbei". „Sie wissen, daß die Methoden zur Beseitigung des §218, die Sie vorschlagen, Verfassungsbruch bedeuten. Der Aufruf dazu ist im Kern Ihre Forderung."

Wir können dem Sozialdemokraten Roth nur Recht geben. Schon immer hat er sich für die „Probleme, die mit dem bisherigen §218 zusammenhängen" eingesetzt. Seit die Volksmassen gegen diesen Schandparagrafen kämpfen, haben die Kapitalistenklasse und der bürgerliche Staat mit dem §218 „Probleme". Um die Lösung dieser Probleme haben sich die Sozialdemokraten seit langer Zeit gekümmert. Sie haben alles darangesetzt, die Bewegung für die Abschaffung des §218 durch Propagierung der „Fristenlösung" zu spalten und zu schwächen. Jetzt sind diese Probleme sogar noch gewachsen. Nach einem Jahr Bundesverfassungsgerichtsurteil ist die Bewegung für die Streichung des §218 nur noch kräftiger. Und ungeniert wird gefragt, was denn das für eine Verfassung ist, die dem Volk das anspruchslose Recht auf Abtreibung bei Strafandrohung abspricht.

Um mit diesem „Problem" fertig zu werden, läßt der bürgerliche Staat in zahlreichen Städten den Polizeiknüppel schwingen, läßt Menschen, die ein Plakat gegen den Strafparagrafen an ein öffentliches Gebäude kleben, vor Gericht schleppen. Für dieses und ähnliche „Probleme" hat er die neuen Maulkorbgesetze 130a und 88a im Bundestag durchgepeitscht.

Roth hält es hier mit der Doppelstrategie. Einerseits unterstützt er den bürgerlichen Staat dabei, das Volk zu unterdrücken, andererseits will er's auch selber den Gegnern des §218 zeigen. Wer vor dem Bundesverfassungsgericht nicht kuscht, mit dem diskutiert er nicht. Dessen Forderungen will er nicht „legitimieren". Da legt er Wert darauf, einen solchen Verfassungsbrecher öffentlich zu brandmarken.

In einem irrt sich Roth. Am Bundesverfassungsgericht und am Parlament **vorbei** werden die Gegner des §218 die Lösung nicht suchen. Daß das Volk die Parlamentarier und Richter in Ruhe lassen wird, die es mit dem §218 drangsalieren, ist eine vergebliche Hoffnung. Soviel Rückgrat, sich dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den Manövern der Parlamentarier entgegenzustellen, ist Roth aber wohl fremd. – **(hv)**

SPD-Müller-Emmert verdrückte sich

Osnabrück. Letzten Montag wollte die SPD mit einer Veranstaltung im Rathaus für die geplante Neufassung des § 218 Reklame machen. Dazu hatte sie den als Verfechter der Indikationslösung berüchtigten Bundestagsabgeordneten Müller-Emmert aufgeboten. Die „Initiative gegen den § 218" hatte aufgerufen, zu der Veranstaltung zu gehen. Vor Beginn wurden die Wände mit Transparenten gegen den Schandparagraphen geschmückt. Die SPD-ler mit Oberbürgermeister Weber an der Spitze drohten mit der Polizei, mußten aber sehen, daß die Mehrheit im Saal die Transparente gut und richtig plaziert fand. Sie blieben also hängen.

Der Bundestagsabgeordnete versuchte den Regierungsentwurf als Reformtat hinzustellen. Außerdem behauptete er, das Problem Abtreibung existiere eigentlich gar nicht mehr, weil kaum noch jemand heutzutage abtreibe. Er wurde fast bei jedem Satz durch empörte Zwischenrufe unterbrochen.

Nicht lange, da verlor er ganz die Fassung, schrie mit hochrotem Kopf, die Gegner des § 218 seien „Schweine" und gehörten von der Polizei geräumt. So etwas wie in Osnabrück habe er sein ganzes Leben noch nicht erlebt. Die Anwesenden erklärten ihm, daß die bürgerlichen Politiker in Zukunft „so etwas" noch häufiger erleben würden, wenn sie es wagten, diesen Schandparagraphen weiterhin öffentlich zu befürworten. Die Sozialdemokraten zogen es an diesem Punkt vor, schleunigst aufzubrechen. Die Gegner des § 218 hielten vor dem Rathaus eine kurze Kundgebung ab.

Gericht wies Entlassungen zurück

Göttingen. Das Göttinger Arbeitsgericht hat Anfang Januar die Entlassungen zweier Angestellter des Arbeitsamtes als unrechtmäßig zurückgewiesen. Elfi Kieser und Helga Gutt waren wegen ihres Eintretens gegen den § 218 entlassen worden. Die Vertreter des Arbeitsamtes begründeten die Entlassung damit, *daß die Klägerinnen als Angestellte des öffentlichen Dienstes in besonderem Maße dem Gemeinwohl und dem Ansehen öffentlicher Einrichtungen verpflichtet"* seien. Nicht die *„von den Klägerinnen zur Abschaffung des § 218 StGB vertretene Auffassung"* sei der Kündigungsgrund, sondern die *„von den Klägerinnen in die Dienststelle getragene politische Agitation"*.

Die Entlassenen enthüllten vor Gericht die grundsätzliche Absicht, die mit dieser Entlassung verfolgt wird: Wird sie mit dieser Begründung vom Gericht akzeptiert, so bedeutet das ein Musterurteil gegen die gesamte Bewegung gegen den § 218 im öffentlichen Dienst und gegen jede Regung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen den bürgerlichen Staat.

Dem Göttinger Arbeitsgericht war eine solche Entscheidung offenbar zu „heiß", zumal sich die Kolleginnen mit ihrem Fall sofort an die Öffentlichkeit gewandt hatten und durch zahlreiche Resolutionen und eine Demonstration unterstützt worden waren. **(f.,** Göttingen)

Stabsarzt Voigt strafversetzt

Mannheim. Gegen den Stabsarzt J.-Voigt hat der Kommandeur des Fernmelderegiments 95, Oberst Rapp, eine Disziplinarbuße von 300 DM verhängt (siehe KVZ Nr. 1/76). Er habe am 21. September 1975 in Bonn an der Demonstration gegen den §218 in Uniform teilgenommen, lautet der Tatbestand. Wenige Tage später wurde J. Voigt ins Bundeswehrkrankenhaus in Gießen „abkommandiert".

J. Voigt hat gegen die Disziplinierung Beschwerde eingelegt und sich zugleich in einem Brief an die Vertrauensleute des Schweren Fernmeldebataillons 970 gewandt. Er verwahrt sich darin gegen den Etikettenschwindel, die Strafversetzung als „Abkommandierung" auszugeben. „Durch die Trennung von Frau oder Familie und durch Geldstrafen versucht die Bundeswehrführung, die Soldaten mundtot zu machen. Da der Kampf gegen den §218 ein gerechter Kampf ist und breit Unterstützung findet, wird es der Bundeswehrführung nicht gelingen, ihn zu unterdrücken. Einzelne Soldaten können sie treffen, aber der Kampf gegen den §218 wird weitergehen."

Polizisten gegen § 218

Wiesbaden. Mitglieder des Komitees gegen den §218 haben vor der Polizeischule Kohlheck Flugblätter verteilt und Unterschriften für einen Volksentscheid gegen den §218 gesammelt. In den Flugblättern wurde protestiert gegen einen Polizeieinsatz gegen eine vom Komitee durchgeführte Kundgebung anläßlich der ersten Lesung des neuen Gesetzentwurfes, bei dem ein Megaphon von der Polizei zerstört worden war. Von den etwa 150 Polizeischülern und Beamten, die herauskamen, haben insgesamt 29 unterschrieben, davon 21 Beamte.

Aus **Neuss** wird berichtet, daß die Polizeileitung Schwierigkeiten mit dem Einsatz der Polizisten gegen die Gegner des §218 hat, weil schon so viele der Polizisten die Forderungen der Komitees selbst unterschrieben haben.

Das neue Jugendarbeitsschutzgesetz

Abrichtung fürs Akkordsystem

Mit den Stimmen aller drei Fraktionen des Bundestages wurde jetzt die Neufassung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen.

Beschlossen wurde, was wir in der letzten KVZ ein „Gesetz zur Freigabe der jugendlichen Arbeitskraft" genannt haben. Genauer müßte man sagen, ein Gesetz zur Unterwerfung der Jugend unter das Akkordsystem, ein Gesetz zur körperlichen Degradation der Jugend, ein Gesetz, das die bestehende schon schlechte Ausbildung zur Farce werden läßt, ein Gesetz, das die Jugendlichen und die jugendlichen Arbeitslosen als Manövriermasse der kapitalistischen Ausbeutung freigibt.

Wie war die bestehende Regelung bezüglich der Akkordarbeit für Jugendliche. Festgelegt war hier ein generelles Verbot der Akkordarbeit, wovon aber die Kapitalisten für Jugendliche über 16 Jahre „Ausnahmen von der Vorschrift" erhalten konnten. Diese Ausnahmebestimmung wird im neuen Gesetz beibehalten und dazu kommt noch, daß das generelle Akkordverbot für Jugendliche praktisch aufgehoben wird.

Zur Vertuschung dieses Sachverhaltes wird in § 23 Abs. 1 zunächst festgelegt: „daß Akkordarbeit für Jugendliche generell verboten ist. In den folgenden Formulierungen fällt dann aber der Lack von diesem Verbot soweit ab, daß nachgerade das Gegenteil dabei herauskommt. Das beginnt in Abs. 2, wo es heißt, daß das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche nicht gilt, „soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist". Fraglos aber bestimmen gegenwärtig die Kapitalisten, was zur Erreichung des Ausbildungszieles „erforderlich" ist. Da schließt ein Kapitalist mit einem 15 jährigen Schulabgänger einen einjährigen Ausbildungsvertrag ab, wie dies im Rahmen der Stufenausbildung immer öfter geschieht, und beutet ihn dann zum Zwecke der Ausbildung im Akkordsystem aus.

Doch damit noch nicht genug: Ist das Ausbildungsziel einmal erreicht, so Ausbildungsziel einmal erreicht, so steht der mittlerweile 15 jährige dem Kapitalisten jetzt ohne daß dieser auch nur eine Ausnahmebestimmung braucht, generell und ungehemmt für die Ausbildung im Akkordsystem zur Verfügung. Denn, so legt Abs. 3 fest, das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche gilt nicht, „wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben". Für welche „Beschäftigung" bitteschön? Eben für die Beschäftigung im Akkordsystem, womit nun auch endgültig abgesichert ist, daß die Ausbeutung im Akkordsystem stets „zur Erreichung des Ausbildungszieles erforderlich ist"

Ausbildung zum Akkordarbeiter, nichts anderes ist es, was das neue Jugendarbeitsschutzgesetz da für die Jugendlichen ab 15 Jahre festlegt und man versteht jetzt, warum die bürgerliche Presse über diese neue gesetzliche Regelung sich ausgeschwiegen hat.

Man versteht aber auch, was diese Regelung für die Jugend der Arbeiterklasse, für die ganze Arbeiterklasse bedeutet. Daß die Jugendlichen von den Kapitalisten jetzt unmittelbar nach Schulabschluß ins Akkordsystem gepresst werden können und das noch für ein Ausbildungsgeld. Daß so der Arbeiterjugend jedes Recht auf eine berufliche Ausbildung genommen wird, indem daraus die Ausbildung im Akkordsystem gemacht wird, daß die Jugendlichen so als Lohndrücker gegen die Älteren eingesetzt werden sollen.

Den Kapitalisten noch mehr ausgeliefert

Kurz: Die Kapitalisten haben beim Staat ein Gesetz durchgesetzt, das sich einen Dreck um das Recht auf Ausbildung und um die körperliche und geistige Gesundheit der Arbeiterjugend schert.

Haben die Kapitalisten auch bisher, wenn auch gesetzlich verboten, wo immer möglich die Jugendlichen in den Akkord gepreßt, so wird dies nun legalisiert und werden dieser Auspressung der jugendlichen Arbeitskraft Tür und Tor geöffnet. Das ist die Antwort von Kaitalisten und Regierung auf die Jugendarbeitslosigkeit, die jetzt benutzt werden soll, um schon die 15 Jährigen in den Akkord zu pressen.

Es ist auch nicht so, wie in der Presse zu lesen war, daß die „Kinderarbeit praktisch abgeschafft" sei (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Beibehalten werden die bereits im vorigen Gesetz vorhandenen Ausnahmebestimmungen für die Landwirtschaft und erweitert hat man die Kinderarbeit gleich noch insofern, als Kinder ab 13 Jahren jetzt auch „bis zu zwei Stunden werktäglich" zum Austragen von Zeitungen und Zeitschriften angestellt werden können.

Die Kinderarbeit war also nicht vorher einfach verboten gewesen, wie wir geschrieben hatten in der letzten KVZ, die bisherigen Ausnahmen sind durch das neue Gesetz nur noch erweitert die bisherigen Ausnahmen sind durch das neue Gesetz nur noch erweitert worden.

Genauso verhält es sich mit der Regelung der Nacht- und Schichtarbeit für Jugendliche von 6 Uhr morgens bis 23 Uhr. Kein Verbot, sondern unzählige Ausnahmen. Und zu diesen Ausnahmen hat man jetzt noch im neuen Gesetz eine weitere Ausnahmebestimmung hinzugefügt, daß „nach vorheriger Anzeige an die Aufsichtsbehörde ... Jugendliche über 16 Jahren außerhalb eines Berufsausbildungsverhältnisses ab 5.30 Uhr oder bis 23.30 Uhr beschäftigt werden können" (§ 14). Über die umfassende Einführung der Akkordarbeit für Jugendliche hat sich die bürgerliche Presse ausgeschwiegen.

„Besserer Schutz für Jugendliche" kommentierte das „Handelsblatt" das Gesetz, und gelobt wurden die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche für die Arbeiterjugend, die 5-Tage-Woche und die gegenüber dem bisherigen Gesetz erweiterten Urlaubsbestimmungen. Abgesehen davon, daß das Gesetz genug Ausnahmebestimmungen vorsieht, mit denen die Kapitalisten völlig legal diese Regelungen unterlaufen können, handelt es sich hier im wesentlichen um die gesetzliche Festschreibung von Veränderungen, die nicht durch das Gesetz, sondern z.B. durch Tarifverträge von den Gewerkschaften erzwungen wurden.

Für die Arbeiterklasse und ihre Jugend ist dieses Gesetz ein Schlag, den ihr das bürgerliche Parlament im Auftrag der Kapitalisten versetzt, gegenüber dem sie nicht stillhalten kann. Man weiß, wie einer schon mit 35 Jahren aussieht, wenn er seit 20 Jahren im Akkord gearbeitet hat. Ginge es nach den Kapitalisten und ihrer Regierung, so könnte die jetzige Arbeiterjugend ihre Berufsausbildung und Gesundheit in den Wind schreiben, besäße nicht mehr als das Recht, williges Ausbeutungsobjekt der Kapitalisten zu sein.

Aber die Arbeiterklasse und die Jugend der Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß die Jugend der besitzlosen Klassen vor körperlicher und geistiger Degredation geschützt wird. Daß sie eine Ausbildung erhält, die sie befähigt, die Produktion zu beherrschen.

Ein Schlag gegen die Arbeiterklasse und ihre Jugend

Dieses neue Freigabegesetz der jugendlichen Arbeitskraft setzt den Kampf um den Jugendarbeitsschutz wieder verschärft auf die Tagesordnung. Mit Vertrauen auf die SPD/FDP-Regierung, das ist jetzt gesetzesamtlich, wird man dabei keinen Besenstil gewinnen. Die Arbeiterklasse selbst und die Gewerkschaften als ihre Klassenorganisationen müssen den Kapitalisten und ihrem Staat jetzt die Forderungen entgegenstellen, die allein der Ausbeutung der Jugendli- die Forderungen entgegenstellen, die allein der Ausbeutung der Jugendli- chen Schranken setzen können. Dazu gehört das generelle Verbot der Kinderarbeit, daß Berufsschultage generell frei sind, 8 Wochen Urlaub und der Sechsstundentag. Dazu gehört vor allem auch die Abschaffung des Akkordsystems, und daß diese Schutzbestimmungen durch die Arbeiter selbst, in Gestalt des Betriebsrates und der Gewerkschaften kontrolliert werden. Diese Forderungen sind geeignet, der körperlichen und geistigen Zerrüttung der Arbeiterjugend durch die Lohnarbeit Schranken zu setzen. Sie ändern aber nichts daran, daß die Kapitalisten und ihr Staat weiter über die Ausbildung der Jugendlichen bestimmen. Dem gegenüber muß die Forderung erhoben werden nach dem Recht auf Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr in der Einheitsschule, die nicht vom bürgerlichen Staat, sondern von den Volksmassen kontrolliert wird. – **(er)**

Die Suspendierung mußte aufgehoben werden

Eltern, Schüler und Lehrer stehen hinter Lehrer Quaer

Kaiserslautern. „Schluß mit dem Bespitzelungsverfahren gegen Rüdiger Quaer" forderten am Samstag, den 17.1.76 in Kaiserslautern 250 Menschen auf einer Demonstration in der Innenstadt. Aufgerufen hatten die ASten von Universität und Fachhochschule, die Konferenz der Schülersprecher, einige Basisgruppen an den Schulen, der KBW und die KSG. Rüdiger Quaer, Lehrer am Aufbaugymnasium, war im Herbst von der Bezirksregierung zweimal zu „Anhörungen" geladen worden. Vorgeworfen wurden ihm *„verfassungsfeindliche Aktivitäten zugunsten des KBW"* wie Teilnahme an einer Demonstration gegen den Abbau der Fahrtkostenerstattung, an einer Veranstaltung gegen die chilenische Militärjunta, des Komitees gegen den § 218. Quaer hatte gegenüber den von Spitzeln zusammengetragenen „Vorwürfen" schriftlich dargelegt, daß er in allen Fällen für nichts anderes als eine gerechte Sache eingetreten sei, und das ganze Verfahren öffentlich bekannt gemacht. Die Lehrer forderten darauf eine Personalversammlung, die Schülervertretung legte Protest ein, ebenso die Eltern der Klassen 9b und 9c. Obwohl das Kultusministerium den Lehrern die Personalversammlung und der Schülervertretung jede weitere Aktivität verbot, weitete sich der Protest gegen die Machenschaften der Behörde aus. In der GEW wurde Quaer, der Vorsitzender der Fachgruppe Gymnasium ist, gleich von mehreren Fachgruppen unterstützt. Für einige Mitglieder des Landesvorstandes und den SPD-Landtagsabgeordneten Herrmann waren allerdings die Anhörungen das Signal, sich selbst in der Rolle von Gesinnungsschnüfflern zu betätigen. Auf mehreren Gewerkschaftsversammlungen verlangten sie Auskunft, ob Quaer Mitglied im KBW sei. Mitte Dezember stellte ein Mitglied des Landesvorstandes schließlich einen Ausschlußantrag. Eingeleitet wurde ein Ermittlungsverfahren. *„Wenn auch kein Junktim zwischen den Ermittlungen des Verfassungsschutzes und dem Ausschluß aus der GEW hergestellt werden kann, muß doch die Gewerkschaft im Interesse ihrer übrigen Mitglieder und um einer Unterwanderung vorzubeugen, strenger vorgehen als der Staat."* hieß es vom Landesvorstand. Die staatliche Reaktion zu übertrumpfen, damit blieb der Landesvorstand allein. Quaer wurde in den Bezirksfachgruppenausschuß und von diesem zum Vorsitzenden gewählt. 2 Tage vor den Weihnachtsferien kam eine erneute Vorladung der Behörde, für den nächsten Tag! Als er diese schikanöse Behandlung nicht befolgte, wurde er sofort vom Dienst suspendiert. Er habe den „*Schulfrieden*" gestört, hieß es. *„Ihr Verhalten hat am Aufbaugymnasium erhebliche ... Unruhe ausgelöst, die sich u.a. in Diskussionen und Aktivitäten von Lehrern, Eltern und Schülern niederschlug, und auch andere Kaiserslauterer Schulen in Mitleidenschaft gezogen"* habe. Außerdem seien *„angesichts der Zahl außenstehender Anhänger"* Gesundheit und Eigentum Schulangehöriger gefährdet. Gegen dieses unverschämte Vorgehen der Behörde setzen sich Eltern, Schüler und Lehrer einhellig zur Wehr. Mit dieser Definition von „Schulfrieden" könne die Behörde jede ihr nicht genehme Aktivität von Eltern, Lehrern und Schülern unterdrücken, hieß es in einer Protestresolution einer Veranstaltung am 8.1., zu der 130 Menschen gekommen waren. Am Freitag hob das Verwaltungsgericht Neustadt die Suspendierung von Quaer mit sofortiger Wirkung auf.

Die Teilnehmer an der Demonstration am Samstag, unter ihnen viele Eltern und Lehrer, beschlossen, den Regierungsrat Wulf zu einer Versammlung einzuladen, auf der er öffentlich zu dem Vorgehen der Bezirksregierung gegen den Lehrer Rüdiger Quaer Stellung nehmen soll. – (**r.**, Kaiserslautern)

Gegen den Maulkorberlaß

Darmstadt. Um weitere Schritte gegen die geplante Maulkorbverordnung für die hessischen Schülervertretungen zu beraten und zu beschließen, hatte die Schülervertretung an der Erasmus-Kittler-Berufsschule für Montag eine Tagesvollversammlung einberufen. Am Montagmorgen wurde die Versammlung von der Schulleitung verboten, ebenso die Durchführung der Klassensprecherversammlung.

Die Klassensprecher führten ihre Versammlung trotz des Verbots durch und beschlossen eine Resolution, in der die Durchführung einer Unterschriftensammlung an der Schule vorgeschlagen wird. Der Landesschülerrat wird aufgefordert, eine zentrale Demonstration gegen die Rechtsverordnung in Wiesbaden und einen landesweiten Streik durchzuführen.

In der nächsten Pause wurde versucht, die Vollversammlung trotz des Verbots durchzuführen.

50 Schüler versammelten sich im Hof und beschlossen, durch die Klassen zu ziehen. Zwar ist es nicht mehr gelungen, einen größeren Teil der Schüler zu versammeln, doch konnten in den meisten Klassen Diskussionen über die Rechtsverordnung und die Versammlungsverbote geführt werden, die beide auch bei vielen Lehrern auf Ablehnung stießen. – (**a.**, Darmstadt)

Provokation auf der ganzen Linie

Die Landesregierung will die Kaiserstühler demütigen

Wyhl. Am Mittwoch waren in Offenburg die Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den Vertretern der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen. Dazu erklärte Wirtschaftsminister Eberle am Tag drauf: „Nur in wenigen Punkten konnten wir auf die Forderungen der Bürgerinitiativen nicht eingehen." (Badische Zeitung, 16.1.) Dies gelte vor allem für das Anliegen, den Baubeginn bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Freiburg zurückzustellen.

Die Forderungen der Kaiserstühler sind also „weitgehend erfüllt", bis auf die Kleinigkeit, daß das Kernkraftwerk nun gebaut werden soll und auch nicht einmal bis zum Gerichtsbeschluß gewartet werden soll. „Dies konnten wir wegen der unübersehbaren Dauer des Verfahrens nicht akzeptieren", erklärte Eberle, „weil es für die Energieversorgung und die Sicherheit der Arbeitsplätze nicht tragbar wäre."

Als ob viele arbeitslos sind, weil es an Energie fehle und als ob die Arbeitsplätze gesichert werden durch die Ruinierung der Existenz einiger Tausend Bauern durch das Kernkraftwerk. Aber damit nicht genug: Für dies, was die Landesregierung widersinnigerweise auch noch als „Zugeständnisse" bezeichnet, verlangt sie als „Gegenleistung" eine „Erklärung der Bürgerinitiativen, daß künftige Willensbildung ... auf der Grundlage der Rechtsstaatlichkeit und demokratischen Ordnung erfolgt. Gewalt oder passiver Widerstand auf dem Baugelän de und auf den Zufahrtswegen sollen ausgeschlossen sein. Eine Einigung hierüber ist unabdingbare Voraussetzung für die angebotenen Maßnahmen." (Badische Zeitung, 16.1.)

Offensichtlich will die Landesregierung mit der Kaiserstühler Bevölkerung, die gegen die Errichtung des Kernkraftwerks kämpft, Schlitten fahren und diesen Kampf obendrein noch verhöhnen. Ohne es zu wollen, hat sie dabei jedoch die Wahrheit gesagt. Die „angebotenen Maßnahmen" zum Bau des Kernkraftwerkes sind in der Tat nur durchzuführen, wenn die Kaiserstühler Bevölkerung auf jeden Widerstand, selbst „passiven Widerstand", verzichtet. Hält die Bevölkerung ihren Widerstand ungeachtet der Befürchtungen der Landesregierung um den Bestand der „Rechtsstaatlichkleit und demokratischen Ordnung" aufrecht, wird der Bau auch nicht einfach durchzusetzen sein. Allerdings hat die kleine Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen den Drohungen der Landesregierung mit Gefängnis und Paragrafen schon weitgehend nachgegeben und außerdem die Bürgerinitiativen hintergangen. Sie hat auf der Bürgerinitiativensitzung in Weisweil es durchzusetzen vermocht, daß sie beauftragt wurde, den Antwortbrief an die Landesregierung selbst zu schreiben, weil das „schneller gehe". Am nächsten Tag war dann in der Zeitung zu lesen, daß sie das „Angebot" als „möglichen Schritt zur Einigung" sehe. Das Angebot der Landesregierung reiche allerdings noch nicht aus, „die Bürger von der Unschädlichkeit des Kernkraftwerkes zu überzeugen".

Sie haben sich also schon weitgehend zu Hampelmännern der Landesregierung gemacht. Von den 200 Anwesenden der Versammlung am Freitag hatten viele Redner klar gemacht, daß jetzt Schluß sein müsse und die Verhandlungen abgebrochen werden müssen. Trotzdem haben von 38 Stimmen 23 der kleinen Verhandlungskommission das Mandat verlängert und ihr den Auftrag gegeben, den Antwortbrief zu schreiben. Allerdings haben einige von den Bürgerinitiativen mehrere Stimmen. Die Aktion Umweltschutz hat für all ihre Untergruppen und Arbeitskreise abgestimmt, was ein völliger Betrug ist.

Die Position der kleinen Verhandlungskommission bedeutet Kapitulation. Dagegen sind die Provokation der Landesregierung zurückzuweisen und die Verhandlungen abzubrechen und ist zu erklären: Bevor der erste Stein gesetzt werden kann, muß der Platz wieder besetzt sein! Dafür einzutreten, ist unsere Aufgabe. - (**r.**, Emmendingen)

Über 1000 demonstrierten gegen Fahrpreiserhöhung

Wuppertal. Weit über tausend Menschen demonstrierten am Samstag gegen die Erhöhung der Fahrpreise. Schon am Samstag davor hatten über 400 Menschen gegen die Erhöhung demonstriert. Die Hetze der bürgerlichen Presse die ganze Woche über gegen die Gegner der Fahrpreiserhöhungen hatte dem Stadtrat nichts genützt, die Bewegung gegen die Teuerung hat einen großen Aufschwung genommen. Nach der Kundgebung, an der über 1 500 Menschen teilnahmen, wurde eine Straße besetzt. Die Polizei riegelte daraufhin die Straße ab und verhaftete willkürlich eine Reihe von Demonstranten.

Für Montag forderten das Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Kommunistische Gruppe Wuppertal auf, auf der Stadtratssitzung die Forderungen gegen die Ausplünderungspolitik des Stadtrats deutlich zu vertreten. Auf diese Ankündigung hin erklärte der Stadtrat die Sitzung für nicht öffentlich und verbarrikadierte sich hinter allen in der Stadt verfügbaren Polizeikräften. Etwa 100 Menschen versammelten sich vor dem Rathaus. Trotz mehrerer Verhaftungen gelang es immer wieder größere Diskussionsgruppen zu bilden und die Politik des Stadtrats anzuprangern.

Marschbauern gegen KKW Unterweser

Nordenham. 200 Menschen, die meisten Bauern aus der Wesermarsch, zogen am Samstag mit Treckern und Personenwagen zum Kernkraftwerk Unterweser in Esensham, um gegen den Betrieb des schon fertiggestellten Atommeilers zu protestieren. Die Demonstration wurde als „Evakuierungsübung" für den Fall eines Atomunfalls durchgeführt und die Bauern bewiesen durch die Sperrung der B 212, des einzigen Fluchtweges aus der Marsch, daß die ganzen Evakuierungspläne sowieso für die Katz sind.

Die Öffentlichkeit aus dem Gerichtssaal geprügelt

Osnabrück. Gegen den Vorsitzenden der Initiative gegen die Sanierung der Osnabrücker Innenstadt, Holger Baum, sollte in der letzten Woche der Revisionsprozeß wegen „Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" durchgeführt werden. 225 DM Geldstrafe hatte die erste Instanz verhängt. Über hundert Menschen kamen am Prozeßtag und verlangten Einlaß. Der Gerichtssaal war mit einer Schulklasse und einigen Zivilpolizisten schon vorher gefüllt worden. Als die draußen Stehenden die Wachen beiseiteschoben und in den Saal drängten, ließ der Richter über dreißig Polizisten – mit scharfen Hunden – den Saal freiknüppeln, bis auf die Schulklasse. Der Überfall war offensichtlich sorgfältig vorbereitet. Als der Richter sich dann den Stuhl zurechtrückte und die Verhandlung eröffnete, weigerten sich der Angeklagte und sein Anwalt, unter diesen Umständen an der Verhandlung teilzunehmen. Als sie den Saal verließen, klatschte die Schulklasse, die bisher alles sprachlos mitverfolgt hatte, Beifall. Auf einer kurzen Kundgebung vor dem Gericht, bei der rund 350 DM für die Prozeßkosten gesammelt wurden, verlas Baum die für den Prozeß vorbereitete Stellungnahme, in der er aufzeigte, daß es dem Staatsapparat nicht bloß darum geht, die Sanierung durchzusetzen, sondern zugleich darum, dem Volk alle Rechte zu nehmen, die es braucht, um seine Interessen gegenüber dem bürgerlichen Staat zur Geltung zu bringen.

Streikziel erreicht

Marburg. Wie in der letzten KVZ berichtet, traten die Studenten der Zahnmedizin in Marburg in den Streik, da infolge der Einsparung von vier wissenschaftlichen Angestelltenstellen 27 von ihnen ihre Ausbildung nicht weiterführen konnten. Fast hundertprozentig beteiligten sich die Studenten der Zahnmedizin an dem Streik. In der Universität und der Stadt wurden rund 2 500 Unterschriften für die Forderungen der Streikenden gesammelt. Diese waren: Sofortige Besetzung der vier wissenschaftlichen Angestelltenstellen, Weiterausbildung der 27 Zahnmedizinstudenten. Am Mittwoch hat der Universitätspräsident den Dekan des Fachbereiches Humanmedizin angewiesen, unverzüglich die vier vakanten Stellen zu besetzen. Darüberhinaus teilte er ihm mit, daß die für die Universität beschlossenen Stellensperren für den Fachbereich nicht in Kraft treten würden.

Liste Aktionsprogramm stellt AStA-Vorsitzenden

Kiel. An der Pädagogischen Hochschule wurde mit 15 zu 14 Stimmen der Kandidat der Liste Aktionsprogramm zum neuen Vorsitzenden des Allgemeinen Studentenausschusses gewählt. Die Liste Aktionsprogramm, die vor den Wahlen auf Vorschlag der Roten Zellen ein Aktionsprogramm vorgelegt hatte, war aus den Wahlen mit 10 Kandidaten als stärkste Fraktion hervorgegangen. Den vorherigen Allgemeinen Studentenausschuß stellten die Jusos.

Die Urabstimmung wird durchgeführt

Tübingen. Wie bereits gemeldet, wurde an der Universität Tübingen vom 12. bis 21. Januar eine Urabstimmung durchgeführt. Entschieden werden sollte, ob die Tübinger Studenten Ende Januar eine Woche in den Streik treten. Wie weiterhin berichtet, hat der Universitätspräsident diese Urabstimmung verboten, die Urnen wollte er beschlagnahmen lassen. Daraufhin rief der Allgemeine Studentenausschuß zu einer Vollversammlung auf, in der das weitere Vorgehen der Studenten beschlossen werden sollte. Über 600 Studenten beschlossen bei wenigen Gegenstimmen, die Urabstimmung auch gegen das Verbot des Universitätspräsidenten weiter durchzuführen.

Professoren sperren Studenten von Vorlesungen aus

Freiburg. Um gegen die Ordnungsverfahren gegen Studenten zu demonstrieren, die führend am Streik im Dezember beteiligt waren, zogen am Dienstag Mitglieder der Fachschaftsgruppe Geschichte in die Vorlesung des Herrn Professor Winkler. Um die Rechtlosigkeit der Studenten auszudrücken, hatten sie alle schwarze Kapuzen über ihre Gesichter gezogen. Die Reaktion des Profesor Winkler war die Antwort eines völlig verängstigten, wild um sich schlagenden Reaktionärs. Er brach die Vorlesung ab, verließ fluchtartig den Saal und berief eine „Versammlung der Lehrenden" ein, die beschlossen hat, daß bis Samstag alle Lehrveranstaltungen der Philosophischen Fakultät ausfallen sollen. Welch ein Willkürakt dieser Knechte der Kultusbürokratie, rund 2000 Studenten auszusperren wegen 12 Kapuzenmännern, die die Rechtlosigkeit der Studenten zum Ausdruck gebracht haben! Diesem neuerlichen Akt völliger Willkür werden die Freiburger Studenten entgegentreten.

Mensaboykott gegen staatliche Ausplünderung

In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wurden zu Jahresbeginn die Mensapreise erhöht. Ebenso an der Technischen Universität Braunschweig. In vielen Universitäten beider Bundesländer haben die Studenten Notmensen eingerichtet, den Mensaboykott organisiert und darüber beraten, wie man dieser Ausplünderungsmaßnahme des bürgerlichen Staates entgegentreten kann. Während die Landesregierungen versuchen, die gesamten Kosten der Mensen auf die Studenten abzuwälzen, verbreitet sich unter den Studenten die Forderung, daß die studentischen Sozialeinrichtungen von den Studenten selbst verwaltet und durch den Staat finanziert werden müssen.

Universität Hamburg

6000 fordern: „Weg mit dem Ultimatum"

Hamburg. Zwischen fünf- und sechstausend Studenten demonstrierten am Freitag, dem 16. Januar, gegen ein Ultimatum des Hochschulamtes, mit welchem der Allgemeine Studentenausschuß der Universität gezwungen werde sollte, fünf Flugblätter aus dem Haushalt des Wintersemesters 1973/74 zu streichen. Begründung: Die Flugblätter hätten sich gegen den Militärputsch in Chile gewandt und damit „rechtswidrig" das politische Mandat wahrgenommen.

Die Demonstration war bestimmt von den Forderungen: „Weg mit dem Ultimatum!" Für die gesetzliche Verankerung der Verfaßten Studentenschaft mit Politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!" Entschlossen wurde gerufen: „Wenn das Ultimatum bleibt, sind wir Studenten streikbereit!", „Erpressen will uns der Senat, Kampf ums Politische Mandat!", „Wir halten unseren AStA, und damit basta!", „Weg mit den Berufsverboten!" „Weg mit dem Maulkorbparagraph 88 a!", „Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf!", „Weg mit dem Ordnungsrecht!"

Vorausgegangen war der Demonstration am Mittwoch eine Vollversammlung der Studenten. Zwischen drei- und viertausend erklärten: Wir lassen uns das Politische Mandat nicht nehmen.

Beschlossen wurde: Ab sofort wird ein Warnstreik durchgeführt. Und falls der Staat das Ultimatum nicht zurücknimmt, findet am nächsten Mittwoch eine erneute Vollversammlung statt, um über die Fortführung des Kampfes zu beschließen.

Die Behörde hatte so kalkuliert: Mit dem Ultimatum versetzen wir dem Allgemeinen Studentenausschuß einen Schlag und bereiten seine Zerschlagung als Vertretungsorgan der Studenten vor. Damit bereiten wir gleichzeitig weitere Schläge vor, um die Kämpfe zu ersticken, die schon das ganze Semester über sich entwickelt hatten und während der Aktionstage im Dezember ihren Ausdruck in einer großen Demonstration von 3 500 Studenten gefunden hatten.

Die Behörde hat sich gründlich verkalkuliert. Als das Ultimatum am 17. Januar ablief, da hat die Studentenschaft keinen Zentimeter nachgegeben. Im Gegenteil: Das Ultimatum hat zu einer Verstärkung der Kampftätigkeit geführt und im Streik wurden alle Rechte verteidigt und der Spielraum erweitert.

Wollte der Staat voranschreiten, um die freie wissenschaftliche und politische Betätigung weiter einzuschränken, so erging es denjenigen der Professoren schlecht, die es wagten, frech die Studenten anzugreifen. Der Anglistik-Professor Kleinstück z.B., ein bekannter Reaktionär, hat frühmorgens einige Plakate und Wandzeitungen abgerissen. Jetzt klebt an seiner Tür mit dem Holz fest verbunden eine Anklageschrift, und auf einer Versammlung der Studenten der Geisteswissenschaftlichen Fakultäten wurde eine Resolution einstimmig verabschiedet, in der festgestellt wird, daß man mit einem einzelnen Professor schon lange fertig wird, wenn man den Staat zu schlagen beabsichtigt.

Kratzel, ein Slawistik-Professor, beging den Fehler, ausgerechnet im ständig stark belebten Foyer des Philosophenturms (12 Stockwerke) Wandzeitungen abreißen zu wollen. Das Abreißen sei „seine dialektische Gegenthese gegen den Streik", meinte er. Und da er von Dialektik nichts versteht, fiel er danach gleich auf die Schnauze. „Sie sind Zeuge", rief er zu dabeistehenden Studenten: Gelächter. „Ich trete in den Hungerstreik!": schallendes Gelächter. Und: „Hoffentlich verhungern Sie!" Danach mußte er sich trollen. Solche Vorfälle gab es viele.

Der Staat verweigert den Studenten schon lange Räume, und sein Angriff zielt darauf ab, die Wahrnehmung des politischen Mandats zu verhindern. Morgens waren zum Teil die Räume abgeschlossen. Kurz danach waren sie alle offen, und die Studenten bestimmten in weiten Teilen der Universität, wo etwas stattfindet und wo nicht. Überall waren Streiklokale. Gegen den § 218 fand eine Versammlung statt. In mehreren Räumen wurde in verschiedenen Schüben den ganzen Tag über das Hochschulrahmengesetz diskutiert.

Die Professoren, die täglich als Hochschulpolizei die Studenten mit Leistungsnachweisen, Prüfungen, neuen Studienplänen schikanieren und unterdrücken, gerieten aus dem Häuschen und riefen Gewalt, Terror, Hausfriedensbruch, die Wissenschaft ist in Gefahr. Beeindrucken konnten sie kaum jemand. Und mit der Tatsache konfrontiert, daß die Studenten sich der Staatsgewalt widersetzten, wurden sie ganz hilflos und verschwanden, wie etwa der Historiker Professor Moltmann, der sich aufplusterte: „Ich zähle: eins, zwei, drei!" Dann mußte er selbst gehen.

Am Donnerstagfrüh haben sie noch den Universitätspräsidenten Fischer-Appelt geholt, damit er nach dem Rechten sähe. Leider wurde er zu spät erkannt und konnte in den Philosophenturm entwischen. Alle Ausgänge wurden nun besetzt. Gesehen wurde er nicht mehr. Er muß sich durch den Keller verdrückt haben.

Der Streik mußte gegen den MSB/SHB-AStA erkämpft und durchgeführt werden. Schon auf der Universitätsvollversammlung im Dezember wurde der AStA nahezu einstimmig (nur gegen einige SHB-ler) verpflichtet, sich von seiner vor Gericht abgegebenen Erklärung zu distanzieren, wonach er sich bezüglich des Politischen Mandats an „Gesetz, Recht und Rechtsprechung" halten wolle. Durch die Hintertür versuchte der AStA seine Auffassung der Vollversammlung wieder unterzujubeln. Der Kampf um das Politische Mandat sei der Kampf für die Verwirklichung und Verteidigung des Grundgesetzes.

Er mußte eine Abstimmungsniederlage hinnehmen. Die Studenten wollten ihre Rechte gegen den Staat verteidigen, aber nicht das Grundgesetz.

Während der Streiktage gab der MSB oft eine lächerliche Figur ab. Dort, wo entschieden gestreikt wurde, stand er in der fünften Reihe und mußte mitmachen; nicht selten allerdings entschuldigte er sich hinterher beim Professor. Die Quittung bekam der MSB auf seiner zentralen Veranstaltung mit dem MSB-Mitglied Uwe Knickrehm, heute im VDS-Vorstand, in Hamburg noch gut bekannt. So gut bekannt, daß ihn lediglich zwischen 60 und 100 Studenten, meist MSB-Mitglieder und keineswegs alle, hören wollten.

In Vorbereitung des Streiks und während des Streiks hat es sich herausgestellt, daß die Studenten sich organisieren müssen, um den Kampf erfolgreich zu bestreiten. In den meisten Instituten fanden regelmäßig Aktionsberatungen statt, auf welchen sie nächsten Schritte festgelegt und organisiert wurden. Bei den Lehrerstudenten nahmen zum Teil über 100 Studenten an diesen Beratungen teil. Am Philosophenturm am Donnerstagfrüh 600, und abends zwischen 300 und 400. Insgesamt haben über 2 000 Studenten den Streik aktiv organisiert.

Die Behörde hat das Ultimatum nicht zurückgenommen. Senator Bialas verkündete, daß er nunmehr die ehemaligen AStA-Vorsitzenden direkt zur Kasse bitten und vor Gericht zerren will. Den Streik der Studenten bezeichnete er als „Schildbürgerstreich". Die Universitätsvollversammlung am Mittwoch wird wohl beschließen, diesen „Schildbürgerstreich" fortzusetzen. – (**t.,** Hamburg)

Universität Freiburg

Die bürgerliche Hochschulfassade zeigt tiefe Risse

Der Wahlausschuß für die Wahlen zum Studentenparlament an der Universität Stuttgart-Hohenheim, eingesetzt vom Rektor und zusammengesetzt mehrheitlich aus Hochschulbeamten, hat sich zu folgender politischer Anmaßung in der vergangenen Woche entschlossen:

„Für einen AStA, der dem Kampf der Studenten um ihre Rechte dient und die Kämpfe des Volkes unterstützt!" ist der Name der Liste, auf der Mitglieder der Kommunistischen Hochschulgruppe Stuttgart und unorganisierte Studenten für die Studentenvertretung kandidieren. Diesen Namen der Liste hat der Wahlausschuß nicht zugelassen, da ein AStA, der „die **Kämpfe** des Volkes unterstützt", aktiv das Politische Mandat wahrnähme. Dies sei der Studentenschaft verboten.

Um dieser Provokation einen Schafspelz umzuhängen, boten die Universitätsbeamten einen Kompromiß an: Anstatt namentlich die Unterstützung der Kämpfe des Volkes dem AStA zur Aufgabe zu stellen, solle die Liste dem AStA als Programm geben, daß er „*die berechtigten Anliegen des Volkes anerkennt*", daß er „*die Interessen des Volkes unterstützt*", „*sich mit den Interessen des Volkes verbunden fühlt*" usw.

Man sieht: Am meisten fürchtet die herrschende Klasse keineswegs den Kampf der Studenten, sondern daß die Studentenmassen in solchen Kämpfen für ihre Rechte an der Hochschule erkennen, daß der bürgerliche Staatsapparat ihr Feind ist und daß man auf seiten der Arbeiterklasse und des Volkes teilnehmen muß am Klassenkampf bis zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und zum Sturz der Ausbeuterherrschaft.

Schon die bloße Propaganda der Unterstützung und Teilnahme an den Kämpfen des Volkes gegen den bürgerlichen Staatsapparat wie durch den Namen der Liste bedeutet für die herrschende Klasse einen Schlag, der mit Einschränkung von Vertretungsrechten, mit Unterdrückung der freien politischen Betätigung und mit dem Ordnungsrecht an der Hochschule verfolgt wird.

Studenten, die im Kampf für politische Freiheiten und Vertretungsrechte an der Hochschule ihre politische Selbständigkeit gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat behaupten und eintreten im Kampf für Rechte des Volkes wie z.B. Beseitigung des Strafparagraphen 218, Aufhebung des Gewaltschutzparagraphen, Einstellung aller politischen Anhörungen und Überprüfungen im öffentlichen Dienst und die die Aufhebung des Beamtenrechts und des KPD-Verbots fordern; wie sollen solche Studenten brauchbar sein der herrschenden Klasse als Angestellte oder Beamte zur Unterdrückung des Volkes und zur Verteidigung der Ausbeuterherrschaft?

Wenn die Hochschulfassaden ausdrücken könnten, was hinter ihnen vorgeht, müßten sie tiefe Risse zeigen. Denn politische Zerrissenheit prägt die bürgerliche Hochschule. Bei den reaktionären Absichten, die besitzlosen Studentenmassen in Feinde der Kämpfe des Volkes zu verwandeln, türmen sich Schwierigkeiten um Schwierigkeiten vor der Bourgeoisie auf. Die herrschende Klasse greift zu Unterdrückung und zu Züchtigungsmaßnahmen. Darauf antworten die Studentenmassen mit Widerstand und Kampf. Wie sollen auch Polizeigewalt oder „Kompromisse", wie sie die Stuttgarter Beamten vorschlagen, die Erfahrung beseitigen, daß diese herrschende Klasse abgewirtschaftet hat, und die Erkenntnis verhindern, daß nur die Herrschaft der Arbeiterklasse der Gesellschaft eine Zukunft bieten kann? h.j.

Hassel, Amerongen, Kohl – raus

Freiburg. Vergeblich war der Versuch des CDU-Parteivorsitzenden Kohl während eines Vortrags an der Universität Freiburg, seine reaktionäre Politik und seine Hetze gegenüber der Studentenbewegung an den Mann zu bringen. Schon in der Woche zuvor war es zweien seiner Gesinnungsfreunde, dem ehemaligen Bundestagspräsidenten v. Hassel und dem Kapitalistensprecher v. Amerongen, ähnlich ergangen. Hassel wurde von einem Sprecher des Chile-Komitees aufgefordert, zu seiner Rolle als Unterstützer der chilenischen Militärjunta Stellung zu nehmen. Mehr als ein Herumgerede brachte er aber nicht heraus, und unter dem Sprechchor „Hassel raus aus der Uni!" mußte er schließlich abbrechen und den Saal verlassen.

Wolff v. Amerongen versuchte auf einer Veranstaltung am nächsten Abend seine reaktionäre Ideologie vom Kapitalisten als „schöpferischem Element" der Wirtschaft loszuwerden. Auch das kam bei den Studenten nicht an, und Amerongen mußte nach einiger Zeit den Saal verlassen, was von den Versammelten in einer Resolution ausdrücklich begrüßt wurde.

Montag dieser Woche erschien nun der CDU-Vorsitzende Kohl, begleitet von viel Polizei. Aber von Anfang an wurde seine Rede von der Mehrheit der 3 000 Anwesenden, wovon rund 2 000 im Saal keinen Platz gefunden hatten, durch Sprechchöre gegen den § 128, gegen den § 130 a (88 a), gegen den Schieß-Erlaß und das Ordnungsrecht an den Hochschulen unterbrochen. Unter dem Schutz von Tränengas und Polizeiknüppel verließ er kurz darauf den Saal. Gegen Ende der Veranstaltung wurde bei noch über 800 Anwesenden eine Resolution beschlossen, in der es heißt: „Die Versammlung begrüßt es ausdrücklich, daß Kohl zum frühzeitigen Abbruch seines geplanten Hetzreferates gezwungen wurde und er samt Anhang und Polizei noch vor 21 Uhr die Universität verlassen mußte."

Mittlerweile wird in Nachrichten und Presse berichtet , ein Sicherheitsbeamter Kohls sei durch einen Messerstich in der Universität verletzt worden. Es soll damit wohl der Eindruck erweckt werden, als sei es nicht die Empörung von über Zweitausend gewesen, die Kohl von der Universität gejagt habe. Selbst die Polizei mußte mittlerweile zugestehen, daß der Täter nicht aus den Reihen der Demonstranten stammt.

Streikurabstimmung der Medizinstudenten

In den meisten Universitäten führen die Medizinstudenten seit 19.1. eine Urabstimmung über einen Streik an allen medizinischen Fakultäten in der Zeit vom 28./29.1. durch.

Urabstimmung und Streik richten sich gegen die Bedingungen, welche der bürgerliche Staat den Medizinstudenten in ihrer praktischen Ausbildung diktieren will. Die neue Approbationsordnung sieht anstelle der bisherigen Medizinalassistenzzeit ein praktisches Jahr in den Kliniken vor. In diesem praktischen Jahr sollen die auszubildenden Mediziner aber den Status von Studenten behalten und bleiben somit völlig rechtlos gegenüber der Klinikleitung und materiell ungesichert.

Demgegenüber fordern die Medizinstudenten für das praktische Jahr zu Recht ihre Anerkennung als auszubildende Lohnabhängige. Denn nur so können sie sich davor schützen, als billige Arbeitskräfte am Krankenhaus eingesetzt und als Lohndrücker gegen die Krankenhausbelegschaft verwandt werden zu können. Urabstimmung und Streik werden daher unter den Forderungen nach einem Tarif- und Ausbildungsvertrag, nach dem Recht auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einschließlich Streikrecht, Vertretung durch den Personalrat und unter der Forderung nach einem Lohn von mindestens 700 Mark im praktischen Jahr durchgeführt. Die Reaktion der staatlichen Bürokratie auf diese fortschrittliche Bewegung unter den Medizinstudenten zeigte sich bisher am deutlichsten in Bayern und Freiburg: Dort wurden die Urabstimmungen verboten.

Streik an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Landau

Landau. Mit über 90 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 54 Prozent) beschlossen die Studenten der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Landau in einer Urabstimmung die Durchführung eines aktiven Streiks vom 19. bis 24. Januar. Der Streik soll nur nachmittags durchgeführt werden. Der Streik richtet sich gegen die Verschlechterung der materiellen Studiensituation, gegen die Nichtübernahme von Lehrerstudenten in das Referendariat und gegen die Nichtübernahme von Lehramtskandidaten in den Schuldienst.

Die „Wehrkunde" setzte sich mit einem KVZ-Artikel auseinander

Das Heimatschutzkommando 18 im Manöver „Große Rochade" – nach Leutnant Patzelt

Die Zeitschrift „Wehrkunde" ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Was darin geschrieben wird, ist trotzdem wichtig. Die Zeitschrift wird hauptsächlich von aktiven Offizieren und Reserveoffizieren der Bundeswehr gelesen. Ansichten, die in der „Wehrkunde" verbreitet werden, begegnen so unvermeidlich dem wehrpflichtigen Soldaten im politischen Unterricht, wie sie auch dem Schüler begegnen, der nicht selten Reserveoffiziere als Lehrer hat.

In Nr. 12/75 läßt der Chefredakteur der „Wehrkunde", Generalleutnant a.D. Meyer-Detring, den Leutnant der Reserve Werner J. Patzelt einen fast zweiseitigen Aufsatz gegen den Gefreiten der Reserve m.b. schreiben, der sich in KVZ Nr. 38/75 zum Manöver „Große Rochade" und der Rolle der Heimatschutzkommandos geäußert hat. Der Aufsatz beginnt folgendermaßen:

„‚Die militärische Konsequenz für das Manöver ‚Große Rochade' ist die, daß ‚Heimatschutzkommandos' den Krieg gegen das eigene Volk proben': so die ‚Kommunistische Volkszeitung' in ihrer Nr. 38, und wer hier angesprochen wird, das ist niemand anderer als das Heimatschutzkommando (HSchKdo) 18 unter seinem Kommandeur Oberst Brandt. Aufgebaut unter dessen Vorgänger Oberst Völkl seit Beginn der siebziger Jahre und zum erstenmal voll aufgestellt im Herbst 1973 zur Übung ‚Raubvogel' hat es inzwischen offensichtlich solche Bekanntheit erreicht, daß es heute auch militärisch kaum versierten Kreisen zumindest als Objekt von Kritik zu gelten vermag. Indessen kann handfestes Wissen über das Kommando und seinen Einsatz auch solch rührend selbstsicherer Beurteilung wie oben kaum schaden, sie vielmehr zurechtrücken und dazu beitragen, einen wesentlichen Bestandteil des deutschen Territorialheeres besser ins allgemeine Wissen und Bewußtsein einzubinden."

Man sieht, der militärpolitische Haudegen Patzelt hat sich allerhand vorgenommen. Er leistet es im weiteren auch. Wenn tatsächlich Schwierigkeiten bestanden hätten, aus dem Verlauf der Übung „Große Rochade" den Charakter der „Heimatschutzkommandos" zu beweisen, so liefert der Leutnant jetzt Punkt für Punkt die Argumente.

Das wird mit der „handfesten" Darstellung des Auftrags der „Heimatschutzkommandos" begonnen. Er besteht laut Patzelt darin, „die Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte im Hinterland zu gewährleisten".

Es fällt auf, mit welcher Geschwindigkeit sich unter der Feder unseres wackeren Patrioten die „Heimat", die angeblich „geschützt" werden soll, in ein „Hinterland" verwandelt, in dem bloß noch die „Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte" etwas gilt.

Offensichtlich gibt es da einen Störfaktor im Hinterland, der die „Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte" einschränkt. Und die „Heimatschutzkommandos" üben, diesen Störfaktor militärisch zu bekämpfen. Es kann also nicht das Wetter oder das Gelände sein. Der Gefreite m.b. der Reserve ist der Meinung, das könne nur das Volk selber sein. Wir meinen, wer's dem Gefreiten in der KVZ Nr. 38/75 nicht geglaubt hat, der kann es schlüssig der Patzeltschen Auftragsbestimmung der Heimatschutzkommandos entnehmen, zumal diese unter der Chefredaktion eines Generalleutnants, und wenn er auch a.D. ist, druckgelegt wurde.

Wem das nicht Argument genug ist, mag weiter verfolgen, wie der „militärisch versierte" Leutnant Patzelt einen „Kerngedanken des Territorialheeres" darlegt.

Er rühmt dessen „weiträumige Dislozierung", das heißt, daß die Reservisten aus ziemlich großen Landstrichen zusammengezogen werden. „Bei im Ganzen heimatnahem Einsatz soll neben hohem Ausbildungsstandard vor allem die gute Ortskenntnis der jeweils aus der näheren Umgebung rekrutierten Soldaten die Kampfkraft stärken!"

Ja freilich, „im Ganzen heimatnah". Die Heimatschutzkommandos werden also keineswegs parallel zu den Ortschaften, zu den Kreisen oder gleich gar zu den Fabriken gebildet. Mit der Methode der „weiträumigen Dislozierung" soll genauso wie beim stehenden Heer erreicht werden, daß alle bestehenden und gewachsenen sozialen Verbindungen der Truppe zu den Volksmassen durch Ortswechsel und kasernenmäßige Isolierung abgerissen werden, so daß die „Truppe" einsatzfähig bleibt, auch wenn es um so hohe Werte wie die „Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte" geht.

Wir möchten darauf hinweisen, daß militärisch aus der „weiträumigen Dislozierung" nichts gefolgert werden kann als eine Schwächung der Kampfkraft der Heimatschutzkommandos. Verschenkt wird die unerhört rasche Fähigkeit der Mobilisierung von Milizen, verschenkt wird die Fähigkeit von solchen Volksbewaffnungen, sich überrollen zu lassen und im Rücken des Gegners den Kampf aufzunehmen. Verschenkt wird die Tatsache, daß solche Verbände sich in großem Umfang der Unterstützung der zivil gebliebenen Bevölkerung, mit der sie fest verbunden sind, erfreuen.

Diese ganzen militärischen Vorteile muß die imperialistische Wehrverfassung verschenken, weil sie sich gegenüber einem Staat, der einen ungerechten Krieg führt, unvermeidlich in Nachteile verwandeln. Insbesondere wo es um die „Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte" geht, ist es sicher, daß eine solche Volksbewaffnung ganz andere Ziele erheben würde.

Jedenfalls sind die militärischen Nachteile, die durch die „weiträumige Dislozierung" in Kauf genommen werden müssen, bloß erklärlich aus der Tatsache, daß man als herrschende Klasse die Volksmassen in einer Stadt, einem Ort, einer Fabrik nicht bewaffnen wird zu dem Zweck, daß sie sich selber niederhalten. Denn dies werden sie nicht tun, sondern anstatt der „Heimat" und dem „Hinterland" lieber sich selber schützen. Nach aller Wahrscheinlichkeit sogar gerade vor der Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte.

Es folgt im Aufsatz dann eine „militärisch versierte" Darstellung des Einsatzes des Heimatschutzkommandos 18 bei der Übung „Große Rochade", die man in dem Satz zusammenfassen kann: Es begann mit einem Paukenschlag, und links waren andere wie rechts und wir waren in der Mitte, und vorn war es anders wie hinten, und am Anfang war es anders wie am Ende, und überhaupt war es hinten höher wie vorn, und gewesen ist es zwischen Pfatter und Mitthartshausen, wenn es nicht links oder rechts davon war. Wer's nicht glaubt, soll es nachlesen, mehr steht da nicht. Außer vielleicht, daß der „Stab zum Rochieren nach Alkofen gebracht" wurde.

Die ganze ziel- und begriffslose Aneinanderreihung von „militärisch versierten" Vokabeln wird dann auch noch als „ein Blick von oben" ausgegeben. Der Unterbau des Patzeltschen Feldherrnhügels besteht offensichtlich aus dem Mist, der den jungen Offizieren auf Fähnrichslehrgängen erzählt wird.

Das einzige, was in diesem Abschnitt eventuell als Vermittlung von handfestem Wissen aufgefaßt werden kann, ist die Erwähnung der Tatsache, daß Alfons Goppel, Ministerpräsident des Freistaates Bayern sowie etliche Militärattachés aus aller Herren Länder da waren, was auch prompt als krönender Abschluß dasteht.

Leutnant der Reserve Patzelt schließt dann seinen Aufsatz ab mit einem Abschnitt, den er „Ergebnis" überschrieben hat und den er mit folgendem Satz einleitet: „Überblickt man nun jenseits von befriedigter Erinnerung analytisch, was die ‚Große Rochade' dem Heimatschutzkommando gebracht hat, so lassen sich etliche aufschlußreiche Aussagen über diesen Großverband machen."

Wer es unternimmt, eine „Analyse jenseits von Erinnerung" zu beginnen, der mag sich nichts dabei denken, auch gleich „etliche aufschlußreiche Aussagen" zu versprechen. Die alte Leutnantweisheit, daß Bescheidenheit zu nichts führen kann außer Beförderungsverzug, schlägt durch.

Folgerichtig besteht gleich die erste „aufschlußreiche Aussage" in einer gewöhnlichen Ungereimtheit:

„Typisch für das HSchKdo 18 ist seine ‚Mischung' aus aktiven Soldaten, MobReservisten und Soldaten der aktiven MobErgänzung. Ihre Zweckmäßigkeit bei der Besetzung der vielen Geräteeinheiten scheint festzustehen, wenn sich auch daneben die ‚Führung von Reservisten durch Reservisten' bewährt hat."

Was jetzt, wie jetzt, warum jetzt? Während die „Mischung", „typisch" ist und „zweckmäßig" zu sein „scheint", hat sich die Führung von Reservisten durch Reservisten „auch" bewährt.

Wir wollen versuchen, diesen Gedankenbrei aufzuschließen. Zwei Seelen wohnen hier in Patzelts Brust. Die eine legt Wert darauf, daß ein „Heimatschutzkommando" auch ohne einen Kaderstamm, der vom stehenden Heer gestellt wird, militärische Aufgaben erfüllen kann. Und offensichtlich hat er die Erfahrung gemacht, daß die Besetzung der Geräteeinheiten durch Reservisten nicht problematisch ist, weswegen die Zweckmäßigkeit der „typischen Mischung" ihm auch bloß „festzustehen scheint".

Es ist ja auch wirklich klar. Die Reserve des Wehrpflichtheeres bildet die Arbeiterbevölkerung des Landes. Sie trägt bekanntlich die gesamte Produktion und betätigt die kompliziertesten Maschinen. Für den gesunden Verstand hat es nichts Erstaunliches, daß solche Soldaten keine größeren Schwierigkeiten haben, fertig zu werden mit dem „Gerät" der Bundeswehr. Dies wird Patzelt in der Übung gesehen haben. So ergibt sich ihm schlüssig, daß eigentlich die „Führung von Reservisten durch Reservisten" ohne weiteres möglich wäre.

Die andere Seele in Patzelts Brust sagt ihm, was befohlen ist befohlen, und General weiß schon was er macht.

Heimlich flüstert sie ihm wahrscheinlich sogar zu, wenn nicht ein starker Kaderstamm da ist, der das Heimatschutzkommando durchsetzt, dann werden die Reservisten in ihrer Masse nicht daran denken, für die Bourgeoisie zu sterben oder zu kämpfen. Sie werden auch nicht mehr gehorchen. Sie werden vielleicht die Offiziere totschlagen und den Krieg auf ihre eigene Rechnung, nämlich gegen die herrschende Klasse führen. Vielleicht ist es doch gut, wenn es eine starke Stammtruppe gibt, der der Kadavergehorsam eingedrillt ist?

Nach unserer Meinung handelt es sich hier bei der „typischen Mischung" um den gleichen Grundsatz wie bei der „weiträumigen Dislozierung" vorhin:

Eine Truppe, die für Unterdrückungszwecke aus den Volksmassen zusammengezogen werden muß, muß nicht nur räumlich und rechtlich von den Volksmassen getrennt werden, denen sie sich direkt zugehörig fühlt, das allein reicht nicht. Sie muß auch ihrerseits von innen heraus unterdrückt werden. Das ist mit den paar Reserveoffizieren nicht zu machen. Daher die „Mischung".

Wie um dies zu beweisen, schafft der Leutnant d.R. Patzelt auch gleich noch einen „aufschlußreichen" Begriff von der „zivilmilitärischen Zusammenarbeit".

Damit meint er ausdrücklich die Schaffung einer festen Verbindung von Heimatschutzkommando zur Polizei, nicht etwa zur „Zivilbevölkerung".

Es ist klar, das Heimatschutzkommando wird zum Krieg gegen das eigene Volk ausgebildet. Und da ist eine feste Funkverbindung zur Polizei erforderlich.

Während man also die Verbindung mit der Polizei durch Funksprechanlagen übt, wird die „zivilmilitärische" Verbindung zur „Bevölkerung" dann über Kimme und Korn hergestellt. Das wird bloß nicht klar gesagt, aber geübt wird es.

Die niederbayrischen Bauern haben den Soldaten öfter mal eine Brotzeit und einen Schluck Bier gegeben. Sie wissen, wie es beim „Barras" ist, waren sie doch selber dort. Insbesondere die Mannschaften haben sie gut behandelt.

Es kann leicht sein, daß der Leutnant der Reserve die niederbayrischen Bauern genauso wenig versteht wie „Manöver", „Militär", „Geräte" und vor allem Politik.

Wenn es je dazu kommt, daß sich Patzelt zwischen „Pfatter und Mitthartshausen" einquartiert, um „die Operationsfreiheit der verbündeten Streitkräfte zu gewährleisten", so werden die guten Leute in dieser Gegend bald eine Gelegenheit suchen und finden, ihm den Maßkrug nicht zum Trunk zu langen, sondern auf eine passende Stelle am Hinterkopfe. – **(f)**



„Einsatzverpflegung" (EPA), wie sie die Bundeswehrführung auf Übungen an die Soldaten ausgibt, soll jetzt mit der Kantinenreform über die Kantinen verhökert werden.

Kantinenreform – ein faules Ei!

Schwanewede. Während am 1.1.1976 im Fernsehen berichtet wird, welch einen Fortschritt die neue Kantinenreform bedeutet (Bier 0,80 DM, Brötchen und Kaffee 0,40 DM), sind in der Lützow-Kaserne, Brigade 32, in der einen Kantine (a) die Preise beim alten geblieben, in der anderen (b) die Preise um zehn bis zwanzig Pfennig gestiegen. Und das, obwohl der Pächter jetzt **keinen Pfennig** mehr für Pacht, Heizung und Strom zu bezahlen braucht. Sogar eine neue Einrichtung für 80000 (achtzigtausend) DM aus Steuergeldern wird ihm gestellt.

Am 12.1.76 wird in dem Kantinenausschuß, der geleitet wird durch einen Offizier und in dem die Vertrauensleute und der Pächter sitzen, die Preisgestaltung kritisiert und der Pächter aufgefordert, die Kantinenreform durchzuführen. Der Kantinenausschuß hat aber keinerlei Rechte, er kann nicht über Einstellung und Entlassung der Pächter entscheiden, das macht jetzt Bonn, noch kann er sagen, der Pächter muß die Reform durchsetzen. Er ist lediglich ein Beirat.

Am 14.1. wird in Kantine a die „Reform" durchgesetzt.

Jetzt tritt zutage, was die Kantinenreform ist: ein faules Ei, das aus allen Löchern stinkt: Die Brötchen ohne Butter mit Kommiß-Wurst sind nicht zu riechen, das Bier schmeckt abgestanden und schal, der Kaffee nach Caro-Kaffee. Die Kantinenreform hat noch eine weitere Tücke, der Kantinenpächter kann ein freikalkuliertes Warensortiment zusammenstellen. Dieses Sortiment ist das gleiche wie früher, doch teurer. Um durchschnittlich zehn bis zwanzig Pfennig.

Die Kameraden sind ziemlich empört über diesen Beschiß. Immer wieder stieß man auf Diskussionsgruppen, die sich erregt über diesen neuerlichen Beschiß unterhielten. Vereinzelt wurde sogar von Boykott gesprochen. Es wird immer deutlicher, daß die Kantinenreform keine Möglichkeit ist, das alte Kantinenwesen abzulösen. Gelungen ist denen in Bonn nur, die Monopolstellung des Pächters zu stärken, der jetzt noch besser unsere Einkasernierung ausnutzen kann und noch mehr Profit macht.

Am Dienstag, 20.1., wird dann in der Verfügungsstunde der Stabskompanie der Brigade 32 von den anwesenden 120 Soldaten ausschließlich über die Kantinenreform diskutiert. Die Maßnahmen werden kritisiert. Dabei wird vorgeschlagen, einen Boykott der Kantinen zu organisieren. Am Ende wird der Vertrauensmann der Mannschaften beauftragt, sich mit den anderen Vertrauensmännern in der Kaserne über geeignete Kampfmaßnahmen abzusprechen. – (**t.**, Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen, Gruppe Schwanewede)

Berufsausbildung im Sanitätswesen:

Nur wenige werden Krankenpfleger

Leserbrief:

In der Sanitätsschule der Luftwaffe bei Würzburg werden Sanitätssoldaten ausgebildet. Pro Lehrgang (etwa 120 Soldaten) sind davon ein Drittel Zeitsoldaten, meist Z 4. Vielen von ihnen ist versprochen worden, daß man bei einer zweijährigen Verpflichtung (Z 2) als Krankenpflegehelfer anerkannt werden kann. Den Z 4 wurde versprochen, daß sie nach ihrer Dienstzeit als Krankenpfleger anerkannt werden können.

Wer sich aufgrund solcher Versprechen verpflichtet hat, ist betrogen! Als **Krankenpflegehelfer** wird anerkannt, wer Sanitätslehrgang 1 und 2 sowie eine dreijährige Dienstzeit absolviert hat. Ein Z 2 müßte sich also um weitere zwei Jahre verpflichten (Mindestverpflichtungszeit), um auf diese Zeit zu kommen.

Als **Krankenpfleger** wird anerkannt, wer San. 1, San. 2, einen Unteroffizierslehrgang und eine vierjährige Dienstzeit gemacht hat. Der Unteroffizierslehrgang besteht aus einem militärischen und einem fachlichen Teil. Wer bei dem – zeitlich vorgelagerten – militärischen Teil durchfällt, darf den fachlichen Teil, der allein für den Krankenpfleger relevant ist, nicht machen.

Zusätzlich ist es so, daß die Zeit der Grundausbildung (sechs Wochen bzw. zwölf Wochen) auf die vorgeschriebene Dienstzeit (drei bzw. vier Jahre) nicht angerechnet wird; so kann es kommen, daß ein Z 4, der zu Anfang oder während der Grundausbildung verpflichtet, die für die Krankenpflegeranerkennung vorgeschriebene Zeit nicht erreicht.

Dieser ganze Betrug wird vielen Soldaten nicht genau oder zu spät mitgeteilt, um sie mit leeren Versprechungen als Söldner zu ködern; denn jeder beim Bund weiß, daß sich 90 Prozent nur verpflichten, weil sie sich eine bestimmte Ausbildung erhoffen oder weil sie in ihrem alten Beruf keine Möglichkeit mehr haben, einen Arbeitsplatz zu finden.

Für die Ziele der Bundeswehr geht kaum einer freiwillig zur Armee. Deshalb braucht die bürgerliche Armee das Mittel des Betrugs, um Söldner zu kaufen.

Dagegen muß man sich wehren können, denn wenn man den Betrug feststellt, ist es meist zuspät, kündigen kann man nicht.

Damit man sich gegen den Verkauf in eine Söldnerexistenz für zwei, vier oder mehr Jahre wehren kann, die einem nichts bringt außer Entrechtung und Unterdrückung, brauchen die Zeitsoldaten das Recht, jederzeit zu kündigen! – **(p., Sanitätsschule der Luftwaffe bei Würzburg)**

Die USA wollen mit der Sowjetunion um Angola feilschen

Kissinger verhandelt in Moskau auch über ein Geschäft über Angola. Dazu hat er sich mehrmals mit dem russischen Botschafter Dobrynin in Washington unterhalten. Die Sowjetunion ist nicht prinzipiell gegen Geschäfte. Sie will jedoch mit Faustpfändern verhandeln. Diese hat sie sich verschafft.

Sie hat den Transport der kubanischen Soldaten, die sie als Söldner für ihre Interessen in Angola kämpfen läßt, direkt in eigene Regie genommen. Sie will jede Behinderung und jeden Zeitverlust beim Einflug vermeiden. Jetzt soll die „Iljuschin 62" eingesetzt werden, ein Langstreckenflugzeug, das keine Zwischenlandung benötigt. (Newsweek, Stuttgarter Zeitung, 20.1.)

Ihre direkte Einmischung hat sie ebenfalls verstärkt. Nach Berichten von Nachrichtenagenturen hat sich die Zahl von russischem Militär, das sich direkt am Bürgerkrieg beteiligt, auf 900 erhöht (Hsinhua, 15.1.). Nach Berichten von „Newsweek" soll sich die Zahl der kubanischen Truppen auf 9000 erhöht haben.

Mit der Intensivierung des Bürgerkriegs und ihrer Einmischung bezweckt die Sowjetunion die Vernichtung von zwei der drei angolanischen Organisationen und die Beherrschung der dritten. Im Norden Angolas ist die Front der FNLA zusammengebrochen und haben sich deren Truppen zurückziehen müssen. „Bisher hatten weder FNLA noch UNITA den russischen Sam-7-Raketen, der 122-Milimeter-Artillerie, sowjetischen Hubschraubern und T-54 und T-34 Panzern, mit denen die MPLA ebenfalls ausgerüstet ist, etwas Ebenbürtiges entgegenstellen können." (Süddeutsche Zeitung, 20.1.)

Bei diesen Angriffen sollen kubanische Truppen die Grenze und ein Dorf jenseits der Grenze Zaires angegriffen haben. Zaire hat beim Weltsicherheitsrat der UNO Protest gegen die „Angriffe der kubanisch-sowjetischen Koalition" eingelegt.

Nach dem Erfolg im Norden Angolas sind die Truppen an die südliche Front verlagert worden. Hier verlief bisher die militärische Grenze entlang der Benguelaeisenbahn. Diesse Eisenbahnlinie ist für Sambia und Zaire von großer Bedeutung. Das Kupererz, einer der wichtigsten Rohstoffe dieser Länder, ist über die Eisenbahn von Texeira de Susa an der Grenze zu Zaire nach Benguela an der Atlantikküste transportiert worden. Nach Fernsehberichten hat es entlang dieser Eisenbahnlinie heftige Kämpfe gegeben, die MPLA Truppen haben Brücken und Schienen gesprengt und damit diese Eisenbahnlinie vorübergehend unbrauchbar gemacht.

Die andere Supermacht, die USA, benutzt die Truppen des südafrikanischen Rassistenregimes sowohl zur Aggression als auch zu Manövern. Vor der OAU-Konferenz hatte sie durch eine ihrer Fernsehanstalten ausstreuen lassen, daß Südafrika seine Truppen binnen 48 Stunden von angolanischem Territorium zurückziehen würde. Dadurch sollte verhindert werden, daß die OAU Kampfmaßnahmen beschließt. Es hat sich als Betrugsmanöver herausgestellt, der Rückzug wurde nicht durchgeführt. Bei den Kämpfen an der Benguela-Eisenbahnlinie sollen südafrikanische Truppen beteiligt gewesen sein. Südafrika scheint sich „auf eine Intervention auf weit größerer Stufenleiter in Angola vorzubereiten. Tatsächlich beschleunigen sich Maßnahmen zur Teilmobilisierung. Mehrere Hundert von Reservisten, die zu sieben Regimentern in Transvaal gehören, werden für eine Dienstzeit von drei Monaten einberufen. Die Mehrheit von ihnen, alles Freiwillige, soll anschließend in das ,Operationsgebiet' an der angolanischen Grenze geschickt werden." (Le Monde, 16.1.)

Gleichzeitig werden diese Truppen von Kissinger als Verhandlungsmasse eingesetzt. Die südafrikanische Aggression will er zu einem Tauschgeschäft mit der anderen Supermacht benutzen. Diese soll ihre Aggressionstruppen zurückziehen, dann würden die USA dafür sorgen, daß sich die südafrikanischen zurückziehen. Herauskommen soll bei diesem Geschäft, daß Angola als Einheit erhalten bleibt, aber aufgeteilt wird zwischen den Befreiungsorganisationen, so daß jede der beiden Supermächte ihre Einflußzone bekommt.

Außerdem hat Kissinger vor seiner Abreise die Botschafter von 37 afrikanischen Staaten eingeladen und ihnen mitgeteilt, daß er im März oder April eine ausgedehnte Afrikareise unternehmen will. Nach seinem Sonderbeauftragten Schaufele will er sich persönlich nach Afrika begeben. Vorbereiten will er diese Reise, indem er die Daumenschrauben des Kredits und der Finanzhilfe ansetzt. Durch einen Sprecher der US-Regierung ließ er mitteilen, daß die USA denjenigen afrikanischen Staaten eine „begrenzte Hilfe" weiter zukommen lassen wollen, die ihre Angola-Politik unterstützen. (Le Monde, 15.1.)

Wenn jetzt die beiden Supermächte das Feilschen beginnen, so selbstverständlich in der Weise, daß sich jede als Schutzmacht der Interessen des angolanischen Volkes hinstellt. Wir halten fest: Durch ihre Einmischung haben bereits Tausende von Angolanern in dem von außen angezettelten Bürgerkrieg im Kampf gegeneinander das Leben gelassen. Mehr als im Befreiungskampf gegen die portugiesische Kolonialmacht für ihr Land gefallen waren. Daß durch die Söldnertruppen der Supermächte wiederum Tausende von Angolanern ermordert worden sind. Daß durch die Kampfhandlungen und die südafrikanische Aggression wichtige Gebiete, Produktionsanlagen und Transportmittel zerstört worden sind. Ein selbständiges, wirtschaftlich blühendes Angola ist ihnen ein Schrecken. Sie wollen Zerstörung, Tod, Spaltung. Damit dann der Wiederaufbau des Landes unter ihrer Fuchtel steht. Ein Wiederaufbau, der ihren Monopolen dient und nur auf andere Weise Raub und Zerstörung der Selbständigkeit fortsetzt. – (**hjh**)

Westsahara

Die FPOLISARIO hat vergangene Woche den Versuch mauretanischer Soldaten zurückgeschlagen, die Küstenstadt Villa Cisneros zu besetzen. Außerdem hat sie eine lebenswichtige Eisenbahnlinie Mauretaniens unterbrochen, die über eine Strecke von nahezu tausend Kilometern an die Atlantikküste geht. Mauretaniens Eisenerzexporte werden auf dieser Linie befördert. Die letzten spanischen Truppen haben am 8. Januar das Land verlassen, nachdem zuvor eine Aufteilung unter Marokko und Mauretanien erfolgt war, um die Kontrolle über die Phosphatvorkommen zu sichern. Das Internationale Rote Kreuz hat einen dringenden Aufruf erlassen für Lebensmittel und Kleidung, um die etwa 20000 innerhalb Westsahara in Lagern lebenden Flüchtlinge zu versorgen. Insgesamt sind 40000 Menschen vor den Massakern der marokkanischen Truppen geflohen.

Eine chilenische Propagandatournee soll verhindert werden

Die „Koordination der Chile-Komitees" teilte mit, daß ein juntatreuer „Deutsch-chilenischer Singkreis" im Januar und Februar eine Europatournee plant. In der Pressemitteilung heißt es unter anderem:

„Der Zweck dieser Reise ist klar: Propaganda für die faschistische Militärjunta des Genarals Pinochet." Und weiter: „Diese Propaganda zu verhindern, wird eine wichtige Aufgabe der Chile-Solidaritätsbewegung sein." Es wird darauf hingewiesen, daß das schon einmal anläßlich der Tournee der juntatreuen Musikgruppe „Los Huasos Quincheros" gelungen sei.

Die neuerliche Tournee enthält Auftritte in Kassel (30.1.), Uelzen/Lüneburg (1.2.), Hannover (4.2.), Bielefeld (6.2.) Osterode/Harz (8.2.), Braunlage (10.2.), Wanne-Eickel (13.2.), Düsseldorf (13.2.), Kiel (17.2.), Hamburg (19.2.).

Bremen. Auf zwei Vortragsveranstaltungen des chilenischen Landwirtschaftsministers der Allende-Regierung, an denen 100 bzw. 140 Personen teilnahmen, wurde über die gegenwärtige Lage in Chile diskutiert. Am Ende verabschiedeten die Versammelten jeweils Resolutionen, in denen ihre Solidarität mit dem Kampf des chilensischen Volkes zum Ausdruck gebracht wird.

Indien:

Das Ghandi-Regime läßt zwei Revolutionäre hinrichten

Das Regime in Indien begeht immer größere Verbrechen gegen das Volk. Die Auslieferung des Landes an die Expansionsinteressen des russischen Sozialimperialismus haben das Elend im Land gewaltig erhöht. Nur durch die Errichtung einer reaktionären Diktatur kann das indische Regime diesen Kurs gegenüber den Volksmassen aufrechterhalten.



In den einzelnen Landesteilen Indiens haben sich während der letzten Jahre zunehmend Massenbewegungen entfaltet und den Kampf geführt gegen die Ausplünderung durch die Großgrundbesitzer und Wucherer.

Am Morgen des 1. Dezember 1975 wurden die indischen Revolutionäre Jangam Bhoomaiah, 49, und Kista Gowd, 47, in Hyderabad (Andhra Pradesh) hingerichtet: gehängt. Der Grund für die Hinrichtung war: Ermordung des Großgrundbesitzers Latcha Patel.

Das Todesurteil war 1971 vom Bezirksgericht Adilabad ausgesprochen und vom Andhra Pradesh Obersten Gerichtshof 1972 bestätigt worden. Schon am 26. November 1974 sollten Jangam Bhoomaiah und Kista Gowd um 4.30 Uhr im Secunderabad Gefängnis (Andhra Pradesh) gehängt werden. In letzter Minute aber traf die Anordnung ein, die Exekution zu verschieben. Der gleiche Vorgang wiederholte sich am 11. Mai 1975. Nach vier Jahren Haft und dreijährigem Spiel mit dem Tod starben die beiden Gefangenen des indischen Staates. Indira Gandhis Staat bewies allen liberalen Organisationen und den Gruppen liberaler Rechtsanwälte, die sich um die Begnadigung der Revolutionäre bemüht hatten, daß er keineswegs demokratisch ist.

Seit 1974 war in Indien kein einziges Todesurteil an politischen Gefangenen vollstreckt worden. Indira Gandhi kann sich ähnlich ihrem spanischen Kollegen Franco der historischen Tat rühmen, zwei politische Gefangene sogar vermittels gerichtlicher Legalität ermordet zu haben. Illegal, das heißt im demokratischen Sinn des Wortes, ließ Indira Gandhi seit Jahren Revolutionäre in ihren Gefängnissen, Polizeistationen und auf offener Straße ermorden. Konservativ geschätzt sind seit 1969 rund 30000 Revolutionäre, meist Jugendliche, dank der Schußfreiheit von Polizei, paramilitärischen Truppen und SS-Stoßtrupps der Congress Partei umgekommen. Die Herkunft und Namen dieser Märtyrer werden wir nie kennenlernen.

Über Jangam Bhoomaiahs und Kista Gowds Motive wissen wir ein wenig mehr. Und ihr Kampf und Opfer gilt als Beispiel für viele. Wer waren die beiden Männer und was führte zu ihrer Tat?

Jangam Bhoomaiah war Landarbeiter, Kista Gowd ein Kleinbauer und Pächter. Beide Männer stammten aus dem Bezirk Adilabad (Telengana, Andhra Pradesh). Beide Männer waren Veteranen im Kampf gegen die Unterdrücker der Bauern. Schon als junge Männer kämpften sie 1947 – 50 für eine gerechte Verteilung des Landes an die Bauern von Telengana. Bhoomaiah bot Guerillakämpfern Schutz und Unterkunft. Kista Gowd half als Kurier und wurde später Mitglied einer Guerillatruppe. Er überlebte die brutale Niederschlagung der Bauernrevole, die unmenschlichen Polizeifoltern und zwei Jahre Gefängnis von Warangal.

Als 1969 der bewaffnete Widerstand gegen die Unterdrückung und Ausbeutung der indischen Bauern und Arbeiter, diesmal unter der Führung der marxistisch-leninistischen Bewegung Indiens, von neuem auflebte, griffen Bhoomaiah und Kista Gowd wieder zu den Waffen. An der Lage der Bauern in Andhra Pradesh hatten die vergangenen 20 Jahre unter der sogenannten demokratischen Regierung der Congress Partei wenig geändert.

Im Bezirk Adilabad, aus dem die beiden Revolutionäre stammten, sah es zur Zeit des Telenganakampfes 1950 folgendermaßen aus:

70 % der Bevölkerung waren landlose Bauern, d.h. Landarbeiter;
20 % arme und mittlere Bauern, die durchschnittlich ein Feld bebauten;
5 % besaßen 2 oder 3 Felder;
5 % besaßen 4 oder mehr Felder. Sie monopolisierten den größten Teil des Bodens und des Viehs und sie waren die einzigen, die Bargeld hatten. Sie waren für 70 % der Bevölkerung die Dienstherren. (Siehe: P. Sundarayya, Telengana People's Struggle and its Lessons. Calcutta, 1972, Seite 514)

70 % der Bevölkerung arbeiteten entweder als Landarbeiter oder Pächter für die Grundherren. An dieser prozentualen Verteilung hat sich wenig geändert, am Bezahlungsmodus ebenso wenig. Landarbeiter erhielten (und erhalten immer noch) entweder Naturalien oder Bargeld pro Monat im Wert von ca. 40/50 kg Hirse. Pächter müssen die Hälfte des Ertrages jedes gepflügten Feldes an den Grundbesitzer abliefern. Ihre Frauen und Kinder arbeiten ebenfalls im Haus und den Feldern des Grundbesitzers. Kinder erhalten pro Jahr ca. 30 kg Reis, Frauen erhielten 1950 40 Rupien für 120 Arbeitstage pro Jahr. Ein Augenzeuge beschreibt die Situation in Telengana im Jahre 1950: Alle Familien waren durchweg halb verhungert und gezwungen, vom Grundbesitzer Geld zu leihen. Da sie ihre Schulden nie begleichen können, arbeiten sie als Leibeigene. Wollen sie für einen anderen Grundbesitzer arbeiten, muß dieser sie vom ersten Arbeitgeber auslösen.

Die Doppelrolle des indischen Grundbesitzers als Großbauer und Wucherer vervielfacht die Ausbeutung der armen Bauern und Landarbeiter. Ein Interview, das die bürgerliche „Times of India" (26. März 1970) veröffentlichte, soll uns als Illustration für die Lebensbedingungen eines Landarbeiters in Andhra Pradesh dienen. Ein junger Mann war gefragt worden, warum er sein Dorf verlassen hat. Er antwortete: Sie haben mich geschlagen. Warum hatten sie ihn geschlagen? Weil sie sagen, ich hätte meine Schulden nicht bezahlt. Wie hätte er Schulden gemacht? Ich habe keine Schulden, aber sie sagen, mein Vater, der tot ist, wäre ihnen Geld schuldig. Wer sind die Leute, die Geld von dir verlangen? Reddy Saheb, ein mächtiger Mann.

Im Verlauf des Interviews stellte sich heraus, daß der junge Mann seine Felder bereits an den Wucherer verloren hatte, dieser aber die Schuld als immer noch nicht beglichen betrachtet. Aus Furcht, von neuem vom Grundbesitzer und Wucherer geschlagen zu werden, war der junge Mann geflohen. Auf die Frage, ob er die Ursache für sein Unglück kenne, antwortete der junge Mann: Nein, ich weiß und verstehe es nicht.

Jangam Bhoomaiah und Kista Gowd, die unter demselben semi-feudalen System aufgewachsen waren, kannten den Grund und waren 1969 unter der Führung der marxistisch-leninistischen Bewegung Indiens zum zweiten Mal bereit, zu den Waffen zu greifen. Zusammen mit Gleichgesinnten befreiten sie die Bauern der Gemeinde Asifabad von einem Tyrannen. Für diese Tat wurden Jangam Bhoomaiah und Kista Gowd vom indischen Staat, der die Interessen der Bourgeoisie und Großgrundbesitzer, der Wucherer und feudalen Ausbeuter vertritt, zum Tode verurteilt. – (**mhg**)

Portugal

Erste öffentliche Aktionen der Lissaboner Arbeiter nach der November-Niederlage

Revisionisten spalten die Abwehrfront

Von Marxisten-Leninisten geführte demokratische Organe des Volkes haben – wie ich Anfang Dezember berichtete – noch während des Ausnahmezustandes den Kampf gegen den Faschismus und um die Einheit des Volkes aufgenommen. Am 3. Januar riefen diese Einwohner- und Arbeiterkommissionen zu einer Kampfwoche Mitte Januar auf. Eine Demonstration am 16. Januar sollte den Kampf gegen die ökonomischen Sparmaßnahmen der Regierung, gegen Arbeitslosigkeit, Lohnstopp und Preissteigerung verbinden mit dem Kampf gegen Repression, gegen politische Unterdrückung durch den Faschismus. Ein Tag der Landwirtschaft am 18. Januar sollte den Kampf der Arbeiter in der Stadt mit dem Kampf der Landarbeiter und Bauern auf dem Land verbinden. Landarbeiter und Bauern sollten durch Verkauf landwirtschaftlicher Produkte zu Erzeugerpreisen demonstrieren, daß Handelsmonopole und Parasiten gemeinsame Feinde von Arbeitern und Bauern sind und daß es möglich ist, auf der Grundlage des Bündnisses der produzierenden Klassen einen neuen Staat aufzubauen, in dem das Wohlergehen des Volkes organisiert wird.

Spaltungstätigkeit der Revisionisten

Nachdem dieser Aufruf bekanntgemacht worden ist, tritt plötzlich ein von den revisionistischen Gewerkschaftsspitzen der PCP klammheimlich gebildetes Kampfkomitee der Gewerkschaften an die Öffentlichkeit und ruft zu einer Kundgebung am 17. Januar auf. Diese soll lediglich unter Parolen gegen den Lohnstopp und die Preissteigerungen stehen. Auf der Delegiertenversammlung der Kommissionen am 9. Januar erklärt ein Arbeiter: „Dies ist ein Beschluß der Gewerkschaftsführungen, in klarer Absicht zu spalten."

Auf Vorschlag einer Delegation der Lisnave-Werft beschließt die Versammlung der Delegierten eine Kommission zu bilden, die mit dem gewerkschaftlichen Kampfkomitee über eine gemeinsame Demonstration verhandeln soll. Am 12. Januar nehme ich an einer Gewerkschaftsversammlung in einer Fabrik der Umgebung Lissabons teil, die vom Kampfkomitee der Gewerkschaften einberufen wurde. Bei 1 200 Mann Belegschaft waren nur 60 anwesend. Ein Mitglied des gewerkschaftlichen Kampfkomitees berichtet, daß vor einigen Tagen von den faschistischen Kommandos des Jaime Neves das Büro der Textilgewerkschaft überfallen wurde und alle dortigen Gewerkschaftszeitungen beschlagnahmt wurden, weil darin etwas zur Lage der gefangenen antifaschistischen Soldaten und Unteroffiziere stand. Für die gewerkschaftliche Kundgebung wurde daraus von den Gewerkschaftsführern der Schluß gezogen, daß man nur ökonomische Forderungen aufstellen dürfe, denn: „Sie warten nur darauf, daß sich die Gewerkschaften in Sachen der Militärs einmischen, um gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung so vorzugehen wie gegen die Textilarbeiter."

Politische Entwaffung der Arbeiterbewegung

Die Versammlung insgesamt steht unter dem Motto, gegen die demokratischen Organe zu hetzen, die für den 16. Januar zu einer Demonstration aufriefen. Das sei „ein Angriff auf die Gewerkschaftsbewegung".

Das Protokoll der Verhandlungen zwischen dem gewerkschaftlichen Kampfkomitee und den Kommissionen gibt aber genau wieder, wer die Einheit verhindert hat: Das Kampfkomitee meinte gleich zu Beginn, es sei zu spät, miteinander zu reden, Transparente, Plakate, Aufrufe, alles sei gedruckt. Außerdem „z.B. eure Parole, Befreiung aller antifaschistischen Gefangenen, das können wir nicht machen." Die Delegation der Kommissionen: „Einige Genossen des Kampfkomitees rechtfertigen ihre Ablehnung mit Differenzen zwischen uns. Wir sind aber hergekommen nicht um zu sehen was uns trennt, sondern was uns eint. Eines eint uns: Sowohl Gewerkschaften wie auch die Kommissionen sind parteilose Einheitsorgane, die für die Interessen der Arbeiter kämpfen. Mag sein, daß es Fehler der Koordination zwischen uns gegeben hat, aber es dürfen nie die Arbeiter sein, die Fehler ihrer Führer bezahlen."

Ein Lisnave-Arbeiter der Delegation der Kommissionen: „Wir haben zwei Tage lang in der Lisnave Plenarversammlungen gehabt. Alle waren einheitlich für eine einzige Demonstration. Die Lisnave geht raus, wenn es eine einheitliche Demonstration gibt. Wir betteln hier nicht, Solidarität wird hier nicht erbettelt. Unsere Kinder gehen in dieselben Schulen, wir fahren mit den gleichen Transportmitteln, unser Arbeitsanzug ist gleich. Warum reißt man uns auseinander und erweist damit dem Klassenfeind einen Dienst? Verschiedene Losungen! Es dürfte nicht schwer sein, eine Übereinkunft zu erzielen."

Ein anderer Delegierter der Kommissionen: „Im Augenblick, wo der Faschismus im Vormarsch ist, tragen wir eine große Verantwortung. Das Lager des Volkes ist geschwächt, es hat nicht die Kraft, die reaktionären Kräfte niederzuschlagen. Andererseits hat die Bourgeoisie nicht die Kraft, uns mit parlamentarischen und friedlichen Mitteln niederzuhalten. Die Genossen der Gewerkschaften vergessen, daß es notwendig ist, gegen den Faschismus zu kämpfen. In diesem Augenblick gibt es weder Transparente noch Plakate, die höher als die Einheit der Arbeiter stehen."

Gewerkschaftliches Kampfkomitee: „Wir haben unsere Position erläutert, wir haben unsere festen Termine, ihr habt andere Ziele, z.B. gegen die Professionalisierung des Heeres. Die gewerkschaftliche Organisation ist stark und mächtig. Sekretariate wie eure zünden ein großes Feuer an, dann innerhalb von drei bis vier Tagen geht ihr in die Luft. Die Losungen ‚Das Volk will keine Söldner in den Kasernen!' und ‚Befreiung der antifaschistischen Gefangenen!' – wenn die Gewerkschaftsbewegung diese Losungen aufgriffe, dann hätten wir Schwierigkeiten mit den Arbeitern. Wir müssen uns rein gewerkschaftlichen Dingen zuwenden. Ihr habt nichts weiter zu tun als euch uns anzuschließen, alles andere ist Geschwätz."

Einigkeit der Arbeiter ist notwendig

Delegation der Kommissionen, Lisnave-Arbeiter: „Diese Genossen der Gewerkschaft sprechen so wie Könige. Wir weichen nicht! Nicht die geringste Bemühung um Zusammenarbeit, das ist es, was viele Arbeiter erschrecken wird. Zwischen Leuten, die von ihrer Hände Arbeit leben, gab es keine Verständigung, nicht mal den Versuch zur Einigung. Ich gehe von hier weg. Frierend und eiskalt werden meine Kollegen sein, wenn sie hören, was hier vorgefallen ist. Ich gehöre keiner Partei an, ich verteidige die Einheit der Arbeiter. Andere Länder haben die Uneinigkeit der Arbeiter schwer bezahlt, unter den Arbeitern ist heute nach dem 25. November der Wunsch nach Einheit so groß, daß diese Spaltung hier nur zur Demobilisierung führen wird."

Das Gewerkschaftskomitee bricht die Verhandlungen mit den Worten ab: „Wenn ihr schon Mitglieder der Gewerkschaften seid, habt ihr nichts weiter zu tun als euch mit euren Gewerkschaften uns anzuschließen. Das ist eine Einladung, meine Herren."

Die Linie der revisionistischen PCP heute ist ziemlich deutlich: Sie läßt die demokratischen Kommissionen des Volkes, die Einwohnerkommissionen und Arbeiterräte, fallen. An ihnen wie überhaupt an der Demokratie des Volkes hat die PCP nie Gefallen gehabt. Ein Genosse sagte mir: „Die argumentieren so, daß man die Gewerkschaften vor dem Faschismus schützen muß. Das ist natürlich richtig. Aber wie machen sie es! Erstens lassen sie die Kommissionen fallen, zweitens reden sie gar nicht mehr von Repression und Faschismus und beschränken sich auf ökonomische Losungen, und drittens führen sie nicht einmal den ökonomischen Kampf konsequent. Als es im Herbst um Regierungsbildungen ging, da haben sie gestreikt. Heute steht das für sie nicht mehr zur Debatte, es stehen Kundgebungen an. Das ist die Linie der Kapitulation vor dem vorwärtsgehenden Faschismus, und ihre Argumente brechen so in sich zusammen."

Der Einfluß der Revisionisten ist stark

Die Demonstration und die Gewerkschaftskundgebung zeigten allerdings, wie heute die Kräfteverhältnisse sind. Gegenüber der Demonstration arbeiteten die Revisionisten mit der Regierung Hand in Hand. Die Regierung ließ verkünden, daß sie „für eventuelle Vorkommnisse bei der Demonstration keine Verantwortung übernehme". Das war direkt eine Ermunterung zur Provokation seitens der Faschisten. Wenn das nicht geschah, dann aufgrund der Disziplin der Demonstranten. Außerdem ließ sie vor dem Regierungspalast, wo die Demonstration endete, eine Heerschau abhalten. Die Nationalgarde stand dort mit einem Dutzend gepanzerter Fahrzeuge, Granatwerfern, Gewehren, Tränengasgranaten und Schutzschilden. Die PCP-Führer andererseits ließen vor dem 16. Januar keine Gelegenheit aus, um gegen linke Abenteurer zu hetzen, die „man bekämpfen muß, wenn man die reaktionäre Rechte bekämpfen will".

Sieben- bis zehntausend Menschen nahmen schließlich an der Demonstration teil. Die Kundgebung der Gewerkschaften – mehr Rummel als Kampf – umfaßte allerdings an die 60 000 Menschen. Das hat seinen Grund vor allem darin, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften kaum richtig verankert sind. Auf Basis der Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit dem starren Bürokratismus der Gewerkschaftsführung haben die von Kommunisten getragenen Wahllisten im Herbst manchmal relativ gut abgeschnitten. Aber es fehlt die Organisierung der Kollegen auf Basis einer kontinuierlichen Politik in den Gewerkschaften. Das kam unter anderem dadurch zum Ausdruck, daß gegen die Spalterlinie der Revisionisten in kaum einer der wesentlichen Gewerkschaften Protest auftauchte.

Wenn Kommunisten oft mehr und lieber in den Kommissionen gearbeitet haben, dann deshalb, weil sie zum Teil dem Kampf gegen den Revisionismus ausweichen wollten und ihn durch Phrasen ersetzt haben. Das war in den im letzten Jahr stürmisch aus dem Boden schießenden Kommissionen leichter als in den von den Revisionisten starr verwalteten Gewerkschaften.

In der heutigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiter werden die Gewerkschaften für die Arbeiter mehr als je zu einer unmittelbar notwendigen Waffe. Die Tatsache, daß auf die gewerkschaftliche Kundgebung viele tausend Arbeiter kamen, ist ein gutes Zeichen dafür, daß die Arbeiter diesen Kampf auch tatsächlich führen wollen.

Die aktuellen Aufgaben

Ein verantwortlicher Genosse sagte mir etwa folgendes: Heute käme es auf zweierlei an, erstens, den Kampf gegen die Repression des bürgerlichen Staates und den Vormarsch des Faschismus zu führen. Die Armee werde heute schon im wesentlichen von Anhängern des ELP und des MDLP kommandiert. Die Kommandos des Jaime Neves sind die Speerspitze dieser Formationen. Das ganze Material der Ralis-Kaserne, also hochwertige Ausrüstung, ist an diese Kommandos und derartige Einheiten verteilt worden. Die Nationalgarde ist erweitert worden. In ihr sind die alten faschistischen Offiziere aus der Zeit Salazars am Ruder. Das Heer ist um etwa 50 000 Mann verringert worden, es gibt einen klaren Trend zum Berufsheer.

Die Klasse der Großgrundbesitzer und der alten faschistischen Kolonialmonopole hätten den wesentlichen Teil des Unterdrückungsapparates wieder in der Hand und ebenso wichtige Positionen innerhalb der Klassenjustiz. Es gebe Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, z.B. zwischen den modernen Firmen, die mehr auf Europa ausgerichtet sind, und den alten Finanzbankiers. Das sei politisch der Widerspruch zwischen der PS von Soares und den reaktionären Parteien wie der CDS. Hier hat die PS Zugeständnisse gemacht, z.B. sind viele nach dem 25. April abgesetzte altgediente Bankdirektoren im Faschismus jetzt wieder in den nationalisierten Banken an führender Stelle.

Doch die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie nähmen heute zu. Sie würden unvermeidlich aufbrechen. Auch die PCP brächte eine schmale Schicht einer „neuen Bourgeoisie" der nationalisierten Betriebe ins Spiel, die unter dem Motto eines halbherzigen Kampfes gegen den ökonomischen Einfluß des US-Imperialismus Arbeiter der modernen Industrien in den Kamf zu führen in der Lage ist.

Es sei aber klar nach den Ereignissen des 25. November, daß die Faschisten große Schritte vorwärts gemacht haben. Das vor allem, weil es ihnen noch immer gelingt, die Bauernmassen des Nordens als Rückendeckung zu benutzen.

Die Gewerkschaften müßten heute die ökonomischen Forderungen der Bauern unterstützen und sie ebenfalls zu Forderungen der Arbeiter machen. Der Kampf gegen die Zwischenhändler, Handelsmonopole und für staatliche Kredite an die Kooperativen und kleinen Bauern usw. alles das müsse von den Gewerkschaften erhoben werden. machen. Der Kampf gegen die Zwischenhändler, Handelsmonopole und für staatliche Kredite an die Kooperativen und kleinen Bauern usw. alles das müsse von den Gewerkschaften erhoben werden.

Die zwei politisch treibenden Kräfte bei den Aktionen der vergangenen Woche waren einerseits die junge PCP/R (wiederaufgebaute Kommunistische Partei Portugals) und auf der anderen Seite die revisionistische PCP. Alle anderen Gruppen blieben Kommentatoren. Die kleinbürgerlichen Gruppen wie MES und LUAR sind in tiefer Krise, spalten sich und haben praktisch aufgehört eine Rolle zu spielen.

Einige Fortschritte der Revolutionäre

Ich befragte einen der Hauptverantwortlichen der Kommissionen. Er sagte mir sinngemäß etwa folgendes: „Mit unserer Demonstration, einer der diszipliniertesten bis heute, haben wir die Angst durchbrochen, die angesichts der massiven Einschüchterungsversuche des seine Zähne zeigenden Staates bei vielen vorliegt. Wir haben gezeigt, daß man gegen den Faschismus auf die Straße muß. Allerdings haben wir nur die bewußtesten Elemente der Klasse mobilisieren können, unsere Vorbereitung war äußerst mangelhaft, so daß von den großen Fabriken nur 60 bis 100 Arbeiter kamen. Das sind Fehler der Koordination, aber im wesentlichen auch Ausdruck des Standes der Betriebsarbeit. Am deutlichsten sind unsere gewaltigen Schwächen in der Gewerkschaftsarbeit. Die Revisionisten haben unter ökonomischen Forderungen viele Tausend mobilisiert. Das ist im Grunde ein gutes Zeichen dafür, daß die Arbeiter den Wert der Gewerkschaften voll erkennen. Und auf der gewerkschaftlichen Kundgebung wurden viele revisionistische Parolen nicht von den Massen beantwortet. Aber die Parole „Der Kampf geht weiter" wurde von allen gerufen. Die Revisionisten versuchen offenkundig, diesen Massen den politischen Klassenkampf zu verstellen. Hier haben wir durch den Tag der Landwirtschaft viel Klarheit geschaffen. Ebenso durch unsere Demonstration gegen die Repression und durch ein vorgelegtes Programm der Kommissionen. Der Tag der Landwirtschaft hat im Ansatz gezeigt, daß wir auf dem Land und unter den Kooperativen Fuß fassen. Cunhal weiß das, er bereist heute den ganzen Alentejo, um gegen die ‚Linksextremisten' den Kampf zu führen, wie es ihm die Bourgeoisie befohlen hat.

Für unsere internen Auseinandersetzungen war der Schritt der Verhandlungen mit den revisionistischen Oberhäuptern der Gewerkschaft ungeheuer wichtig. Das hat es bisher nie gegeben. Wir haben vielfach den Massen durch Besserwisserei sozusagen den Weg eigener Erfahrungen mit dem Revisionismus verstellt. Die Ergebnisse dieser Aktionseinheitsverhandlungen sind eine gute Sache im Kampf gegen die Revisionisten. Die Härte, mit der die Revisionisten die Verhandlungen geführt haben, ihre Unbeweglichkeit, das alles zeigt, daß sie vor der heute klareren revolutionären Bewegung Angst bekommen. Die Revisionisten wissen natürlich auch, daß wir zahlenmäßig heute noch weit weniger mobilisieren als sie. Von daher rührt ihre Angst nicht. Sie rührt vielmehr daher, daß bis in die Reihen der Revisionisten hinein Arbeiter und Landarbeiter kämpfen wollen und wir von den Kommissionen her ein Kampfprogramm mit unmittelbaren Forderungen gegen die Regierung vorgelegt haben, das inhaltlich von vielen heute unterstützt wird. Wir haben vielleicht vielfach übertriebene Erwartungen an diese Woche gestellt, aber ich meine, daß sie einiges zurechtgerückt hat und daß wir politisch bis zu einem gewissen Grad in die Initiative gekommen sind." – (**kkw**, Lissabon, 19. Januar)

Libanon

Reiche Libanesen und Zionisten betreiben Spaltung des Landes

Die reaktionären Kampftruppen der Phalangisten Pierre Gemayels und der Nationalliberalen Partei Camille Chamouns haben im Verlauf der Woche ihre Angriffe auf die palästinensischen und libanesischen Massen gesteigert.

Zwei Lager des palästinensischen Volkes werden nach wie vor von ihnen belagert, ein drittes wurde gestürmt und besetzt. Ein Stadtviertel Beiruts, Karantina, in dem die Armen leben, wird belagert, beschossen, gestürmt und gebrandschatzt. Der US-Imperialismus hat seine Kettenhunde losgelassen. Er fürchtet um seinen Einfluß und will gegenüber der anderen Supermacht Vorteile gewinnen.

Der Sturm auf das Lager Dabayeh vergangenen Mittwoch wird bereits von Einheiten der libanesischen Armee unterstützt. Am Freitag wird auf Anforderung von Camille Chamoun und auf Befehl von Staatspräsident Franjieh Luftwaffe gegen die Massen eingesetzt.

Ministerpräsident Karame erklärt: Einige christliche Führer arbeiten auf eine De-facto-Teilung des Libanon hin, andere wollen einen Staatsstreich der Armee. „Wir müssen diese Versuche vereiteln und den Krieg in einer Weise beenden, der die territoriale Integrität des Landes bewahrt." Die Reichen, das sind im Libanon die Christen; der Großgrundbesitz, eng verflochten mit Finanz- und Handelskapital. Das Offizierskorps der Armee besteht aus den Angehörigen der herrschenden Klassen.

Die Phalangisten wollen den Bürgerkrieg nicht beenden. Sie haben bereits zahllose Waffenstillstandsabkommen gebrochen. Sie wollen die Vernichtung des palästinensischen Befreiungskampfes, sie wollen den Libanon aus der gesamtarabischen Front gegen Zionismus und Imperialismus herausbrechen, zu einem Hort der Reaktion und sicheren Stützpunkt des US-Imperialismus machen. Den Preis der Spaltung des Landes zahlen sie dafür. Ohnehin haben sie den Staatsschatz bereits gestohlen und in Sicherheit gebracht: Die in der libanesischen Zentralbank gelagerten Goldreserven sind nach Paris ausgeflogen worden.

Ministerpräsident Karame tritt am Sonntag zurück. Chamoun erklärt: Wir sind am Wendepunkt des Bürgerkriegs angekommen. Er ruft die Armee zum Putsch auf und zum „offenen und totalen Kampf gegen den palästinensischen Widerstand". Am Montag behauptet Chamoun, ausländische Truppen befänden sich auf libanesischem Boden. Das ist nichts anderes als der Versuch, unter Vorwänden die militärische Invasion Israels herbeizurufen. Am Dienstag fordert er die „Internationalisierung" des Konflikts, die USA oder die UNO sollen eingreifen.

Den Phalangisten ist es nicht gelungen, die Massen zu unterwerfen. Denn diese kämpfen für ihre gerechten Interessen und Ziele für ein souveränes, einheitliches und demokratisches Libanon.

Die Zionisten drohen mit der Invasion. Ihre Isolation und Bedrängnis wächst. Die gerechten Forderungen der arabischen Nation und des palästinensischen Volkes nach Rückgabet aller besetzten Gebiete, nach Zerschlagung des Besatzerstaates werden jetzt sogar im UNO-Sicherheitsrat durch die PLO erhoben. Den Bürgerkrieg im Libanon wollen die Zionisten ausnutzen, um diese Fortschritte zunichte zu machen. Wenn die Zionisten einmarschieren, gehen sie ein großes Wagnis ein. – **(hjh)**

Indonesien will Timor-Ost offiziell annektieren

Die von Indonesien eingesetzte sogenannte provisorische Regierung von Ost-Timor hat nach den Worten des indonesischen Außenministers Malik Indonesien aufgefordert, die Kontrolle über die portugiesische Kolonie zu übernehmen. Malik erklärte in Djakarta: „Sie haben die Idee fallengelassen, durch Wahlen über ihre Zukunft zu entscheiden. Was sie wünschen, ist ein Gesetz, durch das das Gebiet Teil Indonesiens wird."

Es ist klar, daß die indonesischen Marionetten nie daran dachten, Wahlen abzuhalten, nachdem das Volk sich in der FRETILIN organisiert und mit ihr die Macht in Timor-Ost übernommen hat. Das Gerede von Wahlen sollte nur den Vorwand liefern für die Invasion indonesischer Truppen. Das ist erreicht, um aber Timor-Ost unter Kontrolle zu bringen, reichen die Truppen nicht aus. Kaum ein Drittel des Landes wird von ihnen kontrolliert, dazu sind dabei Hunderte, wenn nicht Tausende indonesische Invasoren von den Volksstreitkräften getötet worden.Denn das Volk steht fest hinter den Kämpfern der rechtmäßigen FRETILIN-Regierung, teilweise werden sie sogar direkt aus der besetzten Hauptstadt Dili versorgt, berichtet „Le Monde" vom 14.1.

Nahost-Debatte im UNO-Sicherheitsrat

Unter Teilnahme der palästinensischen Befreiungsorganisation PLO begann der Sicherheitsrat der UNO am Montag, dem 12. Januar, seine Generaldebatte über die Lage im Nahen Osten. Israel nimmt an dieser Debatte nicht teil, weil die Zionisten, die das palästinensische Volk von seinem rechtmäßigen Grund und Boden vertrieben haben und seit über 25 Jahren zu einer elenden Lagerexistenz in den benachbarten arabischen Staaten zwingen, nicht bereit sind, mit den Vertretern des palästinensischen Volkes Verhandlungen zu führen. Und die US-Imperialisten, die Hintermänner des Zionistenstaates, unterstützten diesen Standpunkt, indem sie vor Beginn der Sicherheitsdebatte ihr Veto gegen jede Resolution ankündigten, die den Kampf des palästinensischen Volkes für die Wiedergewinnung seines rechtmäßigen Territoriums und die Errichtung eines unabhängigen nationalen Palästinenser-Staates unterstütze.

Die andere Supermacht, die sozialimperialistische UdSSR, dagegen setzt alles daran, über die Sicherheitsratsdiskussion die Genfer Nahost-Konferenz wiederzubeleben. Sie will die Nahostfrage aus der Öffentlichkeit der UNO herausziehen und unter Ausschluß der Teilnahme der Völker die Lage im Nahen Osten zum Gegenstand von Gipfelgesprächen mit den US-Imperialisten machen.

Brief zweier Vertreter der ZANU:

Das Volk von Zimbabwe braucht materielle Unterstützung

Auf Grund einer kürzlichen Besprechung eines Vertreters des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees des KBW mit dem Genossen R.J.K. Chiwara, Vertreter der ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe) haben wir einen Aufruf führender ZANU-Mitglieder aus Mozambique erhalten. Sie befinden sich dort in den Lagern der ZANLA (Nationale afrikanische Befreiungsarmee von Zimbabwe), wo sich zu Zehntausenden junge Zimbabwer sammeln, um den Kolonialisten und Imperialisten die Macht über ihr Land mit der Waffe zu entreißen. Das zeigt, daß das vom Imperialismus und den Supermächten angezettelte „Entspannungsmanöver" die Massen in Zimbabwe nicht täuschen und spalten kann, sondern ihre Entschlossenheit zum Widerstand wächst. Sie haben erkannt, daß nur der von der ZANU eingeschlagene Weg des langdauernden bewaffneten Kampfes die nationale und soziale Befreiung bringen kann. Deswegen müssen Smith und Nkomo sich auch bei ihren „Verfassungsgesprächen" vor den wütenden Demonstrationen der Massen mit brutalem Polizeieinsatz schützen. Erst am 12. Januar wurde dabei erneut ein Demonstrant ermordet, als die Polizei das Feuer eröffnete. Der Aufruf zur Unterstützung der Lager in Mozambique gibt eine Reihe konkreter Möglichkeiten der Solidarität an, die wir zusammen mit Solidaritätskomitees mit dem Kampf der Völker im südlichen Afrika organisieren werden. (Vergleiche untenstehenden Kasten)



Das Volk von Zimbabwe läßt sich von den Polizeischergen des rhodesischen Siedlerregimes nicht mehr einschüchtern.

Liebe Genossen,

wir schreiben diesen Brief an Euch in unserer Funktion als Mitglieder des Zentralkomitees der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU). Im Augenblick sind wir befaßt mit den täglichen Problemen und Bedürfnissen in den Lagern des militärischen Flügels der ZANU, der Afrikanischen Nationalen Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA). Vor kurzem haben wir hier in Mozambique einen Lager-Unterstützungsausschuß gebildet aus Mitgliedern des Zentralkomitees der ZANU, aus dem Oberkommando der ZANLA, Lagerführern und anderen Parteimitgliedern. Der Ausschuß ist für die Feststellung des Bedarfs der Genossen in den Lagern hier in Mozambique und für die Organisierung von Unterstützungsaktionen und die Entgegennahme und Weiterleitung aller erhaltenen Unterstützung für die Lager verantwortlich.

Vom Genossen R.J.K. Chiwara (Vertreter der ZANU in London) haben wir kürzlich die Nachricht erhalten, daß Ihr uns als Ergebnis einer Besprechung mit ihm am 10.12. angeboten habt, soviel Hilfe für unsere Lager zu organisieren, wie Euch möglich ist. Wir beeilen uns hiermit unseren und der Partei Dank für dieses Angebot auszusprechen. Wir vergessen auch Eure frühere und sehr wirksame Hilfe nicht in der Bereitstellung von Fahrzeugen und anderem Material, das unsere Partei und Armee dringend bei den Anstrengungen, Zimbabwe zu befreien, benötigte. Wir danken Euch von Herzen für Eure fortgesetzte Identifizierung mit den Anstrengungen von Millionen Menschen in Zimbabwe, sich selber aus der Knechtschaft zu befreien. Schließlich danken wir und unsere Partei Euch dafür, daß Ihr bestrebt seid, mit dem Genossen Chiwara eine fundierte und erfreuliche Beziehung zu halten und aufzubauen.

hung zu halten und aufzubauen.

Hinweise und Fakten, die Ihr braucht, um uns unterstützen zu können, sowie Informationen über das Material, das wir dringend benötigen, führen wir im folgenden auf:

Wichtige Ereignisse und Daten

1. Von Beginn an (etwa seit September 1974) hat ZANU die „Entspannung im Südlichen Afrika" für kein Mittel gehalten für die Befreiung von Zimbabwe. Stattdessen hielt die ZANU fest am letzten Mittel – dem bewaffneten Kampf –, und das stets seit ihrer Gründung 1963. Seit damals war ZANU bemüht, einen wirksamen Apparat für einen derartigen bewaffneten Kampf aufzubauen und hat auch schon mehrere Jahre lang ernsthaft den Befreiungskampf geführt. Infolge der „Entspannungs"-Übung wurden die eingekerkerten Mitglieder des Zentralkomitees der ZANU aus dem Gefängnis freigelassen (darunter auch die beiden Unterzeichner dieses Briefes). Aber sie beschäftigten sich wenig, wenn überhaupt, mit den „Entspannungs"-Gesprächen, während sie sich auf die breite Rekrutierungsbewegung innerhalb Rhodesiens konzentrierten, um die bereits stattfindenden Kampfanstrengungen zu verstärken.

2. Bis hin zum Dezember 1974 (als einige ZK-Mitglieder der ZANU freigelassen wurden) hatte nur die ZANU einen Befreiungskampf mit militärischen Mitteln geführt. Obwohl das die Einheitserklärung im neuen ANC-Dachverband von Lusaka von allen verlangt, rekrutierte nur ZANU aktiv für die Kriegsanstrengungen, während alle anderen Partner im Zusammenschluß dem bewaffneten Kampf keinerlei Beachtung schenkten. Deshalb trugen keine anderen Partnerorganisationen im ANC-Zusammenschluß zum militärischen Aspekt des Kampfes bei. Im bewaffneten Kampf für die Befreiung Zimbabwes steht deshalb ZANLA so alleine da wie je. Ohne die Anstrengungen der ZANU würde der bewaffnete Kampf deshalb vollständig zusammenbrechen, durch sie, davon ist ZANU überzeugt, bestehen weiter alle Hoffnungen auf ein freies Zimbabwe.

3. Vom Dezember 1974 bis heute hat die bis dahin bereits aufgebaute Struktur für den bewaffneten Kampf infolge der komplexen Faktoren, die die „Entspannungs"-Übung ins Spiel brachte und wozu Sambia das ausführende Instrument war, viele Rückschläge erlitten. Zusammen mit ZANU haben auch die ganzen Anstrengungen im bewaffneten Kampf für die Befreiung Zimbabwes gelitten. Keine der Organisationen Zimbabwes außer der ZANU kann die Verantwortung für die Wiederentfaltung des bewaffneten Kampfes um Zimbabwe übernehmen, denn nur die ZANU hat sich je um ihn bemüht und für diese Aufgabe erfolgreich eine bewaffnete Struktur geschaffen.

4. Infolge unserer energischen und breiten Rekrutierungsbemühungen in Zimbabwe seit Dezember 1974 und infolge der ständig zunehmenden Entschlossenheit junger Zimbabwer zum bewaffneten Kampf als einzigem Mittel sind bis 7. Oktober 1975 etwa 10500 junge Freiwillige Zimbabwer nach Mozambique gekommen, um sich den bewaffneten Befreiungsstreitkräften der ZANU anzuschließen. Ende August und den ganzen September über kamen durchschnittlich 1000 junge Freiwillige pro Woche direkt von Zimbabwe nach Mozambique. Viele weitere Hunderte haben einen Weg aus Zimbabwe nach Botswana gefunden und finden ihn weiterhin und sie fangen ebenfalls an, in den Lagern in Mozambique einzutreffen. Wir schätzen, daß die Gesamtstärke der Befreiungsbewegung der ZANU (Veteranen plus neue Rekruten) zur Zeit etwa 20000 ausmacht.

neue Rekruten) zur Zeit etwa 20000 ausmacht.

Wir müssen betonen, daß es uns unmöglich ist, irgendwann die genaue Gesamtzahl der Kräfte anzugeben, denn Tag für Tag werden neue Freiwillige in sehr weit von einander getrennten Lagern in Mozambique untergebracht. Außerdem nehmen Durchgangslager, die die Hauptlager versorgen, Neuankömmlinge einzeln und in kleinen Gruppen auf. Wir schätzen, daß bis Ende Mai 1976 die Stärke der Streitkräfte der ZANU mindestens 30000 betragen wird und daß auch danach beständig neue Freiwillige in die Lager kommen werden, sehr wahrscheinlich in noch größerer Anzahl.

5. Von der Alterszusammensetzung her sind etwa 80 Prozent zwischen 15 und 30 Jahren und die übrigen älter oder jünger. Etwa 10 Prozent sind Frauen, fast keine davon über 30 Jahre alt. Das wird sich jedoch wahrscheinlich ändern, da zunehmend auch Ehepaare als Freiwillige eintreffen.

Die Gesamtstreitkräfte verteilen sich auf fünf über ganz Mozambique verbreitete Hauptlager. Zur Zeit sind in einigen Lagern 5000 bis 7000 Genossen. Wegen der augenfälligen Überbelegung und dem ständigen Neuzugang werden öfters neue Lager hier in Mozambique eröffnet.

Durch die gegen die ZANU und ihre Befreiungsanstrengungen gerichteten Maßnahmen der sambischen Regierung haben wir fast unseren ganzen Besitz (dauerhaften und Konsumgüter), den wir bis 1974 zusammengebracht hatten, verloren. Wir haben keine Hoffnung, jemals viel, wenn überhaupt etwas, wiederzusehen. Deshalb müssen wir uns anstrengen, nicht nur die seit Dezember 1974 zu Tausenden hinzugekommenen Kämpfer zu versorgen, sondern auch die Tausende, für die bereits gewisse Vorsorge gesichert war, bis die sambische Regierung gegen uns vorging.

Alles, was wir von uns selber aus und in großem Überfluß haben, ist unsere Entschlossenheit, den Befreiungskampf fortzusetzen, und die Menschenkraft dafür.

Wie diese kurzen Angaben zeigen, können wir zwar eine Reihe von Gütern, die wir dringend brauchen, auflisten. Die realistischste Erklärung, die wir aber abgeben können, ist die, daß wir alles brauchen, was uns angeboten werden kann. Keine Hilfe kann zu gering sein und keine zu groß, denn unsere Aufgabe ist riesengroß. Unsere zahlenmäßige Stärke befindet sich ständig im Fluß, weshalb es auch keinen Sinn hat, Bedarfsmengen für die einzelnen Gegenstände anzugeben.

Wir hoffen auf eine Gelegenheit, wo der Ge-

Wir hoffen auf eine Gelegenheit, wo der Ge-

nosse Mugabe einige Zeit von den Aufgaben hier abkömmlich ist und persönlich alle oder einige unserer Freunde in Europa treffen kann. Wenn diese Gelegenheit sich ergibt, wird er es nicht versäumen, auch Euch aufzusuchen, um Euch eine umfassendere Darstellung unserer Lage zu geben, unserer Programme und Absichten. Zur Zeit sind wir hier unabkömmlich.

Es grüßt Euch

Robert G. Mugabe
(ZANU Secretary General and Central Committee Member; and Chairman, Camps' Relief Committee)

Edgar Z. Tekere
(ZANU Central Committee Member; and Secretary/Treasurer, Camps' Relief Comittee)

Folgende Artikel werden in den Lagern in Mozambique dringend benötigt:

Kleidersammlung:
Oberbekleidung und Wäsche (Hosen, Jakken, Pullover, Hemden, Mäntel) für Frauen und Männer, Handtücher, Decken, Schuhe. Bei den Artikeln kommt es vor allem darauf an, daß sie strapazierfähig sind. Dafür wird der Ortsverband des KBW in Bremen in Zusammenarbeit mit dem Afrika-Komitee Bremen eine intensive Kleidersammlung in Bremen durchführen.

Bremen durchführen.

Kontaktanschrift dafür ist:
Wolfgang Hirscher, Friedrich-Klippertstr. 16, 2820 Bremen-Grohn, Tel. 0421/652480
An diese Anschrift können auch Kleider in gewaschenem Zustand mit der Post oder Bahn geschickt werden.

Armbanduhren, Schreibmaschinen, Fotoapparate (keine anderen Gegenstände) senden an:
Kommunistischer Bund Westdeutschland, Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim

Spendenkonto
ZANU-Zimbabwe
Volksbank Mannheim Nr. 1068326

Oman: Militärische Erfolge der Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO)

Die PFLO hat am 16. und 17. Dezember eine Reihe von Operationen gegen feindliche Stellungen in der Westregion der befreiten Provinz Dhofar durchgeführt. In einem Militärkommuniqué, das am 20.12. von der PFLO in Aden verbreitet wurde, heißt es: „Bei diesen Operationen sind 72 Offiziere und Soldaten des Feindes getötet oder verwundet worden. Ein Hubschrauber im Militärflughafen im Norden von Sarfit wurde zerstört, als unsere Einheiten drei Stunden lang den Flughafen unter Beschuß nahmen. Alle Befestigungsanlagen um den Flughafen konnten dabei zerstört werden. Weiterhin sind bei dieser Operation 16 feindliche Stellungen, ein Panzerwagen und zwei schwere Geschütze vollständig vernichtet worden." In einem politischen Kommuniqué des zentralen Exekutivkomitees der PFLO, das am gleichen Tag herauskam, heißt es, daß die Anwesenheit ausländischer Truppen in Oman nicht nur eine Provokation für das omanische Volk ist, sondern für die Völker des gesamten Golfgebietes. Die PFLO bekräftigte in ihrer Erklärung, daß das omanische Volk seinen gerechten Kampf gegen die ausländische Aggression so lange fortsetzen wird, bis der letzte ausländische Soldat Oman verlassen hat und das ganze Land befreit ist. Denn nur so kann Oman einen wirklichen Beitrag für den Fortschritt und die Freiheit auf arabischer und internationaler Ebene leisten.

Militärkommuniqué der PFLO vom 20.12. (aus: al-Thawra, Zentralorgan der irakischen Baath-Partei, vom 21.12.1975)

Solidaritätsaktion

Zahlreiche Solidaritätskomitees mit den arabischen Völkern und die Generalunion Arabischer Studenten in der BRD haben einen Vorschlag des PFLO-Vertreters Rashed Said, den er bei einem Treffen in Köln am 23. November der Solidaritätsbewegung unterbreitete, aufgegriffen und beschlossen, Anfang Februar eine Oman-Solidaritätsaktion mit einem Oman-Aktionstag am 7. Februar durchzuführen. Damit soll der durch die Rundreise des Genossen Rashed Said erreichte politische Erfolg genutzt werden, um die Solidarität mit dem gerechten Kampf des Volkes von Oman zu vertiefen und zu verbreitern. In der Aktion soll für eine mobile Propagandaeinheit für die PFLO gesammelt werden (Landrover mit Leinwand und Dia/Film-Projektionsvorrichtung).

Der Kampf des Volkes von Oman für nationale und soziale Befreiung unter Führung der PFLO ist ein wichtiger Beitrag im Kampf der Völker der Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus. Der KBW begrüßt deshalb den Vorschlag der Aktionseinheit, der von ihrem Koordinationsausschuß an alle fortschrittlichen und revolutionären Organisationen in der BRD geschickt wurde mit der Aufforderung zur Unterstützung. Die Ortsgruppen werden die örtlichen Aktivitäten der Aktionseinheit nach Kräften unterstützen.

Für die Druckmaschine sind inzwischen DM 35 943,55 DM eingegangen (15. Januar).

Programmentwurf der SED

Unterwerfung unter Sozialimperialismus und Rechtfertigung der bürgerlichen Diktatur

Die SED hat den Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgelegt, welches das bisher gültige Programm der SED von 1963 ablösen soll. Schon das Programm von 1963 war ein Dokument des Revisionismus: Leugnung der Fortexistenz von Klassen und Klassenkampf machen seinen politischen Kern aus. So heißt es im Programm von 1963: „Während der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus im Ergebnis des Klassenkampfes vollzogen wird und einen radikalen Umbruch der gesellschaftlichen Beziehungen erfordert, vollzieht sich der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus ohne die Existenz von Ausbeuterklassen und unter Verhältnissen, in denen alle Mitglieder der Gesellschaft – die Arbeiter, die Bauern, die Intelligenz – zutiefst am Sieg des Sozialismus interessiert sind und bewußt um ihn ringen." (Seite 161) Mit anderen Worten: Es hat Klassenkampf gegeben, aber nach der Enteignung der Kapitalisten und nach Bildung der Genossenschaften unter den Bauern gibt es ihn nicht mehr. Die Bourgeoisie und ihr ganzer Anhang mitsamt der bürgerlichen Verhältnisse in Produktion und Verteilung, in den Rechtsbegriffen, der Moral, der Kultur, all das ist verschwunden und muß nicht mehr bekämpft werden. Übriggeblieben ist nur noch die wachsende „politisch-moralische Einheit aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik" (Seite 46).

Diese Behauptung widerspricht offensichtlich allen über die DDR bekannten Tatsachen und allen Erfahrungen, welche die Bewohner der DDR ständig machen. Verschärfter Druck auf die Arbeitsleistung der Werktätigen, Stachelung der Konkurrenz unter ihnen, wachsende Bereicherung der Partei- und Staatsfunktionäre, der Betriebsleiter; Anwachsen der Kriminalität, Ausbau der Polizei- und Geheimdienste, Aufrechterhaltung der Berliner Mauer und der Stacheldrahtgrenze im Westen zwecks Einsperrung der eigenen Bevölkerung, alles das liegt offen zutage. Und all diese Erscheinungen sind offenbar keine Anzeichen für wachsende „politisch-moralische Einheit aller Bürger der DDR", sondern lauter Anzeichen für wachsende Gegensätze, für Klassenantagonismen.

sende Gegensätze, für Klassenantagonismen.

Die SED verleugnet die Existenz von Klassengegensätzen

Warum verleugnet aber die SED hartnäckig die Existenz von Klassengegensätzen? Die Antwort ist einfach: weil sie zur Partei derjenigen geworden ist, die von der Ausbeutung und Unterdrückung profitieren, zur Partei, an deren Spitze eine neue Bourgeoisie steht. An der Verleugnung von Klassengegensätzen und an der Behauptung der Klassenharmonie – trotz schreiender Gegensätze und Unterschiede – haben schon immer die ausbeutenden und unterdrückenden Klassen ein Interesse gehabt, niemals die Arbeiterklasse und das werktätige Volk. So auch in der DDR. Sicherstes Zeichen dafür, daß dort eine neue bürgerliche Ausbeuterklasse sich des Staates und der Partei bemächtigt hat, ist die Tatsache, daß die SED als regierende Partei die Existenz von Klassengegensätzen und die Notwendigkeit zur Fortführung des Klassenkampfes leugnet.

Das tat die SED schon im Programm von 1963. Das hat sie in ihrem neuen Programmentwurf rundum beibehalten: „Für immer ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt und der Klassenantagonismus verschwunden", behauptet sie in ihrem Programmentwurf.

Aber der neue Programmentwurf ist nicht nur die Wiederholung des 63-er Programms. Er ist ein ganzes Stück reaktionärer als dieses, und vor allem ist er ein Dokument knechtischer Unterwerfung unter das Diktat des Sozialimperialismus.

Politik der nationalen Einheit aufgegeben

Das 63-er Programm leugnete zwar, daß der Klassenkampf in der DDR innere Ursachen habe. Aber es sprach davon, daß die westdeutschen Imperialisten „von Westdeutschland und Westberlin aus einen erbitterten Klassenkampf gegen die Deutsche Demokratische Republik" führen (Seite 47). Und es kam zu dem Schluß, daß „unter den Bedingungen der Spaltung einer Nation in zwei Staaten" durchaus innere Ansatzpunkte für den Klassenkampf der westdeutschen Imperialisten gegen die DDR existierten: „Die Fäulniserscheinungen der untergehenden Ordnung bleiben unter solchen Bedingungen viel länger erhalten." Die Konsequenz daraus war: „Die günstigsten Voraussetzungen für den umfassenden Aufbau des Sozialismus wie für den Übergang zum Kommunismus in der DDR werden gegeben sein, wenn in Westdeutschland Imperialismus und Militarismus überwunden sind und die beiden deutschen Staaten im Rahmen einer Konföderation, in gesicherter friedlicher Koexistenz miteinander wetteifern." (Seite 163)

Das war zwar nicht die Anerkennung des Klassenkampfes in der DDR, wohl aber die Anerkennung der Existenz *einer* deutschen Nation, also des Werks einer jahrhundertelangen Geschichte. Im neuen Programmentwurf lobt sich die SED für den „gesetzmäßigen Prozeß der Abgrenzung der sozialistischen DDR von der kapitalistischen BRD in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens". Und als Ergebnis dieses Gegenteils von Konföderation sieht die SED heute in der DDR „die sozialistische deutsche Nation" sich herausbilden. Diese „sozialistische Nation" in der Deutschen Demokratischen Republik ist (zwar) ein untrennbarer Bestandteil der Gemeinschaft sozialistischer Nationen" (worunter die SED versteht alle Nationen, die unter der Knute des Sozialimperialismus leben), aber sie ist offenbar nach Auffassung der SED kein Bestandteil der deutschen Nation mehr. Nachdem die SED sich also 1963 noch als „Partei ... der nationalen Würde und nationalen Einheit" gelobt hatte, die um die „Überwindung der Spaltung der deutschen Nation ... kämpft" (Seite 9), gibt sie heute zu verstehen, daß sie nur durch eine Politik der „Abgrenzung" sich im Sattel halten kann. Aus einer „Partei der nationalen Würde" ist eine Partei geworden, die erklärt, daß sie auf die „Überwindung der Spaltung der deutschen Nation" pfeift und sich eine eigene Nation basteln will.

tung der deutschen Nation" pfeift und sich eine eigene Nation basteln will.

Vasall des Sozialimperialismus

Der Hintergrund für diesen Verzicht, als Partei des ganzen deutschen Volkes aufzutreten (das 63-er Programm wurde von der SED noch „dem ganzen deutschen Volk" vorgelegt, Seite 146), ist durchsichtig: Die SED hat sich rundum zum Knecht des Sozialimperialismus gemacht, befindet sich restlos in dessen Abhängigkeit, und da ist von den alten Widervereinigungsplänen keine Rede mehr. Allen diesen Plänen, auch dem Konföderationsplan von 1963, ist nämlich gemeinsam gewesen der „stufenweise Abbau der sich aus der Zugehörigkeit beider deutscher Staaten zu verschiedenen Mächtegruppierungen ergebenden militärischen Verpflichtungen, militärische Neutralität und völlige Abrüstung" (Programm der SED von 1963, Seite 59).

Das würde bedeuten: Abzug der US-Truppen aus Westdeutschland, aber auch Abzug der sowjetischen Divisionen aus der DDR. Als die Sowjetunion noch ein sozialistisches Land war und auch noch als sie die weitaus schwächere Macht war gegenüber dem US-Imperialismus, war das Bestandteil ihrer Politik. Heute, wo die Sowjetunion bis an die Zähne bewaffnet ist und der Sozialimperialismus sich voll entfaltet hat, ist es das nicht mehr. Wer auf Aggression aus ist, verlegt seine vorderste Frontlinie nicht zurück. Dazu waren die USA weder in den fünfziger und sechziger Jahren in Europa bereit und das sind sie auch heute nicht. Und die Sowjetunion, die dazu in den fünziger Jahren ihre Bereitschaft immer wieder erklärt, ist es heute nicht mehr.

Die SED als Vasallenpartei paßt sich dem an. 1963 enthielt das SED-Programm noch die Passage: „Sie (die SED) strebt danach, daß alle Militärblocks aufgelöst, der kalte Krieg sowie die Propaganda der Feindschaft und des Hasses unter den Völkern eingestellt und alle fremden Luft-, Marine-, Raketen- und sonstigen Militärstützpunkte im Hoheitsgebiet anderer Staaten aufgelöst werden." (Seite 61) Davon ist heute keine Rede mehr. Die Herren im Kreml würden der SED auch ordentlich den Marsch blasen, wenn sie die Auflösung aller Militärstützpunkte auf fremdem Territorium fordern würde, wo sie doch alle Hebel in Bewegung setzen, um überall in der Welt solche Stützpunkte zu gewinnen.

Demutsgesten vor dem Sozialimperialismus

Im vasallenmäßigen Auftreten gegenüber der Sowjetunion und in demutsvollen Ergebenheitsadressen an die Sowjetunion und die KPdSU stellt der neue Programmentwurf mit Sicherheit einen Rekord auf. Kein Abschnitt des Entwurfs, ob nun von der „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR", von der „ökonomischen Politik", von der „Agrarpolitik", von der politischen Organisation, der Förderung der Wissenschaft, der Entwicklung der Volksbildung oder von der Entwicklung der sozialistischen Nationalkultur die Rede ist, in dem nicht eine oder mehrere Verbeugungen vor dem Oberherrn aufgenommen sind.

Dieses penetrante Diener- und Marionettentum geht so weit, daß in bezug auf das Volksbildungswesen die Aufgaben in folgender Reihenfolge gestellt werden: „Große Bedeutung kommt der Beherrschung von Fremdsprachen, besonders der russischen Sprache, zu. Die weitere Ausgestaltung des polytechnischen Unterrichts fördert das sozialistische Verhältnis zur Arbeit und zu allen arbeitenden Menschen." Der Russischunterricht wird für wichtiger gehalten als die „weitere Ausgestaltung des polytechnischen Unterrichts". Kann man deutlicher die Unterwerfung unter russischen Kulturimperialismus herausposaunen!

Wen soll die „proletarische Diktatur" unterdrücken?

Die regierende Clique um Honecker liebt es, sich „linker" zu geben als der Vorgänger Ulbricht. An hervorgehobener Stelle in der Präambel des Programmentwurfs ist die Rede von der DDR als einem „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats". Diese Bezeichnung

der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats". Diese Bezeichnung

wird im Abschnitt über „Die politische Organisation der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" noch einmal wiederholt. Diktatur des Proletariats also beansprucht das SED-Regime zu sein. Diktatur? Das glauben wir gerne, denn sozu sollten Staatsorgane da sein, wenn nicht um damit zu diktieren und den Willen der herrschenden Klasse durchzusetzen. Aber: Diktatur worüber? Gegen wen soll das Diktat sich richten?

Glauben wir dem SED-Programmentwurf, dann gibt es in der DDR nur die „Festigung der politisch-moralischen Einheit des Volkes", gibt es nur „enge und dauerhafte Beziehungen der kameradschaftlichen und schöpferischen Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterklasse, der 'Klasse der Genossenschaftsbauern, der Intelligenz und den anderen Werktätigen". Gegen wen richtet sich dann die proletarische Diktatur? Gegen irgendjemanden, und zwar nicht gegen einzelne, sondern gegen eine oder mehrere Klassen müßte sie sich doch richten, wenn der Begriff einen Sinn haben soll.

Der Programmentwurf gibt nur verschlüsselt Auskunft, wenn er die Aufgaben des Staates bestimmt, den er „als eine Form der Diktatur des Proletariats" bezeichnet. Ohne zu sagen, welche Klasse dieser Staat unterdrücken soll, heißt es da: „Der sozialistische Staat leitet die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte der Gesellschaft, fördert den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und das stetige Wachstum der Arbeitsproduktivität. Durch den Staat werden die sozialistischen Produktionsverhältnisse, die kameradschaftliche Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Werktätigen entwickelt, das Bildungs- und Kulturniveau und das sozialistische Verantwortungsbewußtsein der Werktätigen erhöht." Das alles tut der Staat, der richtig als Diktatur beschrieben wird. Und er tut es wem gegenüber? Gegenüber den Werktätigen! Gegenüber den Arbeitern, der größten Produktivkraft, gegenüber den Bauern, gegenüber der Intelligenz! Sie sind Objekte seines Diktats, sind der Diktatur unterworfen. Der Programmentwurf der SED, der sich sorgsam hütet, als Feind der Partei die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen zu nennen, aber an der Bezeichnung „Diktatur des Proletariats" festhält, gibt tatsächlich die verschlüsselte Rechtfertigung für die umfassende Diktatur einer neuen Bourgeoisie vermittels des Staates über das werktätige Volk. Und wenn unter Honecker mehr über „Diktatur des Proletariats" gesprochen wird als unter Ulbricht, so deshalb, weil diese bürgerliche Diktatur inzwischen alle Skrupel verloren hat und sich gerade deshalb tarnen muß, um ihre Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Volksmassen zu rechtfertigen.

Bürgerliche Sozialpolitik zur Verspießerung der Arbeiter

Wie jede bürgerliche Diktatur ist sich auch die bürgerliche Diktatur in der DDR klar über die Bedeutung der „Sozialpolitik" zwecks Befriedung der Massen: „Immer größeres Gewicht erhalten die sozialpolitischen Aufgaben des Staates", schreibt die SED-Führung im Entwurf. Und die Richtung dieser Sozialpolitik wird ebenfalls angegeben: „Das Wohnungsbauprogramm ist das Kernstück der Sozialpolitik der SED." Nun ist gewiß nichts einzuwenden gegen gute Wohnungen, die die Arbeiterklasse sich und den übrigen Werktätigen errichtet. Was aber hat es auf sich mit dem Wohnungsbauprogramm der SED? „Durch den Wohnungsbau wird in wachsendem Maße Einfluß auf eine hohe Wohnkultur, eine sinnvolle Freizeitgestaltung und die Gemeinschaftsbeziehungen genommen", heißt es im Programmentwurf. Und damit wird die Richtung der Sozialpolitik schon deutlicher: hohe Wohnkultur, sinnvolle Freizeitgestaltung, Einfluß auf die Gemeinschaftsbeziehungen. An anderer Stelle ist noch die Rede von „Entwicklung eines kulturvollen Gemeinschaftslebens", „niveauvoller Geselligkeit", von der „hohen geistigen Kultur", für welche die Partei eintritt, von der „lebendigen Beziehung auf alles Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre", das dieser „sozialistischen"

auf alles Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre", das dieser „sozialistischen"

Kultur eigen sein soll.

Alles das Beschreibungen, die auf Schaffung einer Privatsphäre zielen, aus der dann die einzelnen Privatleute nur heraustreten, um sich niveauvoll, kulturvoll, schwärmend für das Große und Edle, Humanistische und Revolutionäre zu begegnen. Vom kollektiven Kampf gegen das Reaktionäre, Überlebte, von der Kritik und vom Niederreißen bürgerlicher Einrichtungen und Ideen ist nirgends die Rede. Das ist aber die wichtigste „Gemeinschaftsleitung" der Arbeiterklasse gerade auch unter der Diktatur des Proletariats, ihr wichtigster Beitrag auch zum kulturellen Leben: den Schutt wegzuräumen und die bürgerliche Ideologie Schritt für Schritt zu vernichten, auch in den eigenen Köpfen.

Es ist ein konsequentes Verspießerungsprogramm, das die SED der Arbeiterklasse als „echt proletarisch" verhökern will. Jede bürgerliche Regierung versucht in diese Richtung zu gehen. Der Erfolg ist regelmäßig gering. Das wird auch der SED nicht anders gehen. In den nächsten Monaten wird der Programmentwurf der SED in Hunderttausenden von Parteieinheiten, im Jugendverband, in Schulklassen und Kursen millionenfach gelesen und diskutiert werden. Es kann nicht ausbleiben, daß sich die bürgerliche Führung der SED schon dadurch Tausende neuer Feinde macht. Denn der Entwurf ist nicht nur reaktionär bis auf die Knochen, voll des widerwärtigsten Knechtssinns gegen den Oberherrn, sondern auch dermaßen geistlos und bürokratisch, daß es entwürdigend empfunden wird, Derartiges lesen und diskutieren zu müssen. Dafür nur ein Beispiel: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands bringt der Jugend volles Vertrauen entgegen und überträgt ihr volle Verantwortung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft." – Die Partei bringt der Jugend Vertrauen entgegen: Man kann sich gut vorstellen, wie sich die Jugend über diesen Parteioberlehrer freuen wird. **(wm)**

Kampf gegen die Reaktion ist notwendig

Fortsetzung: 13. Strafrechtsänderungsgesetz beschlossen

Es ist offensichtlich, daß hier schwere Mängel in der Enthüllungstätigkeit des KBW, in der Arbeit seiner Leitung und seines Zentralorgans zum Vorschein kommen, Mängel, die den KBW daran gehindert haben, die Aufgaben einer Vorhut der Arbeiterklasse wirklich umfassend wahrzunehmen. Dies gilt nicht gemessen an anderen revolutionären Organisationen, sondern gemessen an den Aufgaben, die der Klassenkampf den Marxisten-Leninisten stellt. Die anderen Organisationen sind den Gesetzesvorhaben der Bourgeoisie noch weniger und noch später auf die Spur gekommen als wir, haben sie ebenfalls auf sich beruhen lassen und sind erst durch die KVZ vom 6. November erneut auf sie aufmerksam gemacht worden. Die Fehler anderer Organisationen können jedoch nicht den Maßstab abgeben für unsere eigenen Fehler. Sonst hätte der KBW nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch den Kampf gegen den § 218 einstellen können, sonst hätte er auch die Haushaltssicherungsgesetze einfach schlucken können.

Tatsache ist, daß sich die Politik der Bourgeoisie, Reaktion auf der ganzen Linie, nach dem Regierungswechsel von dem Duo Brandt/Scheel auf das Duo Schmidt/Genscher vollständig entfaltet hat; daß das Finanzkapital gerade zu diesem Zweck den Regierungswechsel erzwungen hat und die neue Regierung immer kürzer an die Leine der Staatskredite gelegt hat, um diese Politik der umfassenden Reaktion in die Tat umzusetzen. Tatsache ist, daß der KBW dies sowohl in Artikeln als auch in dem Rechenschaftsbericht des ZK an die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz klar herausgearbeitet hat. Genauso aber ist es auch Tatsache, daß wir die einzelnen Maßnahmen, aus denen sich diese durch und durch reaktionäre Politik der Finanzbourgeosie zusammensetzt, nicht genügend klar enthüllt und in ihren Zusammenhang gestellt haben, um gegen die Reaktion auf der ganzen Linie wirklich umfassend die Massen mobilisieren und im Kampf anleiten zu können.

Die gegenwärtige politische Situation ist durch einen Zusammenstoß der Reaktion mit einem noch weitgehend spontanen Neuaufschwung der demokratischen Massenbewegung gekennzeichnet.

Ziel der Bourgeoisie ist es, die Krise und die Arbeitslosigkeit zu nutzen, um die Schranken zu durchbrechen, die die Arbeiterbewegung gegen die Tendenz des Kapitalismus zur absoluten Verelendung errichtet hat. Daraus will die Kapitalistenklasse die Kraft ziehen, um in der imperialistischen Konkurrenz um die Ausbeutung der Welt mithalten zu können. Nach außen bedeutet das ökonomische Expansion und den Versuch, im Schatten der Rivalität der beiden Supermächte bei den Vorbereitungen des imperialistischen Krieges mitzuhalten. Die Politik der Finanzbourgeosie erfordert die reaktionäre Festigung ihrer Diktatur, erfordert die vollständige Entrechtung der Arbeiterklasse und der Volksmassen, um die Verschärfung der Ausbeutung und die Ausplünderung der Volksmassen gegen wachsenden Widerstand durchzusetzen.

Auf seiten der Arbeiterbewegung verlangt diese Situation eine Menge von Bewußtheit, um die spontanen demokratischen Bewegungen der Massen im Kampf gegen die Reaktion und den bürgerlichen Staatsapparat leiten zu können. Aufgabe der Kommunisten ist es, durch ihre politische Enthüllungstätigkeit die Arbeiterklasse zur Vorkämpferin der Demokratie zu erziehen. Enthüllungen sind notwendig, weil die Zwecke und Pläne der Finanzbourgeoisie keineswegs auf der Hand liegen, sondern durch einen ganzen Apparat wie Parlament, Presse, Rundfunk ideologisch und politisch verhüllt werden. Nur wenn die Kommunisten in der Lage sind, den Schleier zu zerreißen, den die Bourgeoisie über ihre Absichten, Pläne und über ihre Taten zieht, nur wenn die Kommunisten in der Lage sind, der Arbeiterklasse und den Volksmassen rechtzeitig die Wahrheit zu enthüllen, erfüllen sie ihre Aufgaben im Klassenkampf. Dies müssen wir immer besser lernen. – **(js)**

Zusammenbruch des Glöggler-Konzerns

Der Staat saniert, die Banken sahnen ab

Der Glöggler-Konzern, der größte westdeutsche Textilkonzern, ist zum Jahreswechsel unter einem Schuldenberg von rund 1 Milliarde zusammengekracht. 12000 Arbeiter und Angestellte sind bedroht, auf die Straße zu fliegen. Diese Pleite ist ein Lehrstück über die Herrschaft des Finanzkapitals und wie es sich der Staatsmacht bedient.

Der ehemalige Bauunternehmer hatte 1969 seine Chance gewittert. Die Banken suchten damals Käufer für darniederliegende Textilbetriebe, die durch völlige Verschuldung in ihren Besitz gekommen waren. Mit nur 4 Millionen Eigenkapital begann Göggler, sich in großem Stil in der Textilbranche einzukaufen. Zuerst kaufte er 80 % der Aktien der Hanfwerke Füssen/Immenstadt. *„Mit den Aktien“* schreibt die „Frankfurter Rundschau“ vom 17.1., *„kamen die Kredite.“* 1972 übernahm er von der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank die Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei Augsburg. Innerhalb weniger Monate kaufte er sich den größten Textilkonzern in Westdeutschland zusammen, mit fast 12000 Arbeiter und Angestellten und einem Umsatz von fast 1 Milliarde.

Der Dreh war einfach. Auf Pump wurde die erste Fabrik gekauft und mit neuem Pump auf die gekaufte Fabrik wurde die nächste gekauft. Mit solchen schmutzigen Betrügereien erwarb er sich in kurzer Zeit in der Finanzwelt den Namen eines *„Finanzgenies“*.

Die Banken waren mit Glöggler sehr zufrieden. Er geizte nicht beim Aushandeln des Kaufpreises und zahlte hohe Zinsen. Auch als Bodenspekulant hatte er seine Qualitäten. Die für den Betrieb überflüssigen Grundstücke verkaufte er mit Millionengewinn und konnte damit jeweils einen Teil des Kaufpreises abdecken. Glöggler setzte auf die ständige Expansion seiner Profite und auf die Inflation, die seine Schulden schrumpfen ließ.

„Insofern war Glöggler ein Kind seiner Zeit, einer Zeit der Geldentwertung und Konzentration, in der stets die Stunde der Finanziers und der Konzernstrategen zu schlagen pflegt“, schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“.

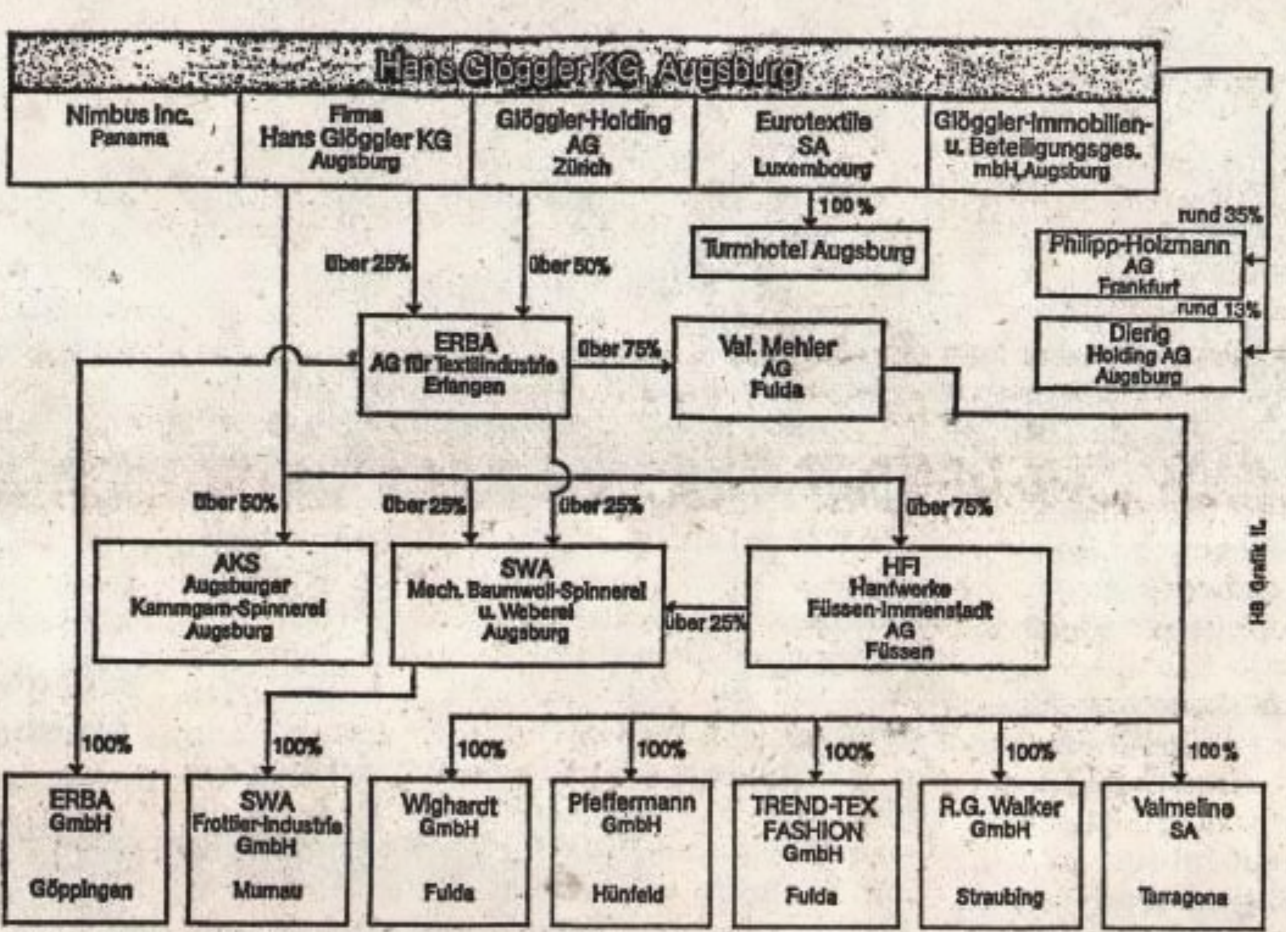
Sobald Glöggler die Betriebe in seinem Besitz hatte, fing er an, kräftig zu rationalisieren und das letzte aus den Arbeitern herauszupressen.

Bei den Hanfwerken Füssen/Immenstadt wurden 30 % der Belegschaft auf die Straße gesetzt, bei SWA 900 von 2000. Innerhalb eines Jahres stieg die Dividende bei den Hanfwerken z.B. auf das Doppelte, der Aktienkurs von 661 auf 1125 DM. Im bayrischen Wirtschaftsministerium galt Glöggler bald als der Mann, „der sanierungsreife Textilbetriebe übernehmen und der amtlichen Strukturpolitik auf die Sprünge helfen kann“, schrieb die „Zeit“ vom 7.11.75.

Glögglers Heißhunger nach Profit war aber mit der Ausbeutung von 12000 Textilarbeitern keineswegs gestillt. Was er aus den Beschäftigten, überwiegend Frauen und ausländischen Arbeitern bei niedrigsten Löhnen herausschinden konnte, benutzte er für Spekulationsgeschäfte mit Aktien, Grundstücken und später vor allem mit Devisen. 1975 zog er mit einer Beteiligung von 30 % in den Aufsichtsrat des Hoch und Tiefbau Konzerns Philipp Holzmann ein. Um ständig neue Kredite flüssig zu machen, verpfändete er Aktien seiner Textilbetriebe und zwang diese, sich für vermutlich 130 Millionen gegenüber der Übergesellschaft zu verschulden.

Der Konzern wurde „immer kunstvoller“ ausgebaut, wie die „Frankfurter Allgemeine“ bewundernd schreibt. Diese in allen Konzernen angewandte Kunst besteht darin, den Konzern immer weiter zu verschachteln, so daß er mit einer dünnen Kapitalbasis über ein mehrfaches an Kapital diktieren konnte. Durch sogenannte Behrrschungsverträge wurden die verschiedenen Tochtergesellschaften den Übergesellschaften, den Holdings, vollständig unterworfen.

Ein solches „Beteiligungssystem“ schrieb Lenin in **„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, „dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolisten riesenhaft zu vermehren, es ermöglicht außerdem jede Art von dunklen und schmutzigen Geschäften straflos zu betreiben und das Publikum zu schröpfen, denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der ‚Muttergesellschaf‘ für die ‚Tochtergesellschaft‘ nicht verantwortlich, die als ‚selbständig‘ gilt und vermittels derer sich alles drehen läßt.“** (Seite 53, Dietz-Ausgabe 1967)



Anteile an Firmen, die vom Glöggler Konzern gehalten wurden

Die Auslandesgesellschaften und ihre Geschäfte tauchten in der Konzernbilanz erst gar nicht auf. Für Steuerhinterziehungen gründete Glöggler in Panama eine Scheinfirma auf den frechen Namen „Nimbus“ (lat., bedeutet: Heiligenschein, Ansehen).

Das Geschäft blühte und die Bankkredite flossen reichlich. Glöggler galt als Mann des Erfolges. Der bayrische Staatssekretär Sackmann verglich ihn mit den Fuggern, an der Börse galt er als ein neuer Flick. Daß seine *„Ausstattung mit Eigenkapital“* dürftig sei, war bekannt. Das sei, hatte die „Zeit“ vom 7.11.75 festgestellt, zwar *„unbefriedigend“* doch *„in der deutschen Industrie keineswegs unmöglich“*. Das entspricht vollständig den Tatsachen. Für das Finanzkapital ist es eine höchstgewöhnliche Angelegenheit, mit der Existenz von 12000 Beschäftigten zu pokern, und bei verbrecherischen Spekulationen zu riskieren, daß gutausgerüstete Produktionsstätten, von Tausenden von Arbeitern hergestellt, durch einen Bankrott brachgelegt werden.

Wie gewöhnlich solche niederträchtigen Machenschaften sind, hat Göggler in seinem Haß auf die ehemaligen Finanzkumpanen, die Banken, die ihn jetzt haben fallen lassen, aus erster Hand bekräftigt. Er hat 5 Bankenvertreter in den Vorständen und Aufsichtsräten daran erinnert, daß sie nie Einwände gegen *„diese Unternehmenspolitik“* erhoben hätten. *„Keiner der Herren Vorstände dieser Aktiengesellschaft stellte seinen hochdotierten Vorstandsvertrag mit Pensionierungsanspruch – in vielen Fällen Bereitstellung schöner Villen – zur Verfügung.“* Solche Geschäfte seien häufig genug gut gegangen, haben die Bankenvertreter auf Vorwürfe des Bayrischen Wirtschaftsministers Jaumann erwidert. Solange Göggler aus den Arbeitern in seinen Betrieben mehr herauspressen konnte, als Tilgung und Zinsen für die Bankkredite verschlangen, lief für ihn und die Banken ja tatsächlich alles glatt und gewöhnlich. Er machte seinen Profit, die Banken machten den ihren.

Die Banken als Aasgeier

„Ehe Glöggler seine Unternehmen zu einem krisensicheren Konzern zusammenfügen konnte, kam der finanzielle Zusammenbruch“, klagt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 11.1.

1975 gerieten seine Textilbetriebe in die Krise, der Absatz ließ nach, und die Lager waren überfüllt. Mit der Grundstücksspekulation lief es schon seit 73 nicht mehr wie gewünscht. Glöggler wies seine Manager an, durch weitere Rationalisierungen und Lohnsenkung die Beschäftigten noch mehr auszubeuten. Er jonglierte mit Krediten von schließlich 38 in- und ausländischen Banken herum, aber die steigenden Zinsen ließen sich nicht mehr bezahlen. Die Riesenschar der Gläubiger, der flotte Konzernherr mit seiner Familie, all diese Nichtstuer hatten jahrelang von der Arbeit der 12000 Belegschaftsmitglieder gezehrt. Jetzt hatte Glöggler nicht mehr genug zu verteilen. Die Großbanken sperrten ihm den Kredit.

Am 7. Januar war Glöggler gezwungen, an die Firmenleiter von Mehler und Erba die Generalvollmacht über seine Textilbetriebe abzugeben.

Sofort gingen die beteiligten Banken mit den Bevollmächtigten und den Wirtschaftsministerien in Bayern, Hessen und Baden-Württemberg in Verhandlungen. Es kommt ans Licht, daß Glöggler rund 1 Milliarde Schulden hat. Das ist ungefähr so viel wie die 12000 Beschäftigten in seinen Betrieben zusammen in 6 Jahren verdienen. Auf 200 Millionen wird die „Liquiditätslücke“ des gesamten Konzerns geschätzt. Es kommt ans Licht, daß allein die Bank für Gemeinwirtschaft 135 Millionen DM Kredite an Glöggler vergeben hat und daß alle westdeutschen Großbanken mit im Geschäft gewesen sind. Der Sanierungsplan, den die Banken mit dem Staat aushandeln, sieht so aus:

Der Sanierungsplan

Der Konzern wird aufgelöst. Die Übergesellschaften werden dem Konkurs überlassen (sie sind am höchsten verschuldet). Eine „Gesamtsanierung“ des Konzerns haben insbesondere die Großbanken strikt abgelehnt, um sich die Stücke einzeln unter den Nagel zu reißen. Zwar wird ihnen der Bankrott der verschiedenen Holdings erst mal Verluste bringen, aber die Aktienpakete, die ihnen aus der Konkursmasse in die Hände fallen, darunter die 30 bis 35 % Philipp Holzmann Aktien und ein großer Teil AEG-Aktien sind fette Brocken, die über kurz oder lang Entschädigung versprechen. Für die in Bayern liegenden Betriebe Erba (4300 Beschäftigte) und AKS (900 Beschäftigte) soll ein „Kapitalschnitt“ auf Null vorgenommen werden, was bedeutet, daß die Aktien völlig entwertet sind. Die Einzelaktionäre sind damit erstmal vollständig enteignet. Für beide Betriebe stellen dann das Land Bayern und die beteiligten Banken jeweils zur Hälfte neues Kapital zur Verfügung, womit ihnen dann die Betriebe gehören. Bei der Erba beteiligt sich das Land Baden-Württemberg zu 15 % am Staatsanteil. Insgesamt sollen das 70 Millionen sein. Die Banken sind je nach der Höhe ihrer Forderungen an den Gesamtkonzern beteiligt. Allen voran die Bank für Gemeinwirtschaft mit 8 Millionen. Dann die Deutsche Bank mit 4,5 Millionen, die Bayrische Landesbank mit 4 Millionen, die Migros-Bank in Zürich mit 4,0, die Commerzbank mit 3,0, die Dresdner Bank mit 2,0 Millionen und 8 weitere in- und ausländische Banken.

Für die Val. Mehler AG in Hessen haben die Banken mit dem hessischen Wirtschaftsminister Karry eine ähnliche Lösung ausgehandelt. Es soll ein „Kapitalschnitt“ von 5:1 gemacht werden, d.h. das Kapital auf 4 Millionen herabgesetzt werden. Danach soll das Kapital um 12 Millionen erhöht werden durch Beteiligungen der Bank für Gemeinwirtschaft und der hessischen Landesbank mit jeweils 6 Millionen. Die Mehler Tochtergesellschaft Valmeline erhält einen Kredit von 14 Millionen. Das Land Hessen übernimmt in beiden Fällen eine Bürgschaft von 50 %, also insgesamt 13 Millionen.

Die beiden anderen Betriebe, HFI und SWA sollen wegen zu hoher Verschuldung erst mal ein Vergleich oder Konkursverfahren über sich ergehen lassen. Eventuell soll dann die sanierte Erba die Betriebe übernehmen. Dafür will Wirtschaftminister Jaumann Steuergelder aus dem „Regionalen Förderungsprogramm“ zur Verfügung stellen.

Die SWA hat am letzten Dienstag bereits Konkurs angemeldet. Ob die Konkursmasse für die Lohn- und Gehaltszahlung reicht, ist fraglich. Für beide Betriebe rechnet das „Handelsblatt“, falls sie weitergeführt werden sollten, mit *„reduziertem Mitarbeiterstand“* also mit Entlassungen. Auch in den schwäbischen Betrieben der Erba, so Jaumann, müsse mit dem Verlust von Arbeitsplätzen gerechnet werden.

Die „Sanierung“ bezwecke einzig und allein, die Arbeitsplätze zu reten, hat Jaumann immer wieder verlauten lassen. Er hat ihnen „Mitverflochtenheit“ in Glögglers Finanzmachenschaften vorgeworfen. Dafür müßten sie jetzt auch geradestehen. Das Verhandlungsergebnis zeigt etwas ganz anderes.

Die Früchte dieser Art Sanierung werden einzig und allein den Großbanken in den Schoß fallen. Mit den Steuergeldern der arbeitenden Massen sorgt der Staat durch Bürgschaften und Beteiligungen dafür, daß die Betriebe, deren Ausrüstung als ausgezeichnet eingeschätzt werden und die noch über Aufträge verfügen, möglichst schnell wieder genügend Profit abwerfen. Einstreichen werden diese Profite aber einzig und allein die Großbanken, denn sie haben die Schuldtitel, die mit Hilfe dieser Profite getilgt werden müssen. Die Finanzkapitalisten lassen also einen Teil des Staatshaushaltes für sich als Kapital fungieren. Der Staat schützt das Monopol des Finanzkapitals, indem er dafür sorgt, daß die Großbanken sich schnell von den Verlusten erholen können, die sie bei den Gaunereien mit dem ehemaligen Kumpanen Glöggler erlitten haben. Sind die Betriebe wieder ganz über den Berg, werden die Bankiers schon Wege finden, daß der Staat seine Beteiligungen ihnen wieder zuschiebt, denn dann hat die Staatsbeteiligung ihre Schuldigkeit getan.

Über einen längeren Zeitraum berechnet haben sich die Großbanken also billig in den Besitz von modernen Produktionsanlagen und Tausenden von Arbeitskräften gebracht.

Glöggler hat nach einigem Hin und Her inzwischen die Generalvollmacht wiederrufen und den Sanierungsplan abgelehnt, weil er nicht den gesamten Konzern umfaßt. Er muß nämlich fürchten, daß die Banken, die ihm Kredite auf die verpfändeten Aktien der Textilbetriebe gegeben haben, jetzt nachdem diese Aktien durch den Kapitalschnitt auf Null gesetzt sind, sich mit dem Vermögen, das Glöggler außerhalb des Konzerns angesammelt hat, entschädigen wollen.

Die Großbanken und das Wirtschaftsministerium haben sich bisher von der Ablehnung Glögglers nicht beeindrucken lassen, Jaumann hat Glöggler zu verstehen gegeben, daß er ihn für unzurechnungsfähig halte. Der Sanierungsplan wurde durchgeführt. Was auch draus wird, am Bettelstab oder beim Arbeitsamt wird man Glöggler sicher nicht finden. An seine Gesellschaft in Panama kommt von hier niemand ran, und seine Häuser hat er auf den Namen seiner Frau überschreiben lassen.

Ausbaden sollen die schmutzigen und finsteren Geschäfte und ihren Zusammenbruch erstens die Arbeiter und Angestellten der Glöggler-Betriebe. Sie müssen jetzt nicht bloß um ihren Arbeitsplatz fürchten, sie müssen auch damit rechnen, daß die neuen Herren gleich kräftig die Peitsche schwingen werden, um durch noch mehr Ausbeutung die Verluste schnellstens wett zu machen. Zweitens baden es die arbeitenden Massen, aus deren Steuern die Staatsbürgschaften und Beteiligungen finanziert werden, aus. – **(hv)**

DKP

Als Tomatenhändler gegen die Monopole

Nach einer neuesten „Enthüllung“ der DKP besteht die Bevölkerung der Bundesrepublik aus wenigen Großkapitalisten und vielen Kleinkapitalisten. Aus der Tatsache, daß 1,7 Prozent der Bevölkerung – die Großkapitalisten – 74 Prozent der Produktionsanlagen, Maschinen und Fabriken usw. besitzen, schließen sie, daß der große Rest der Bevölkerung (98,3 Prozent) den kleinen Rest des Produktionsvermögens besitzt. Tatsache ist, daß 85 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Lohnabhängige sind und etwa 10 Prozent der Erwerbstätigen Bauern, Handwerker und Kleinkapitalisten sind, die die restlichen 24 Prozent des Produktivvermögens besitzen. Teile dieser Schichten, vor allem die kleinen Bauern, kann die revolutionäre Arbeiterklasse zum Kampf gegen den Staat des Monopol- und Finanzkapitals gewinnen, weil sie von ihm unterdrückt werden und ihre zurückgebliebene Produktionsweise keine Perspektive ist.



Daß der Fehler in der „UZ“-Graphik kein Zufall ist, zeigt die DKP in ihrer Praxis. Als kapitalistische Kleingewerbetreibende verkleidet sich die DKP selbst in ihrer Aktion „Preisstopp“ und „Verkauf zu Niedrigstpreisen“. Mit billigen Eiern und Tomaten gibt sie vor, gegen die Monopole anzugehen, und macht damit höchstens den Kleinhändlern Konkurrenz. Stolz berichtet sie in der „UZ“ vom 13. Januar über die „Kundschaft ... Sogar mit Handwagen ... Auch Wiederverkäufer fanden sich ein.“ Kleinbürgerliche Vorstellungen über die kapitalistische Gesellschaft und den kapitalistischen Staat versucht die DKP in die Arbeiterklasse zu tragen. Aber im kleinbürgerlichen Gewand der DKP steckt mehr: eine Agentur des Sozialimperialismus, die die bestehende Diktatur der Bourgeoisie mit der Eroberung der kapitalistischen Staatsmacht durch eine neue Diktatur der Bourgeoisie ersetzen will. – **(bb)**